

Universität Konstanz
Magisterarbeit im Fach Soziologie

vorgelegt von
Heike Behle

Armut trotz Erwerbstätigkeit

**Eine Analyse anhand der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels
mittels logistischer Regression**

1. Gutachter: Professor Dr. Werner Georg

2. Gutachter: Professor Dr. Hans-Georg Soeffner

Zusammenfassung

In der bundesrepublikanischen Armutsforschung werden Armut und Erwerbstätigkeit meist als sich gegenseitig ausschließende Lebensbereiche betrachtet. Die vorliegende Arbeit dagegen stellt eine Verbindung her. Dabei wird zwischen drei verschiedenen Armutsdefinitionen unterschieden: strenge Armut, Armut und Armutsnähe. Die Frage nach der Existenz von gleichzeitiger Erwerbstätigkeit und Armutslagen, sowie deren empirische Erfassung, wird aufgeworfen. Auf der Datenbasis des Sozio-Ökonomischen Panels, das die für die Analyse von Armutslagen notwendige Verbindung zwischen Haushalts- und Individualebene herstellt, wird untersucht, ob haushalts-, berufsbezogene oder demographische Merkmale signifikante Einflüsse auf die Stärke unterschiedlicher Armutsrisiken ausüben. Mittels logistischer Regression konnten folgende Ergebnisse festgestellt werden: In Westdeutschland ist das Risiko strenger Armut bei ausländischen Beschäftigten und / oder alleinwohnenden Männern am höchsten. Alleinerziehende Frauen sind am häufigsten vom Armutsrisiko (im Gegensatz zu strenger Armut) betroffen. In den folgenden Branchen fallen Beschäftigte am ehesten in Armutslagen: Landwirtschaft sowie Lebens- und Genussmittelindustrie in Westdeutschland, konsumorientierte Dienstleistungen in Ostdeutschland. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland verringert berufliche Ausbildung die Armutsrisiken.

Abstract

Poverty and employment are mostly seen as two separated aspects of life within the German poverty research. They will be examined together in this article – the existence of working poor and the possibility of empirical record is the study's main emphasis. Three different levels of poverty will be introduced: Severe poverty, poverty and near-poverty. Using data on the working population in 1997 delivered by the German Socio-Economic Panel, which allows the necessary connection between a household and the individual, significant influences of different characteristics will be investigated. These characteristics can be distinguished in types of households, work and socio-demographic features. The following results will be obtained by the method of logistic regression: In West Germany severe poverty can be found mainly amongst foreign workers and / or single men. The risk of poverty is increasing for single mothers. The following industries are typical for working poor: Farming and non-food-industry in West-Germany, consumer orientated services in East-Germany. In both regions a higher level of (work) education leads to a lower risk of poverty.

TABELLENVERZEICHNIS	4
EINLEITUNG	6
1. FRAGESTELLUNG	9
2. DEFINITORISCHE UND THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER ARMUTSFORSCHUNG	12
2.1. Der Begriff der Armut	12
2.2. Armutskonzepte	14
2.2.1. Absolute Armut	15
2.2.2. Subjektive Armut	15
2.2.3. Relative Armut	16
2.2.4. Armut trotz Erwerbstätigkeit	21
2.3. Empirische Armutsforschung	22
2.3.1. Nationale Armutsberichte	22
2.3.2. Teilaspekte von Armut	26
2.4. Bisherige Forschung zu „Armut trotz Erwerbstätigkeit“	29
2.4.1. Der Klassiker: Friedrich Engels beschreibt „die Lage der arbeitenden Klasse in England“	29
2.4.2. Das Lohnabstandsgebot: Niedriglöhne und Sozialhilfe	30
2.4.3. Die Individualebene: Niedriglöhne im europäischen Vergleich (EU-Studie)	32
2.4.4. Die Haushaltsebene: Niedriglöhne und Haushalte (NRW-Studie)	35
3. EIGENE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ZUR ARMUT TROTZ ERWERBSTÄTIGKEIT	38
3.1. Fragestellung der Studie	38
3.2. Entwicklung der Hypothesen	40
3.2.1. Individuelle demographische Merkmale	40
3.2.2. Individuelle berufsbezogene Merkmale	42
3.2.3. Haushaltsbezogenes Merkmal	43
4. KONSTRUKTION DER ERHEBUNGSINSTRUMENTE	45

4.1.	Operationalisierung der abhängigen Variablen: Armut trotz Erwerbstätigkeit (ATE)	45
4.1.1.	Auswahl der Äquivalenzskala	45
4.1.2.	Verteilung des haushaltsbezogenen Einkommens	48
4.1.3.	Empirische Definition der Armutsgrenzen	50
4.2.	Operationalisierung der unabhängigen Variablen	51
4.2.1.	Demographische Variable	51
4.2.2.	Berufsbedingte Variable	51
4.2.3.	Haushaltsbedingte Variable	55
4.3.	Festlegung der Untersuchungsform	56
4.3.1.	Die Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel	56
4.3.2.	Deskriptive Beschreibung des Datensatzes	59
4.3.3.	Die Methode – Binäre logistische Regression	62
5.	ERGEBNISSE	66
5.1.	Deskriptive Beschreibung der Ergebnisse	66
5.2.	Ergebnisse der Logistischen Regression	71
5.2.1.	Zur Interpretation der geschätzten Parameter	71
5.2.2.	Auswahl des passenden Modells	73
5.2.3.	Beschreibung der Ergebnisse bezogen auf Westdeutschland	77
5.2.4.	Beschreibung der Ergebnisse bezogen auf Ostdeutschland	89
6.	ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	97
6.1.	Ergebnisse der Hypothesen	97
6.1.1.	Demographische Merkmale	97
6.1.2.	Berufsbezogene Variablen	98
6.1.3.	Haushaltsbezogene Variablen	99
6.2.	Ausblick	100
ANHANG:		101
1)	Ausschnitt aus dem SOEP-Fragebogen (Welle N)	101
2)	Literaturverzeichnis	104
Tabellenverzeichnis		
TABELLE 1:	EMPIRISCHE DEFINITION DER ARMUTSGRENZEN	50
TABELLE 2:	OPERATIONALISIERUNG DER BERUFLICHEN STELLUNG IN DIESER STUDIE	54
		4

TABELLE 3: VERTEILUNG DER STICHPROBE IM SOZIO-ÖKONOMISCHEN PANEL	60
TABELLE 4: VERTEILUNG DER BRANCHENANTEILE, GETRENNT NACH WEST- UND OSTDEUTSCHLAND (NACH DEM STATISTISCHEN JAHRBUCH)	61
TABELLE 5: HÄUFIGKEITEN UND RELATIVE ANTEILE DER ERWERBSTÄTIGEN ARMEN NACH WEST- UND OSTDEUTSCHLAND UND VERSCHIEDENEN ARMUTSGRENZEN	66
TABELLE 6: HÄUFIGKEITEN UND RELATIVE ANTEILE DER ATE IM OST-WEST-VERGLEICH, BEZOGEN AUF DEN GESAMTDEUTSCHEN DURCHSCHNITTLICHEN HAUSHALTSEINKOMMENS-MEDIAN (N=6899)	67
TABELLE 7: VERTEILUNG DES PHÄNOMENS DER ATE AUF DIE UNABHÄNGIGEN VARIABLEN IN WESTDEUTSCHLAND	69
TABELLE 8: VERTEILUNG DES PHÄNOMENS DER ATE AUF DIE UNABHÄNGIGEN VARIABLEN IN OSTDEUTSCHLAND	70
TABELLE 9: ÜBERSICHT ÜBER DIE ERKLÄRUNGSKRAFT (PSEUDO-R ²) DER VERSCHIEDENEN ARMUTSMODELLE IN WESTDEUTSCHLAND	73
TABELLE 10: ÜBERSICHT ÜBER DIE ERKLÄRUNGSKRAFT (PSEUDO-R ²) DER VERSCHIEDENEN ARMUTSMODELLE IN OSTDEUTSCHLAND	75
TABELLE 11: MODELL FÜR DIE STRENGE ARMUT IN WESTDEUTSCHLAND	78
TABELLE 12: MODELL FÜR DIE STRENGE ARMUT IN WESTDEUTSCHLAND - MIT INTERAKTIONEN	81
TABELLE 13: MODELL FÜR ARMUT IN WESTDEUTSCHLAND	82
TABELLE 14: MODELL FÜR ARMUT IN WESTDEUTSCHLAND – MIT INTERAKTIONEN	85
TABELLE 15: MODELL FÜR ARMUTSNÄHE IN WESTDEUTSCHLAND	86
TABELLE 16: MODELL FÜR ARMUTSNÄHE IN WESTDEUTSCHLAND – MIT INTERAKTIONEN	88
TABELLE 17: MODELL DER STRENGEN ARMUT IN OSTDEUTSCHLAND	89
TABELLE 18: MODELL DER STRENGEN ARMUT IN OSTDEUTSCHLAND MIT INTERAKTIONEN	90
TABELLE 19: MODELL DER ARMUT IN OSTDEUTSCHLAND	91
TABELLE 20: MODELL DER ARMUT IN OSTDEUTSCHLAND – MIT INTERAKTIONEN	92
TABELLE 21: MODELL FÜR ARMUTSNÄHE IN OSTDEUTSCHLAND	94
TABELLE 22: MODELL FÜR ARMUTSNÄHE – MIT INTERAKTIONEN IN OSTDEUTSCHLAND	96

Einleitung

„Genzt¹: „Am anderen Ende des Arbeitsmarktes aber haben wir das Problem, daß immer noch viele Leute eine Arbeit ablehnen, weil sie in einem durchaus richtigen Kalkül sagen: Aus der Sozialversicherung bekomme ich mehr Geld. Wenn es mehr Anreize gibt, auch einfachere Tätigkeiten anzunehmen, wird das Problem der Arbeitslosigkeit entschärft. Ein Preis dafür wird sein – sosehr man dies bedauern mag –, daß der heutige Lebensstandard nicht überall gehalten werden kann. Der andere Preis wird eine Spreizung des Einkommens sein – nach unten und nach oben.“

***ZEIT:** „Mehr Arme und mehr Reiche.“*

***Genzt:** Im Vergleich zu anderen Ländern ist der Abstand zwischen den untersten und obersten Einkommen in der Bundesrepublik relativ klein. Sollen neue Jobs entstehen, muß sich die Spanne nach unten öffnen, nicht bodenlos, sondern dosiert.“ (DIE ZEIT, 10.6.1998)*

Armut ist ein normativer Begriff. Wem es gelingt, ein gesellschaftliches Phänomen als Armut zu beschreiben, möchte damit anprangern, etwas bewegen.

Erwerbstätigkeit führt nach allgemeinem Verständnis nicht zu Armut, sie ist vielmehr ein Weg, der Armut zu entrinnen.

Armut tritt dann ein, wenn keine Erwerbstätigkeit möglich ist, sei es durch Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Krankheit oder Alter. Dieses Verständnis der Trennung von Armut und Erwerbstätigkeit wird heute jedoch immer mehr in Frage gestellt. So schrieb DER SPIEGEL (im Heft Nr. 40 vom 29.9.1997) unter dem Titel „Die Reichen reicher, die Armen ärmer... .. und warum in Deutschland Arbeit immer weniger einbringt“: „Am unteren Ende der Lohnskala driften immer mehr Beschäftigte in die Armut ab. Es entsteht, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, eine Klasse der ‚working poor‘.“ (SPIEGEL, 1997:89) Auch DIE ZEIT beschrieb in ihrem Dossier vom 4.6.1998 die Situation der Billiglöhner in Deutschland. Am 18.06.1998 strahlte das ZDF die Reportage „Billigjobs - für Millionen?“ aus, in der der Reporter Martin Keßler die Situation der Menschen beschreibt, deren Erwerbstätigkeit nicht mehr aus der Armut herausführt.

¹ Manfred Genzt ist der Finanzchef von Daimler-Benz

Die Diskussion um neue Arbeitsplätze im Bereich der einfachen Tätigkeiten ist schon längst entbrannt. Bisher wurden Niedriglöhnen meist unter wirtschaftswissenschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Der Begriff der Armut taucht hierbei selten auf, die „geöffnete Spanne“ wird als verteilungspolitisches Problem betrachtet. Der Begriff der Armut wurde von Manfred Genz nicht verwendet, die Zeit versuchte, das von ihm beschriebene Szenario mit dem Begriff „Arm“ zu beschreiben. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Erwerbstätige, die als „arm“ bezeichnet werden müssen?

Armutstheorie und -forschung ist ein traditionelles soziologisches Thema. Schon Georg Simmel unterschied zwischen „arm sein“ (als individueller Zustand) und „ein Armer sein“ (als Teil einer einheitlichen Gesellschaftsschicht). „Es ist ganz in diesem Sinne, wenn von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, der moderne Proletarier sei zwar arm aber kein Armer.“ (Simmel, 1983:371) Zur Klasse der Armen gehört ein Mensch erst dann, wenn eine gesellschaftliche Stigmatisierung einsetzt. „Deshalb ist er im sozialen Sinne erst arm, wenn er unterstützt wird. (...) Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, daß er Unterstützung erhält oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte. So ist nach dieser Richtung die Armut nicht an und für sich, als ein quantitativ festzulegender Zustand zu bestimmen, sondern nur nach der sozialen Reaktion, die auf einen gewissen Zustand hin eintritt...“ (Simmel, 1983:371f.) Auf diese Weise entsteht eine Klasse Armer, die sich durch eine Gemeinsamkeit auszeichnet: „Armut ist der gemeinsame Endpunkt von Schicksalen unterschiedlicher Art.“ (Simmel, 1983:373)

Die „soziale Reaktion, die auf einen gewissen Zustand hin eintritt...“, es scheint, als lassen sich solche Reaktionen in den letzten Jahren immer häufiger beobachten. Wird es eine soziologische Kategorie „Armut“ innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen geben, oder handelt es sich um eine „Senkung des Lebensstandards“?

Eine Bezeichnung mit dem Begriff der „Armut“ beinhaltet eine moralisch-ethische Verpflichtung, diese abzuschaffen; die „Senkung des Lebensstandards“ erscheint dagegen neutral.

Die folgende Studie wird eine Verknüpfung der soziologischen Armutsdebatte mit dem Problem der Niedriglöhne herstellen. Die Verankerung der Studie innerhalb der klassisch soziologischen Armutsforschung ist gerade aufgrund der normativen Bedeutung der Etikettierung mit dem Begriff „Armut“ bedeutsam.

„Können soziologische Armutskonzepte auf Erwerbstätige angewandt werden?

Können hierbei demographische, berufs- oder haushaltsbezogene Unterschiede innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen festgestellt werden?“ sind die Fragen, auf die in dieser Studie Antworten gefunden werden sollen.

1. Fragestellung

Das Ziel dieser vorliegenden Studie ist es, die deskriptiven Ergebnisse bisheriger Forschungen bezüglich der Stärke der ermittelten Einflüsse zu untersuchen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf jener Bevölkerungsgruppe, die trotz Erwerbseinkommen als arm definiert werden kann.

Traditionellerweise wird mit der Zugehörigkeit zur Gruppe der Armen die Verschlossenheit des Arbeitsmarktes in Verbindung gebracht – sei es, daß wegen Massenarbeitslosigkeit der Zugang zur Erwerbstätigkeit schwierig ist, sei es, daß aufgrund von persönlichen Gründen wie Krankheit oder Alter keine Erwerbstätigkeit möglich ist. Fälschlicherweise besteht meist die Annahme, daß Arbeit eine Art „Gegengift“ gegen Armut ist und daß mit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit die Armut überwunden werden kann.

Wie die bisherigen Forschungen zeigen, ist dies in der Bundesrepublik Deutschland (nicht mehr?) der Fall. Armutslagen – so werden die Studien zeigen - können durchaus auch Bestandteil eines „normalen“ Erwerbslebens sein.

Es wird sich zeigen, daß unterschiedliche Zugangsrisiken zu dem Phänomen der Armut trotz Erwerbstätigkeit bestehen. Verschiedene Haushaltskonstellationen, Geschlechts- und Altersstruktur der Erwerbstätigen sowie Arbeitsplatzmerkmale bestimmen die Zugehörigkeit zur Gruppe der Armen. Dabei kann nach demographischen, berufs- und haushaltsbedingten Merkmalen unterschieden werden. Demographische Merkmale beschreiben die „unveränderlichen“ Eigenschaften eines Menschen, berufsbedingte Kennzeichen beinhalten unterschiedliche Arbeitsplatzkonstellationen, haushaltsbedingte Merkmale zeigen die verschiedenen beruflichen Teilhabemöglichkeiten auf.

Die Fragestellung impliziert, daß das Einkommen als alleiniger Indikator für Armut gesehen wird. Armut wird nur dann festgestellt, wenn der Verdienst einen bestimmten Prozentsatz des Einkommensmedians unterschreitet.

Dabei müssen allerdings viele Aspekte der Armutslagen von Erwerbstätigen aus der Studie ausgegliedert werden: Mangelnde soziale Absicherung und Vorsorge, Gesundheitsrisiken und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, fehlende betriebliche Partizipationsmöglichkeit und überzogenes Konkurrenzverhalten unter KollegInnen (Mobbing), um nur einige Möglichkeiten zu nennen, bleiben unberücksichtigt.

Aufgrund unterschiedlicher Tarif- und Wirtschaftsstrukturen wird die Studie nach Ost- und Westdeutschland unterteilt. Eine Diskussion der Ergebnisse wird demnach getrennt für Ost- und Westdeutschland zu erbringen sein.

Die Fragestellung beinhaltet zwei Schwerpunkte:

- 1) Zum einen wird in der *Armutsforschung* „nach internationaler Konvention dann (von Armut gesprochen, H.B.), wenn das verfügbare Einkommen der Haushaltsmitglieder – gewichtet nach Bedarf – weniger als die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts beträgt.“ (NRW-Studie, 1998:30) Zur näheren Betrachtung der Ausprägungen des Phänomens wurde neben der Hälfte zudem eine 40%- und eine 60%-Schwelle eingeführt.

Im Rahmen der *Verteilungsforschung* werden jedoch Niedrigverdienste auf individueller Basis, d.h. ohne Berücksichtigung des Haushaltseinkommens, analysiert. (vgl. EU-Studie, siehe Kapitel 2.4.3.)

Erstmalig wurde in der NRW-Studie (siehe Kapitel 2.4.4.) versucht, eine Verbindung zu ziehen zwischen der Haushalts- und der Individualebene auf dem Gebiet der Armuts- und der Niedrigverdienstforschung in der Bundesrepublik Deutschland. „Die Analyse dieses Zusammenhangs von individuellen Bruttoeinkommen und verfügbaren (Äquivalenz-) Einkommen auf Haushaltsebene ist in der deutschen Verteilungs- und Armutsforschung bislang weitgehend ausgeklammert worden. (...) Der Bedarf an weitreichender Forschung zu dieser Thematik ist unübersehbar.“ (NRW, 1998:30/31). An diese Problemstellung werde ich anknüpfen: Können überhaupt gravierende individuelle Einflüsse auf das nach Haushaltgröße gewichtete Haushaltseinkommen festgestellt werden? Kann eine Verknüpfung der Personen- und der Haushaltsebene sinnvolle Ergebnisse liefern? Ist es möglich, Personen, die Niedriglöhne beziehen, innerhalb soziologischer Armutskonzepte zu verorten?

- 2) Je nachdem, wie der erste Teil beantwortet werden kann, stellt sich konkret die Frage nach der Stärke der unterschiedlichen demographischen, haushalts- und berufsbedingten Einflüsse. Bei welchen Merkmalen kann ein signifikanter Einfluß festgestellt werden?

In der Gruppe der demographischen Merkmale wird hierbei das Geschlecht, das Alter und die jeweilige Nationalität der individuellen Person untersucht. Bei diesen Eigenschaften eines Menschen wurden durch bisherige Studien Unterschiede bei der Zugehörigkeit zur Gruppe der Armen festgestellt.

Die berufsbezogenen Merkmale zeigen die Art und Weise der Erwerbstätigkeit auf: Arbeitszeit, beruflicher Status und die verschiedenen Branchen werden hier thematisiert.

Über die haushaltsbezogenen Merkmale wird eine Verbindung zwischen der Haushalts- und der Individualebene hergestellt. Unterschiede in der Haushaltsstruktur, wie z.B. die Situation Alleinerziehender oder kinderloser Paare werden hier untersucht.

Beide inhaltliche Fragestellungen können nicht getrennt voneinander diskutiert werden. Die Feststellung individueller, d.h. demographischer und berufsbezogener, Einflüsse führen dazu, die bisher vernachlässigte Verbindung zwischen haushaltsbezogenen und individuellen Merkmalen im Rahmen der Armuts- und Verdienstofforschung festzustellen.

Die Bearbeitung dieser Forschungsfragen erfolgt in 6 Schritten.

Zunächst werden die theoretischen und definitorischen Rahmenbedingungen von Armut und Armutskonzepten vorgestellt, sodann soll der Stand der bisherigen Forschung vorgestellt werden (Kapitel 2).

Unter Einbezug dieser theoretischen und empirischen Befunde sollen Hypothesen erarbeitet und in praktische Forschungsfragen umgesetzt werden (Kapitel 3).

Zur Konstruktion der Erhebungsinstrumente werden die eingeführten Begriffe definiert und operationalisiert. Anschließend erfolgt die Festlegung der Untersuchungsform. Hierbei wird die Datenbasis sowie die statistische Methode, die logistische Regression, erläutert (Kapitel 4).

Die Ergebnisse sollen in Kapitel 5 dargestellt und interpretiert werden.

Abschließend erfolgt eine Würdigung der Ergebnisse und ein Ausblick (Kapitel 6).

2. Definitorische und theoretische Grundlagen der Armutsforschung

Die Situation der Erwerbstätigen soll innerhalb soziologischer Armutskonzepte und –theorien verortet werden. Nach den allgemeinen Anmerkungen zur Begriffsbestimmung „Armut“ (2.1.) werden die soziologischen Armutskonzepte eingeführt (2.2.). Nach einem kurzen Abriß über bisherige allgemeine Armutsforschung (2.3.) werden die früheren Forschungen zur „Armut trotz Erwerbstätigkeit“ (2.4.) vorgestellt.

2.1. *Der Begriff der Armut*

Das Ziel dieser Studie über Armut ist es, diese präzise zu bestimmen und anschließend empirisch zu erfassen.

Diese Aufgabe birgt Probleme in zweierlei Hinsicht in sich: Zum einen birgt das Armutspänomen eine komplexe Struktur in sich, das heißt, die alltäglichen Lebensverhältnisse müssen objektiviert werden, um eine Beziehung zwischen der subjektiven Alltagswelt und der objektiven Sichtweise herzustellen. Zum anderen ist ein Armutsbegriff immer politisch-normativer Natur. „Wem es gelingt, bestimmte Lebensverhältnisse gegenüber anderen Deutungen als Armut zu charakterisieren, der nötigt seine Umwelt dazu, gegen diese Lebensverhältnisse etwas zu unternehmen.“ (Jacobs, 1995:403)

Bei der Definition der Armut handelt es sich damit nicht um eine rein technische Frage, eine gesellschaftliche Übereinkunft ist erforderlich. Die Frage, welchen Grad an gesellschaftlicher Ungleichheit wir hinzunehmen bereit sind, birgt somit ethische und nicht zuletzt auch religiöse Gesichtspunkte in sich.

Die Festsetzung des Armutsbegriffs verlangt politisch-normative Entscheidungen. Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, hierbei die notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu treffen. „Dabei besteht in der Fachdiskussion Einigkeit darin, daß es nicht einen einzigen ‚richtigen‘ Armutsbegriff gibt, sondern unterschiedliche begriffliche Konzepte, mit deren Hilfe dieses Problem analysiert und dargestellt werden kann.“ (Hanesch, 1994:23)

Das Alltagsverständnis von Armut wird häufig mit der Situation in Entwicklungsländern oder der von Obdachlosen, die das Bild der vieler Innenstädte prägen,

bestimmt. Diese Auffassung wird allmählich verdrängt durch das Verständnis von Armut als allgemeines Lebensrisiko. Eine Sicherheit, einen absoluten Schutz, nie in eine Armutslage zu fallen, kann es nicht geben. Diese veränderte Sichtweise zeigt sich auch in der Perzeption von Armut innerhalb einer Beschäftigung.

Die Bestimmung eines Armutsbegriffes innerhalb von Erwerbstätigkeiten ist – wie oben erläutert -, eine politisch-normative Entscheidung. Politisch, nicht nur in dem Sinne der politischen Administration, sondern gerade auch in bezug auf tarifpolitische Verteilungskämpfe. „Ist Erwerbstätigkeit ein Mittel um Armut abzuwehren? Ist es besser, zu den ‚working poor‘ zu gehören, als arbeitslos zu sein? Können diese beiden Gruppen gegeneinander ausgespielt werden?“, sind aktuelle Fragen. Wenn es möglich ist, bestimmte Formen und Ausprägungen der Erwerbstätigkeit mit dem Etikett „Armut“ zu bezeichnen, muß aus dem tarifpolitischen Verteilungsproblem eine gesellschaftliche Frage werden. In der Tagespolitik kann dies anhand der Diskussion bezüglich des „Bündnis für Arbeit“ verortet werden. Als politische Forderung könnte ein Bedürfnis nicht nur nach Arbeit selbst, sondern nach Arbeitsplätzen, die aus der Armut heraus führen, aufgestellt werden. Diese Forderung wird durch die Ausgliederung immer mehr Arbeitsplätzen aus dem rechtlichen und tariflichen Schutzbereich (Scheinselbständigkeit, Outsourcing) bestärkt.

Für die nachfolgende Untersuchung ist es eine vorrangige Aufgabe, eine gesellschaftlich akzeptierte Definition und Konzeption der Armut trotz Erwerbstätigkeit zu erarbeiten. Dabei kann und muß auf die bereits erarbeiteten wissenschaftlichen Armutskonzepte zurückgegriffen werden, die im folgenden diskutiert werden.

2.2. Armutskonzepte

Die Armutsforschung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich erst vergleichsweise spät entwickelt. Während in den anglo-amerikanischen Ländern die empirische Armutsforschung eine lange Tradition aufweisen kann, wurde die deutsche Soziologie erst Ende der 70er Jahre auf das Problem aufmerksam.

Seit Ende der 70er Jahre und mit Beginn der 80er kann jedoch von einem regelrechten Forschungsboom gesprochen werden, durch eine Vielzahl theoretischer Studien und empirischer Analysen wurden verschiedene Armutskonzepte entworfen.

Diese können grundsätzlich in drei Gruppen eingeteilt werden: Absolute, relative und subjektive Armut.

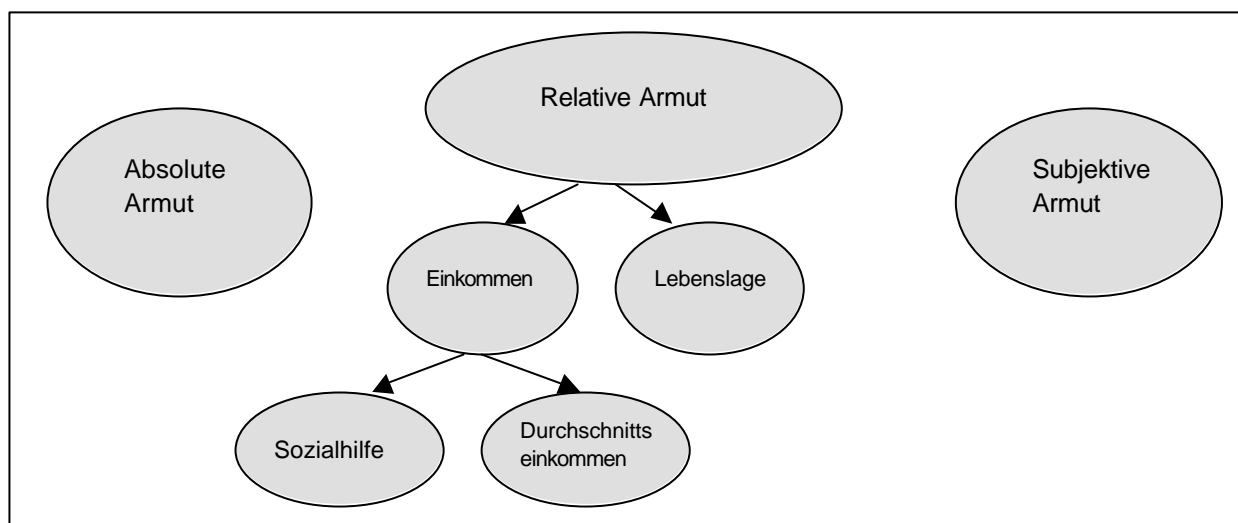
Das *Konzept absoluter Armut* geht vom Existenzminimum aus und definiert Armut über das für das Überleben Notwendige.

Die Stellung des oder der Armen im Vergleich zur restlichen Gesellschaft ist die Grundüberlegung im Konzept der *relativen Armut*. Die relative Armut kann in Einkommens- und in Lebenslagenarmut unterteilt werden. Dabei kann die Einkommensarmut mittels einer Sozialhilfegrenze oder als relativer Anteil eines gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens bestimmt werden.

Bei der Betrachtung von Armut nach dem Konzept *subjektiver Armut* ist das subjektive Empfinden ausschlaggebend.

Diese Einteilung kann durch das folgende Schaubild verdeutlicht werden.

Abbildung 1: Überblick über Armutskonzepte



Im folgenden werden diese Konzepte kurz charakterisiert und auf ihre Eignung bezüglich einer Untersuchung der Armut trotz Erwerbstätigkeit untersucht.

2.2.1. Absolute Armut

Menschen, die nicht genügend Lebensmittel und keine Unterkunft haben, werden als absolut arm bezeichnet. Dabei ist die Bestimmung der „genügenden Lebensmittel“ und der „Unterkunft“ nicht unproblematisch.

Im allgemeinen wird diese Definition zugrunde gelegt, wenn über Entwicklungsländer gesprochen wird.

Für die Bundesrepublik Deutschland wird angenommen, daß das Kriterium der absoluten Armut nicht zutrifft. Die Armut in der Bundesrepublik Deutschland wird als „Armut trotz Wohlstand“ (Bohle, 1998) oder als „Armut im Wohlstand“ (Hanesch, 1998:224) bezeichnet, da die „Armut nicht Ausdruck eines allgemein niedrigen Lebensstandards der Bevölkerung ist, sondern die Armutslage begrenzter Bevölkerungsgruppen mit dem Wohlstand der übrigen Bevölkerung mehr oder weniger scharf kontrastiert.“ (Hanesch, 1998:224) Umstritten ist, ob das Konzept der absoluten Armut innerhalb bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie den Obdachlosen, angewandt werden kann.

Eine Verbindung des Konzepts der Erwerbstätigkeit und der absoluten Armut erscheint jedoch zur Beschreibung der Situation der Bundesrepublik Deutschland nicht sinnvoll. Der durch Erwerbstätigkeit erzielte Lohn führt (eventuell im Zusammenhang mit staatlichen Transferleistungen) mindestens zum Überlebensnotwendigen.

2.2.2. Subjektive Armut

Betrachtet man die Armut unter einem subjektiven Aspekt „sind die Fragen von besonderem Interesse, ob und in welchem Maße sich objektive Unterversorgungslagen auch in subjektiven Unzufriedenheiten mit dem jeweiligen Tatbestand ausdrücken und wie sie sich auf die allgemeine Lebenszufriedenheit auswirken“. (Hanesch, 1994:185) Die subjektive Definition der Armut führt zur Hinterfragung des persönlichen Erlebens und der Identifikation mit der Gruppe der Armen. Jacobs (1995) führt hier als Beispiel an, daß Frauen nach einer Trennung die Situation des Sozialhilfebezuges, die im Sinne des relativen Armutsbegriffs als Armut gilt, häufig als Befreiung und als Unabhängigkeit bezeichnen. Auch der Bezug von Sozialhilfe bis die Zahlung eines vorrangigen Sozialversicherungsträgers eintritt, führt oft nicht zum subjektiven Empfinden von Armut (vgl. Jacobs, 1995).

Das Zugrundelegen des Konzepts der subjektiven Armut in einer Untersuchung der Verbindung zwischen Armut und Erwerbstätigkeit könnte es ermöglichen, herauszufinden, welche Umstände Menschen in ihrer Erwerbstätigkeit als arm oder als Armut bringend empfinden. Das subjektive Empfinden von Armut, obwohl einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird und die individuelle Verarbeitung (beispielsweise durch Resignation oder politische Gewerkschaftsarbeit) könnte durch dieses Armutskonzept erfaßt werden. In meiner Studie möchte ich die verschiedenen Zugangsrisiken zur Armut untersuchen, dazu ist eine einheitliche Bestimmgröße von Armut erforderlich. Auch das subjektive Alltagsverständnis von Armut, das eine Ausgliederung aus dem „normalen“ Arbeitsleben einschließt, könnte problematisch sein. In meiner Studie will ich gerade aufzeigen, daß Armut auch innerhalb einer Eingliederung in das Erwerbsleben vorkommt.

2.2.3. Relative Armut

Der Begriff der relativen Armut beschreibt Armut in Relation der Gesellschaft, in der der oder die Arme lebt. Bezogen auf das gesellschaftliche Umfeld werden Mindeststandards festgesetzt, die zur Unterscheidung der Gruppe der Armen und die der Nicht-Armen dienen soll. Dabei wird entweder eine rein monetäre Grenze angesetzt (Einkommensarmut), oder verschiedene Lebenslagen (z.B. Wohnen, Bildung) werden bezüglich bestehender Mindeststandards hinterfragt.

Die *Einkommensarmut* ist definiert als „Unterausstattung mit ökonomischen Ressourcen“ (vgl. Hanesch 1994, 1998). Im modernen, marktwirtschaftlich organisierten Kapitalismus wird davon ausgegangen, daß mit ausreichenden Geldmitteln alles Lebensnotwendige beschafft werden kann. Für die Definition der „ausreichenden Geldmittel“ werden zwei Alternativen angeboten:

Zum einen kann eine „politische Grenze“ (Piachaud, 1992) des staatlichen Wohlfahrtsbezuges angeführt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland ist dies die Höhe der im Bundessozialhilfegesetz² (BSHG) festgesetzten Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Piachaud stellt dazu fest, „daß in einer demokratischen Gesellschaft das staatlich definierte Existenzminimum am ehesten einen sozialen

² Die Regelsätze der Sozialhilfe werden für jedes Bundesland von den zuständigen Landesbehörden festgesetzt, die Hilfe zum Lebensunterhalt setzt sich zusammen aus diesen Regelsätzen, den Kosten der Unterkunft, eventuellen Mehrbedarfssätzen und einmaligen Leistungen.

Konsens darüber repräsentiert, was in der Gesellschaft als Armut zu gelten hat.“
(Piachaud, 1992:66)

Dieses Konzept berücksichtigt den lebensnotwendigen Bedarf, der (zumindest theoretisch³) in die Festlegung der Grenze eingeht. „Art, Form und Maß der Sozialhilfe richten sich nach Besonderheit des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen.“ (§ 3 Abs. 1 BSHG)

Die Definition der Armut anhand des staatlichen Wohlfahrtsbezug führt zur Umkehrung des Prinzips des ‚Wer arm ist, erhält Sozialhilfe‘ in ‚Wer Sozialhilfe erhält, ist arm‘. Außerdem ist festzustellen, daß bei einer Erhöhung des Leistungsbetrages Armut automatisch ebenfalls zunimmt. Umgekehrt führt eine Leistungssenkung gleichzeitig zu einer geringeren Armutsquote.

Ein anderes Problem dieses Armutskonzeptes ist die hohe Dunkelziffer derer, die zwar Anspruch auf Sozialhilfe haben, diesen aber nicht geltend machen. Dies wird auch mit dem Begriff der „verdeckten Armut“ bezeichnet. „Wenngleich der Staat hierbei Sozialabgaben ‚einspart‘, so geschieht dies doch um den ‚Preis‘ einer höheren Armut.“ (Hübinger/Hauser, 1995:9) Im Rahmen der Armutsuntersuchung des Caritas-Verbandes wurde der Umfang dieser Dunkelziffer für Westdeutschland von 26% (Alleinerziehende) bis zu 51% (Ältere Menschen) der Gesamtzahl aller HLU-Bedürftigen geschätzt; d.h. jeder zweite bis dritte Anspruchsberechtigte verzichte darauf, seinen HLU-Anspruch wahrzunehmen. (vgl. ebd.:22) „Allerdings wird es sich dabei häufig nur um entgangene Aufstockungsbeträge geringer oder mittlerer Höhe handeln.“ (ebd.:10) Für Sozialhilfebeziehende wird häufig der von der damaligen Bundesregierung geprägte Begriff der „bekämpften Armut“ (Deutscher Bundestag, 1986) verwandt. Dieser indiziert, daß mit dem Bezug von Sozialhilfe Armut nicht mehr vorliege, die Armut also bekämpft wäre. Damit würde sich der Begriff der Armut allein auf die Dunkelziffer derer, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, diesen aber nicht wahrnehmen, beschränken.

Eine andere, häufig verwendete Einkommensarmutsgrenze errechnet sich aus dem haushaltsgewichteten Durchschnittseinkommen: „Arm ist danach, wessen

³ Heinrich Böll thematisierte dieses Problem ironisch in den „Ansichten eines Clowns“: „... ob sie vom Ministerium extra einen gutmütigen alten Mann anheuern, der durch Bonn rennt und seine Unterhose verschleißt und dem Ministerium berichtet, wie lange er braucht, bis die Unterhose verschlissen ist ...“ (Böll, 1987:216)

Einkommen einen bestimmten Prozentsatz des Durchschnittseinkommens unterschreitet.“ (Hanesch, 1998:224) Im allgemeinen wird dabei mit drei verschiedenen Schwellenwerten operiert: „Eine Armutsgrenze von 40% des Durchschnittseinkommens markiert eine strenge Einkommensarmut; 50% des Durchschnittseinkommens geben ein mittleres Armutspotential an; 60% des Durchschnittseinkommens kennzeichnen eine armutsnahe Einkommenssituation“: (Stat. Bundesamt, 1995:599) Doch auch andere Schwellenwerte sind durchaus geläufig.

Piachaud merkt dazu kritisch an: „Auf das relative Einkommen abzustellen, heißt nicht nur, keine wohldefinierte Armutsgrenze zu haben, sondern bringt auch in keiner Weise Bedarfe von Menschen zum Ausdruck. (...) Relative Einkommensstandards messen also nur soziale Ungleichheit – sind insoweit allerdings von erheblichem Interesse und sagen in der Praxis durchaus etwas über Armut aus.“ (Piachaud, 1992:67)

Auch die Vergleichbarkeit der einzelner Forschungsergebnisse ist fragwürdig (vgl. Schäfer, 1991,1996, auch unter 2.2.3.). Wird beispielsweise ein alleiniger Schwellenwert in der Bundesrepublik Deutschland zugrunde gelegt, führt diese zu anderen Ergebnissen als eine getrennte Berechnung für Ost- und Westdeutschland. (Vgl. Hanesch, 1994) Ein ähnliches Problem wie der Vergleich von (Teil-) Gesellschaften zeigt sich in der Gegenüberstellung von Frauen und Männern. Eine Lösungsmöglichkeit wäre eine Ausdifferenzierung des Einkommens, Vermögens und der Belastungen. „Damit wird jedoch die einseitige Konzipierung des Armutsbegriffes nicht grundlegend geändert: Der Fokus liegt weiterhin auf den Einkommensquellen und nicht auf der Einkommensverwendung.“ (Andreß/Lipsmeier, 1995:35).

Bei der Bestimmung von Armut nach den vorhandenen ökonomischen Ressourcen (Einkommensarmut) geht man davon aus, daß Armut durch Ausstattung mit monetären Mitteln „geheilt“ werden kann. Das extreme Beispiel der Suchtkranken zeigt jedoch auf, daß dies nicht immer möglich ist. Für einen Süchtigen oder eine Süchtige ist die benötigte Droge weit wichtiger als beispielsweise Kleidung. Doch auch in weniger extremen Fällen führt das Einkommensarmutskonzept häufig nicht zu einem ausreichenden Ansatz der Armutserfassung.

Eine andere Möglichkeit der Erfassung der relativen Armut bietet das *Konzept der Lebenslagen*: „Unter Armut verstehen wir inferiore Lebenslagen, die hinsichtlich ihrer materiellen und immateriellen Dimensionen unterhalb von Minimalstandards zu

finden sind; diese Minimalstandards sind in Relation zu den durchschnittlichen Versorgungsniveaus in der Gesellschaft zu bestimmen und zu begründen. Das Einkommen ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen die wichtigste Dimension von Armut. Aber Armut besteht nicht nur aus Einkommensdefiziten, sondern ist mit anderen Aspekten der Unterversorgung und Benachteiligung der Lebenslage verbunden.“ (Glatzer/Hübinger, 1990:44) Das Konzept der Lebenslagen wurde entwickelt, um eine „komplexer gewordene Realität in feineren Abstufungen zu erfassen“. (ebd.:34) Es handelt sich um einen theoretischen Begriff, der nicht direkt beobachtbar ist. Glatzer und Hübinger führen drei Aspekte auf, die den Begriff der Lebenslage kennzeichnen:

- „Er ist multidimensional und beinhaltet ökonomische, nicht-ökonomische und immaterielle Dimensionen (z.B. Einkommensniveau, Wohnqualität, Gesundheit, Wohlbefinden);
- das Haushaltseinkommen ist ein zentrales Merkmal der Lebenslage, weil es Zugang zur Befriedigung zahlreicher anderer Bedürfnisse gewährt;
- charakteristisch für den Begriff ist im Vergleich zu ähnlichen Termini die Betonung der Handlungsspielräume und ihrer lebenslagenspezifischen Grenzen.“ (ebd.:36)

Bezüglich der Armutsforschung kann zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen unterschieden werden. Objektive Problemlagen können direkt erfaßt werden (z.B. kein Bad innerhalb des Wohnraums, keinen beruflichen Ausbildungsabschluß, dauerhafte Krankheit oder Behinderung). Subjektive Problemlagen beziehen sich auf das individuelle Wohlbefinden wie Einsamkeit oder Ängste.

„Die Verwendung eines multidimensionalen Lebenslagenkonzepts führt dazu, daß die Betroffenheit großer Teile der Bevölkerung von Problemlagen aufgezeigt wird. Es ergibt sich eine Inkonsistenz der Lebensverhältnisse, d.h. so gut wie kein Individuum befindet sich in einer größeren Zahl von Dimensionen durchgängig in guten oder durchgängig in schlechten Lebensverhältnissen.“ (Glatzer/Hübinger, 1990:45) Das Lebenslagenkonzept verdeutlicht die soziale Heterogenität der Armut.

Ein Profil der Problemlage muß je nach empirischer Fragestellung durch die Forschenden erstellt werden. Problematisch ist hierbei die Bestimmung der Art und Anzahl der relevanten Problembereiche sowie die Definition der Unterversorgungsschwellen in den einzelnen Bereichen. „Aufgrund des Umstands, daß es eine Pluralität von Lebensstilen gibt, ist es sehr unwahrscheinlich, daß zwischen den

Armen und dem Rest der Gesellschaft ein eindeutiger Schwellenwert liegt.“ (Piachaud, 1992:71)

In der anglo-amerikanischen Armutsforschung hat das Konzept der Armutslagen bereits längere Tradition; Rowntree veröffentlichte bereits 1901 seine „Study of Town Life“, und über Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ von 1845 wird an anderer Stelle (vgl. 2.4.1.) noch zu berichten sein.

Methodisch werden zwei Möglichkeiten zur Erfassung von Armutslagen gewählt: Townsend (zitiert in Piachaud, 1992; Hanesch, 1994; Dietz, 1997) entwickelte 1970 in Großbritannien einen sogenannten Deprivationsindex, der die Versorgungslage anhand von 60 Indikatoren erfaßt. Einen „vorläufigen Deprivationsindex“, der die Unterversorgung in 12 ausgewählten Indikatoren erfaßte, setzte er in Bezug zum verfügbaren Einkommen und konnte so den Zusammenhang zwischen Einkommen und Unterversorgung bestimmen.

Walter Hanesch (et al., 1994) spricht von „Armut in verschärfter Form“, wenn mindestens zwei Unterversorgungslagen vorliegen; „extrem unterversorgt“ sind diejenigen, bei denen drei oder mehr Unterversorgungslagen vorliegen. Bezüglich des Zusammenhangs von Einkommensarmut und Armutslagen stellt Hanesch fest, daß „häufig (...) die Einkommensarmut lediglich Ausdruck eines komplexen Bündels von Unterversorgung und Benachteiligung (ist H.B.), das nicht immer in repräsentativen Erhebungen wie dem Panel erfaßt werden kann, sondern sich erst aus differenzierteren qualitativen Erhebungen ermitteln läßt.“ (Hanesch, 1998:235)

Die individuelle Herleitung der Problemlagen und ihrer Schwellenwerte führt dazu, daß die einzelnen Armutsstudien nur schwer zu vergleichen sind. Andreß/Lipsmeier bemängeln außerdem, daß die Möglichkeit des freiwilligen Entsagens einer Problemlage (beispielsweise ein fehlender Berufsabschluß) nicht berücksichtigt werde. „Ebenso kann die Unterversorgung drittens ein Ergebnis struktureller Faktoren sein, auf die die Person keinen Einfluß hat (z.B. die schlechte Wohnraumversorgung in Ostdeutschland):“ (Andreß/Lipsmeier, 1995:36) Andreß/Lipsmeier übersehen hier den Unterschied zwischen der objektiven und der subjektiven Armutsforschung. Wird in einer Gesellschaft beispielsweise ein fehlender Berufsabschluß als Unterversorgung mit den dazugehörigen Konsequenzen (schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt) definiert, dann führt auch die freiwillige Entsagung zu einer objektiven Armutslage.

Die aktuelle Armutsforschung unterscheidet sich damit je nach gewähltem Armutskonzept. Diese Armutskonzepte sind in der Forschung dabei eher vermischt, dies bedeutet, daß beispielsweise das Konzept der subjektiven Armut mit dem der relativen Armut kombiniert werden kann.

2.2.4. Armut trotz Erwerbstätigkeit

Die Entwicklung eines „passenden“ Armutskonzeptes muß sich an der jeweiligen Fragestellung orientieren.

Für die Erörterung unterschiedlicher Zugangsrisiken von Erwerbstätigen zur Gruppe der Armen, ist es meines Erachtens wesentlich, den Begriff der Armut deutlich und vor allem einheitlich abzugrenzen. Dies schließt die Entwicklung eines subjektiven Armutsansatzes für meine Studie aus. Die Verwendung eines absoluten Armutsbegriffes ist ebenfalls zur Erfassung von Armut der Erwerbstätigen ungeeignet. Das Zugrundelegen eines Lebenslagenkonzeptes böte Antworten auf die Frage nach Armutslagen innerhalb der Erwerbstätigkeit (z.B. gesundheitsgefährdender Arbeitsplatz) und ist deswegen ungeeignet für die Fragestellung dieser Studie.

In einem relativen Armutskonzept wird Armut in Relation mit der umgebenden Gesellschaft definiert. Armut wird nicht – wie beispielsweise beim Begriff der Randgruppen – als außerhalb oder am Rande der Gesellschaft gesehen, sie wird als Teil der Gesellschaft betrachtet. Möchte man nun zeigen, daß Armut Teil eines „normalen“ Arbeitslebens sein kann, so wird die Verwendung eines relativen (Einkommens-) Armutskonzeptes sinnvoll.

Wie bereits unter 2.2.3. diskutiert, kann als Abgrenzungskriterium zwischen Armen und Nicht-Armen eine politische Grenze oder ein Anteil des Durchschnittseinkommens gewählt werden. Da nur in Ausnahmefällen gleichzeitig Sozialhilfe und Erwerbseinkommen bezogen werden kann, erscheint es zweckmäßig, als Abgrenzungskriterium für die Armut der Erwerbstätigen Anteile des Durchschnittseinkommens zugrunde zu legen. Anhand eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens können Schwellenwerte berechnet werden, die zur Abgrenzung dienen.

2.3. Empirische Armutsforschung

Im folgenden werden ausgewählte Studien der deutschen und europäischen Armutsforschung vorgestellt. Da bei den meisten Studien Mischformen der unter 2.2. vorgestellten Konzepte angewandt werden, wird für die Darstellung eine historische Gliederung gewählt.

Ziel dieses Abschnittes ist es, einen kurze Bestandsaufnahme der verschiedenen Forschungsrichtungen aufzuzeigen. Dabei ist zwischen jener Forschung zu unterscheiden, die eine allgemeine Bestandsaufnahme der Armut in Deutschland darstellt (nationale Armutsberichte) (2.3.1.), und jenen, die bestimmte Teilaspekte der Armut (2.3.2.) herausgreifen.

Diejenigen Forschungen, die sich dezidiert mit der Armut trotz Erwerbstätigkeit befaßten, werden im nachfolgenden Kapitel 2.4. ausführlich diskutiert.

2.3.1. Nationale Armutsberichte

Im Jahre 1979 erteilte die Kommission der Europäischen Gemeinschaft ihren Mitgliedstaaten den Auftrag, „nationale Berichte über Ausmaß, Entwicklung und Ursachen der Armut und über die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen sowie deren Auswirkungen und Lücken zu erstellen.“ (Hauser/Cremer-Schäfer/Nouvertné, 1981:304) Dieser erste, nationale Armutsbericht setzte Standards, selbst wenn die Ergebnisse für die heutige Bundesrepublik allenfalls noch von historischem Wert ist. Hauser et al. führten sowohl nach dem Ressourcen- als auch nach dem Lebenslagenkonzept Forschungen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durch. Die verschiedenen Typen der Einkommensarmut wurden in bezug zu sozio-ökonomischen Variablen (Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Familientyp und soziale Stellung) gesetzt.

Zur Erfassung der relativen Einkommensarmut wurde als Grenzwert der aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnommene Posten der „verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte“ gewählt, da dieser nach einer international einheitlichen Berechnungsmethode erfaßt wird. „Auf dieser Basis wird dann das Durchschnittseinkommen als gewichtetes verfügbares Einkommen pro Kopf durch Division des Einkommensaggregat mit der Summe aller Personengewichte ermittelt.“ (ebd.:112) Dieses wurde den tatsächlich erzielten, nach Haushaltsgröße gewichteten Haushaltseinkommen gegenübergestellt. Drei Armutsmaße, 40%, 50% und 60%

dieses nationalen Durchschnittseinkommens, sollten eine Abstufung innerhalb der Gruppe der Armen ermöglichen.

Die Armut in verschiedenen Lebensbereichen, das waren die Wohnungsversorgung, Gesundheit und Gesundheitsvorsorge und der Ausbildungsstand, wurde ebenfalls betrachtet. Begleitende Forschungsfragen in bezug auf Erwerbstätigkeit waren der Zusammenhang zwischen Armut und niedriger Bildung und dessen Auswirkungen auf das Armutsrisiko. Diese Kumulation von Bildungs- und Einkommensunterversorgung konnte als Armutslage bestätigt werden. „Die Armutsquote, sowohl bei der verdeckten als auch bei der relativen Armut, liegen bei den Haushalten mit einem Vorstand, der keinen Hauptschulabschluß erreichen konnte oder nur den Hauptschulabschluß ohne eine Lehre, wesentlich höher als bei allen Haushalten. (...) Insbesondere jüngere Bevölkerungsgruppen, bei denen heute Ausbildungsdefizite festgestellt werden können, bilden ein latentes Armutspotential.“ (ebd.: 169ff) Als Ergebnis wurde konstatiert, daß das Armutsrisiko bei schlechtem Bildungsabschluß wesentlich höher sei.

Zehn Jahre nach diesem ersten Armutsbericht legte Richard Hauser, diesmal in Zusammenarbeit mit Werner Hübinger und im Auftrag der Caritas seinen zweiten Armutsbericht vor (vgl. Hübinger/Hauser 1995). Im Frühjahr 1991 befragten die Forscher Klienten und Mitarbeitende der Caritas und erstellten mittels der ausgewerteten Fragebögen einen Datensatz mit sowohl objektiven als auch subjektiven Variablen zusammen, die bezüglich des Einkommens- aber auch des Lebenslagenkonzepts interpretiert wurden. Die bereits 1981 angewandte Einkommensschwelle wurde noch näher modifiziert: Zur Abgrenzung der Armen von den Nicht-Armen wurde ein „haushaltsspezifisches und wohnkostenbereinigtes Einkommen“ zugrunde gelegt, d.h. daß nach der Berechnung des 50% Durchschnittsnettoeinkommens nochmals pauschal 28% der Wohnkosten abgezogen wurde. So konnte die „Grenze des zur Sicherung eines sozio-kulturellen Existenzminimums“, d.h. des frei verfügbaren Einkommens bestimmt werden. Dieses wurde anschließend analog der Studie von 1981 nach Haushaltsgröße gewichtet.

Da in dieser Studie Caritas-Klienten befragt wurden, sind die Armen deutlich überrepräsentiert. Es war „... die Untersuchung eines Personenkreises, der untere Segmente der sozialen Schichtung wie unter einem Vergrößerungsglas sichtbar gemacht hat;...“ (Neumann, 1995:70)

Walter Hanesch et al. führten von 1990-1992 im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eine nationale Armutsstudie durch. Mit Hilfe eines „gemischten Ressourcen-/Lebenslagenkonzepts“ (Hanesch, 1994:28) sollte ein mehrgleisiges Vorgehen auch die Erfassung der zeitlichen Dimensionen und die subjektive Erfahrung der Armut ermöglichen. Im Bereich der Einkommensarmut wurden Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) ausgewertet. Ähnlich wie Hauser (1981) berechneten Hanesch et al. für die Einkommensschwelle ein haushaltsbezogenes Einkommen, in das jedoch die Miete keinen Einzug fand.

Diese SOEP-Daten sollten Antworten auf die Frage nach der Entwicklung globaler Armuts- und Unterversorgungsquoten, der Darstellung von sozio-demographisch und sozialstrukturell definierten Gruppen mit überdurchschnittlich hoher Unterversorgungslagen und des Zusammenhangs von Einkommensarmut und Unterversorgung geben. In verschiedenen ostdeutschen Städten stellten Sozialhilfedaten einen Überblick dar für den „Verbleib in bzw. der Abgang aus dem Sozialhilfebezug (als ersten Hinweis zu ‚Sozialhilfekarrieren‘).“ (Hanesch, 1994:30) Die objektiven und subjektiven Kriterien bildeten einen dritten Schwerpunkt des Projekts (siehe auch unter 2.3.2.).

Hanesch et al. (1994) berücksichtigten in ihrem Konzept auch Arbeit als Unterversorgungslage. Dabei wurde jedoch die Unterversorgung *mit* Arbeit als Armutslage betrachtet, nicht aber die Unterversorgung *in der* Arbeit. Dazu wurden aus dem SOEP die Zahl der Arbeitslosen, die sog. „Stille Reserve“ und die „geringfügig Beschäftigten“ gezählt. Als „Stille Reserve“ werden Personen bezeichnet, die zwar arbeiten möchten, sich aber beim Arbeitsamt nicht als arbeitssuchend gemeldet haben. Eine „geringfügige Beschäftigung“ „liegt vor, wenn die Beschäftigung (...) weniger als fünfzehn Stunden in der Woche ausgeübt wird“ (§8 Sozialgesetzbuch IV) und das erzielte Arbeitseinkommen unter 630.-DM pro Monat (1999) liegt. Rechtliche Konsequenz einer geringfügigen Beschäftigung beispielsweise ist das Erlöschen der Sozialversicherungspflicht⁴. Für eine etwaige Erfassung der Unterversorgung in der Arbeit stellten Hanesch et al. fest: „Ein solches Vorhaben müsste in der Untersuchung von Arbeitsqualitäten die Frage von objektiven Sachverhalten des Arbeitsverhältnisses und deren psycho-sozialen und

⁴ Hier soll eine rechtliche Änderung ab 1.4.99 in Kraft treten, nach der geringfügige Beschäftigung nach freiwilliger Zuzahlung sozialversicherungspflichtig werden.

gesundheitlichen Auswirkungen empirisch untersuchen und kategorisieren. Belegt werden müsste, daß bestimmte Aspekte des Arbeitsverhältnisses in aller Regel bei einer Mehrzahl der Betroffenen mit belastenden Konsequenzen verknüpft sind, die ihre Lebenslage maßgeblich negativ beeinflussen. Hinzu kommt, daß der Strukturwandel des Arbeitsmarktes im Sinne der Ausbreitung prekärer Arbeit in den letzten Jahren immer stärker als armutsverursachendes Faktum diskutiert wird, ohne daß dazu bereits hinreichend differenzierte und gesicherte Erkenntnisse vorlägen.“ (Hanesch, 1994:148)

Andreß/Lipsmeier(1995) entwickelten ein „neues Konzept zur Armutsmessung“, das jedoch eine demokratische, das heißt, eine durch die Betroffenen selbst bestimmte, Modifizierung des Armutslagenkonzeptes ist. Ansetzend an ihrer Kritik der fehlenden theoretischen und empirischen Ableitung der betrachteten Lebenslagenindikatoren ließen sie deren Notwendigkeit durch die Befragten selbst bestimmen. „Armut beginnt (...) dort, wo mit fallendem Einkommen Personen disproportional von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. In diesem Sinne definieren wir *Deprivation* als Ausschluß von mehr oder minder großen Teilen eines allgemein akzeptierten Lebensstandards. (...) Deprivation meint also den Ausschluß von Dingen, die die Befragten insgesamt für notwendig erachten.“ (Andreß/Lipsmeier, 1995:36) Der Begriff der Deprivation beschreibt demnach eine Vorstufe der Armut. *Armut* tritt nach unserem Verständnis erst dann ein, wenn das Ausmaß der Deprivation so groß ist, daß der Lebensstil bzw. die Lebenschancen der betreffenden Person erheblich beeinträchtigt sind.“ (ebd.:36) Nach der Erfassung der Aspekte des Lebensstandards wurden Untersuchungspersonen befragt, ob sie bestimmte Merkmale aufweisen. Differenziert wurde zwischen der Möglichkeit des freiwilligen Verzichts (beispielsweise des Vegetariers auf eine Fleischmahlzeit) oder einer durch ökonomische Notwendigkeit erzwungene Einschränkung. Auf diese Weise konnte eine Liste mit wichtigen Items bestimmt und ihr Vorhandensein abgefragt werden.

„Ein spezielles Problem ist die Frage, ob die Liste der Lebensstandard-Indikatoren auch Fragen zu Arbeitsplatzmerkmalen umfassen sollte. Einerseits handelt es sich dabei um ‚Dinge‘, auf die die Person keinen oder nur geringen Einfluß hat. (...) Andererseits könnte man argumentieren, daß in einer Arbeitsgesellschaft wie der Bundesrepublik die Verfügbarkeit eines sicheren Arbeitsplatzes ohne Gesundheitsgefährdungen und mit ausreichender Altersversorgung (...) zum notwendigen Lebensstandard gehört.“ Die Forscher schlossen sich der zweiten

Sichtweise an; es wurde bei Erwerbspersonen erfaßt, ob ein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden ist.

1204 Fragebögen konnten ausgewertet werden, wobei diejenigen des unteren Einkommensbereichs überproportional vertreten waren. Danach konnten notwendige und entbehrliche Merkmale unterschieden werden. Sämtliche arbeitsbezogenen Merkmale (Berufsabschluß, Altersvorsorge, sicherer Arbeitsplatz, gesunder Arbeitsplatz) wurden von den Befragten als notwendig eingestuft. Als entbehrlich wurde beispielsweise Spielzeug oder ein einwöchiger Jahresurlaub eingestuft. Bezüglich den arbeitsbezogenen Items konnte ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen festgestellt werden: „ ... sagen 72,6 Prozent der ostdeutschen Befragten, ein sicherer Arbeitsplatz sei notwendig, während es bei den westdeutschen ‚nur‘ 56,3 Prozent sind.“ (ebd.:43)

Die nationalen Armutsberichte zeigten deutlich, daß Armut in der Bundesrepublik Deutschland ein existierendes, keinesfalls „nur“ Randgruppen betreffendes Problem ist. Das Eindringen des Armutsrisikos in das „normale“ Erwerbsleben konnte ebenfalls – wenn auch nicht erschöpfend – dargestellt werden.

2.3.2. Teilaspekte von Armut

Die zeitliche Dimension der Einkommensarmut wird im Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (vgl. Hanesch, 1994) ebenfalls durch die Daten des SOEP erforscht. Dabei wird der Zustandswechsel der Zugehörigkeit zur Gruppe der Armen von 1990 bis 1992, unterschieden nach Ost und West, betrachtet. Das Armutsrisiko („Wer war 1990 nicht arm und ist es 1992?“) und die Chancen der Armutsüberwindung („Wer war 1990 arm und ist es 1992 nicht mehr?“) konnten so bestimmt und mit sozio-demographischen Merkmalen in Verbindung gebracht werden. Methodisch interessant ist die Zusammenführung eines haushaltsbereinigten Einkommens und individuellen sozio-demographischen Merkmalen. Eine Sozialhilfesonderuntersuchung im Juli 1992, die im Dezember 1992 wiederholt wurde (Panel-Design), ermöglichte es den ForscherInnen die Dauer des ununterbrochenen Bezugs von Sozialhilfe zu erfassen. Dabei stellten sie eine hohe Abgangsquote vor allem derjenigen fest, die nur kurzzeitig Sozialhilfe bezogen.

Die subjektive Armut wurde mittels den Zufriedenheitsskalen des Sozio-Ökonomischen Panels von 1992 erfaßt. Dabei wurde die durchschnittliche Zufriedenheit aller mit der durchschnittlichen Zufriedenheit der Unterversorgten (in den Lebenslagen von Gesundheit, Einkommen, Wohnen, Arbeit) verglichen. Als

Ergebnis konnte festgestellt werden, daß der Grad der Zufriedenheit der Unterversorgten vergleichsweise geringer war als der derjenigen, bei denen keine Unterversorgungslagen festgestellt wurden.

Das Bremer Projekt „Sozialhilfekarrieren“ am Sonderforschungsbereich 186 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen hat sich auf die dynamische Armutforschung spezialisiert. „Armut ist nicht nur ein Zustand von Personengruppen, sondern zunächst ein Ereignis oder eine Phase im individuellen Lebenslauf.“ (Leibfried/Leisering, 1995:9) Damit verfolgen die Bremer ForscherInnen einen Teilbereich der soziologischen Lebenslaufforschung; hierbei kann die ganze Armutsgeschichte als Teil des individuellen Lebens betrachtet werden.

Der Sozialhilfeverlauf derjenigen, die 1983 neu in den Sozialhilfebezug in Bremen eintraten (Antragskohorte), wurde sowohl mittels der Sozialamtsakten als auch durch qualitative Interviews 1989 retrospektiv untersucht. Dabei stellten die ForscherInnen fest, „daß Kurzzeitarmut und kurzer Sozialhilfebezug der typische Fall, langanhaltende Armut dagegen auf Minderheiten beschränkt ist“. (Ludwig/Leisering/Buhr, 1995:24) Neuere Forschungen beziehen die 90er Jahre mit ein und kommen zu dem Ergebnis, daß sich dieser Trend verstärkt hat: „Der Anteil von Kurzzeitbeziehern ist in den neunziger Jahren gestiegen, der von Langzeitbeziehern gefallen.“ (ebd.:25) Für den „objektiven“ Sozialhilfebezug konnten fünf Typen ermittelt werden: (1) Überbrücker nehmen Sozialhilfe nur kurzzeitig in Anspruch, (2) Pendler und Mehrfachüberbrücker zeigen einen diskontinuierlichen Verlauf des Sozialhilfebezugs auf, dabei unterscheiden sie sich (3) bezüglich der jeweiligen Bezugsdauer, Langzeitbezieher (4) weisen einen relativ kontinuierlichen, mehrjährigen Bezug von Sozialhilfe auf, und Ausbrecher (5) konnten nach langjährigem Bezug von Sozialhilfe dauerhaft aussteigen.

„Wie wird die Zeit des Sozialhilfebezugs von den Betroffenen selbst *wahrgenommen* und wie wird der Bezug von *ihnen in übergreifende biographische Zusammenhänge eingeordnet und bewertet?*“⁵ (Leibfried/Leisering, 1995:107f.) ist die Forschungsfrage, die innerhalb der Bremer Studie die subjektive Zeit des Sozialhilfebezugs erfassen soll. Dabei wurden 62 qualitative Interviews geführt, die die Frage nach der Sicht „von innen“ (ebd.:108) aufzeigen will.

⁵ Hervorhebungen im Original

Auf der Grundlage der Einschätzungen der Dauer des Hilfebezugs der Befragten wurden auch hier Typen gebildet. Der „subjektive Überbrücker“, der Typ, der am häufigsten (33 Fälle) vorkam, zeichnet sich durch das Verständnis von Sozialhilfe als eine „vorübergehende, befristete Phase im Lebenslauf“ (ebd.:110) aus. Der geringste (6 Fälle) Typ ist der des „mißglückten Überbrückers“, der die Zeitperspektive einer Übergangslösung durch Sozialhilfe zu Beginn des Sozialhilfebezuges hatte, diese jedoch nicht realisieren konnte. „Subjektive Langzeitbezieher“ (23 Fälle) haben sich auf „ein längerfristiges Leben in der Sozialhilfe eingerichtet“ (ebd.:118).

Die verschiedenen Teilaspekte der Armut, das heißt die zeitliche Dimension und die subjektive Wahrnehmung zeigen, daß es eine einheitliche Perzeption von Armut nicht gibt. Die Feststellung einer erhöhten Anzahl von kurzzeitig Sozialhilfe Beziehenden könnte ein als Anzeichen für ein gestiegenes allgemeines Armutsrisiko gewertet werden, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit und den „Löchern“ im sozialen Netz der Sozialversicherung. Gleichzeitig zeigt sich, daß Armut überwindbar sein kann und damit nicht notwendigerweise ein unentrinnbarer „Teufelskreis“ ist. Armutslagen können innerhalb eines Lebenslaufs entstehen und auch wieder überwunden werden.

2.4. Bisherige Forschung zu „Armut trotz Erwerbstätigkeit“

2.4.1. Der Klassiker: Friedrich Engels beschreibt „die Lage der arbeitenden Klasse in England“

Friedrich Engels führte 1844-1846 mit seiner „Die Lage der arbeitenden Bevölkerung in England“ eine klassische Unterversorgungsstudie durch. Im Gegensatz zu den meisten modernen Studien (vgl. bspw. Giarini/Liedtke, 1998, Bosch, 1998) betrachtete Engels die arbeitende Klasse unter dem Gesichtspunkt der Armut. Aus marxistischer Sichtweise führt Lohnarbeit, d.h. abhängige Erwerbsarbeit, unweigerlich zur Verarmung.

Engels betrachtete die arbeitende Bevölkerung, unterschieden nach Fabrikarbeitern, Handwerkern, Bergwerksproletariat und Ackerbauproletariat, in bezug auf ausgewählte psychische und physische Unterversorgungslagen. Unter physischer Lage verstand Engels hauptsächlich den Gesundheitszustand (incl. Sterblichkeit und ärztliche Versorgung) und die Wohnraumversorgung. Die Bildungs- und Erziehungssituation, die „Sittlichkeit“, die „Unsicherheit der Lebensstellung“ (Engels, 1932:114), „Verdammung zur Arbeit“ (ebd.:117) durch Kinderarbeit und fehlende Erholungsmöglichkeiten, die Ghettoisierung und das Familienleben sind die betrachteten psychischen Versorgungslagen.

Engels stellte eine massive Unterversorgung der arbeitenden Bevölkerung in allen betrachteten Lagen fest. In sehr drastischen Beispielen führte er aus, wie die Arbeit als Lohnabhängiger im damaligen England zu extremen Unterversorgungslagen führte. Verantwortlich dafür waren die Machthabenden der Gesellschaft, denen er Massenmord vorwarf: „Wenn aber die Gesellschaft Hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen, unnatürlichen Tode verfallen (...); wenn sie Tausenden die nötigen Lebensbedingungen entzieht, sie in Verhältnisse stellt, in welchen sie nicht leben können, wenn sie sie durch den starken Arm des Gesetzes zwingt, in diesen Verhältnissen zu bleiben, bis der Tod eintritt, der die Folge dieser Verhältnisse sein muß; wenn sie weiß, nur zu gut weiß, daß diese Tausend solchen Bedingungen zum Opfer fallen müssen, und doch diese Bedingungen bestehen läßt – so ist das ebensogut Mord wie die Tat des einzelnen ...“ (ebd.:94f.)

Die Ergebnisse dieser Studie sind gegenwärtig allenfalls noch von historischem Interesse. Engels Arbeit ist jedoch bis heute die einzige bekannte Studie, die – unterschieden nach Branchen – Armut innerhalb der Erwerbstätigkeit nach dem Lebenslagenkonzept untersucht.

2.4.2. Das Lohnabstandsgebot: Niedriglöhne und Sozialhilfe

Viele Studien befassen sich mit Einkommensarmut im Zusammenhang mit dem Abstand zwischen der Armutsgrenze des Sozialhilfebezugs und den Niedriglöhnen.

Der Bezug von Sozialhilfe stellt die letzte Stufe des sozialen Netzes dar. Die Sozialhilfe ist nachrangig, das heißt, daß sowohl die Leistungen anderer Sozialleistungsträger als auch private Finanzierungsmöglichkeiten erst erschöpft sein müssen, um Sozialhilfe beziehen zu können. Zu den privaten Finanzierungsmöglichkeiten gehört auch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit; Sozialhilfebeziehende können zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden (§25 Abs.1 BSHG). Der gleichzeitige Bezug von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen ist jedoch möglich, wenn das Arbeitseinkommen so gering ist, daß es mit Sozialhilfe aufgestockt werden muß. Dies soll allerdings auf Ausnahmen beschränkt bleiben, daher wurde 1981 das sogenannte Lohnabstandsgebot in das Bundessozialhilfegesetz aufgenommen: "Bei der Festsetzung der Regelsätze ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie zusammen mit den Durchschnittsbeträgen für die Kosten der Unterkunft unter dem im Geltungsbereich der jeweiligen Regelsätze erzielten durchschnittlichen Netto-Arbeitsentgelt unterer Lohngruppen zuzüglich Kindergeld und Wohngeld bleiben, soweit nicht die Verpflichtung, den Lebensunterhalt durch die Regelsätze im notwendigen Umfang zu sichern, bei größeren Haushaltsgemeinschaften dem entgegensteht." (§22 Abs.3 S.2 BSHG)

Dieses Abstandsgebot und seine politischen Folgen wird in mehreren Studien und von unterschiedlichen Auftraggebern (vgl. neuere Forschungen Breuer/Engels 1993, Bäcker/Hanesch 1994, Hanesch et al. 1994, NRW 1998, Adamy/Steffen 1998) untersucht. Als Ergebnis kann allgemein festgehalten werden: „Von einer generellen Überschneidung zwischen unteren Arbeitnehmereinkommen und Niveau der Hilfe zum Lebensunterhalt konnte keine Rede sein. Lediglich in besonderen Haushaltskonstellationen, d.h. bei einer größeren Zahl von Kindern und/oder wenn diese Kinder in der höchsten Klasse des altersspezifischen Sozialhilfebedarfs lagen, konnten solche Überschneidungen auftreten.“ (Hanesch, 1995)

Roth (1997) untersuchte ebenfalls den Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Sozialhilfe. Dabei wurden 211 Fragebögen von Erwerbstätigen, hauptsächlich aus Westdeutschland, ausgewertet. Die Fragen bezogen sich auf die Ursachen von Sozialhilfebedürftigkeit trotz Lohnbezuges. Als häufige Ursachen für Sozialhilfebedürftigkeit konstatierten sie Schuldentrückzahlungen, Lebensversicherungen, Unterhaltszahlungen. Auch führten arbeitsbedingte Kosten häufig unter die Sozialhilfegrenze, wie z.B. Fahrtkosten zum Arbeitsplatz.

Das Ziel des Lohnabstandsgebotes kann aus einem neoklassischen Rational-Choice-Ansatz der Mikroökonomie erklärt werden, die Arbeitslosigkeit als Folge eines Motivationsproblems sieht. Aus dieser Sichtweise heraus lohne es sich für SozialhilfeempfängerInnen nicht, zu arbeiten. Dem kann entgegengehalten werden, „daß durch einen größeren Anreiz oder Druck, Arbeit aufzunehmen, nicht plötzlich neue Arbeitsplätze entstehen.“ (NRW, 1998:362) Viele Wirtschaftsvertreter (vgl. Spiegel, 1997:86ff, DIE ZEIT, 10.6.1998)⁶ und die alte Bundesregierung sahen hier den Ansatz, einen Niedriglohnsektor zu installieren, der die, durch geringere staatliche Transferleistungen erhöhte Anzahl von Arbeitssuchenden aufnehmen würde (vgl. u.a. die aktuelle Debatte um den Kombilohn, der geringes Arbeitsentgelt durch staatliche Transfers aufstocken soll, oder die Diskussion um einen nicht tariflich abgesicherten und durch geringeren Arbeitsschutz gekennzeichneten zweiten Arbeitsmarkt). Kritiker setzen dem entgegen, daß „gut bezahlte und qualifizierte Beschäftigte (..) motivierter und produktiver als schlecht bezahlte und ungesicherte Arbeitskräfte“ (NRW, 1998:421) seien.

Diese Debatte geht meines Erachtens von der falschen Voraussetzung aus, nach der ein Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik Deutschland nicht besteht. Diese Studie wird zeigen, daß innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland eine Beschäftigung in einem Niedriglohnsektor bereits jetzt schon zu Armut führen kann.

⁶ „Solange von den 1,3 Millionen erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger gerade 90 000 einer Arbeit nachgehen, läuft in Deutschland etwas grundsätzlich falsch. Wir Deutschen müssen wieder lernen, auch auf niedrigem Niveau zu schuften, statt auf höchstem Niveau zu jammern.“ (Lothar Späth, in: Der Spiegel, 1997:103)

2.4.3. Die Individualebene: Niedriglöhne im europäischen Vergleich (EU-Studie)

1990 gab die damalige Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Vorbereitung der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion eine Studie in Auftrag, die sich mit „zu niedrigen“ Arbeitseinkommen von unselbständig Beschäftigten in den Mitgliedsländern befaßte. Die verantwortlichen Regierungen sollten angehalten werden, durch gesetzliche oder tarifpolitische Maßnahmen keine „zu niedrigen“ Arbeitseinkommen mehr zuzulassen. Motiviert war diese beginnende Diskussion durch die Befürchtung der Kommission, daß nach dem Zusammenschluß der Mitgliedsländer einzelne Länder oder Branchen Lohndumping betreiben würden. Eine Konvention der International Labor Organization (ILO) forderte bereits seit Jahren einen „angemessenen Mindestlohn“ (Vgl. ILO-Konventionen Nr. 23, 30, 131). Zur Bestandsaufnahme der Situation in den einzelnen Mitgliedsländern wurde eine internationale Expertenkommission gebildet, der von deutscher Seite der beim Wirtschafts- und Sozialinstitut (WSI) beschäftigte Volkswirt Claus Schäfer angehörte. Die erste Aufgabe dieser Expertenkommission bestand darin, das Problem der Niedriglöhne so zu operationalisieren, daß die Ergebnisse international verglichen werden konnten. Empirisch beschränkten sie sich dabei auf Vollzeiterwerbstätige, das heißt, daß sogenannte prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht in die Studie eingehen. Als prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden solche Erwerbstätigkeiten bezeichnet, die nicht einer „Normalerwerbstätigkeit“ entsprechen und geringem Arbeitsschutz unterliegen, z.B. Scheinselbständige und geringfügig Beschäftigte. Eine Berücksichtigung aller Erwerbstätiger erschien aufgrund der verschiedenen Arbeitsmarktsituationen in den einzelnen Ländern nicht praktikabel, zu viele verschiedene (De-) Regulationen hätten die Vergleichbarkeit der Ergebnisse verfälscht.⁷ Schon bezüglich der Definition der Vollzeitbeschäftigung konnten immense Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten festgestellt werden.

Die Quantifizierung eines „gerechten Schwellenwertes“ sollte die Normalität eines „gerechten“ Lohnes aufweisen, aus diesem konnte dann ein relativer Anteil als der „zu niedrige“, oder „ungerechte“ Lohn bestimmt werden. Dazu gab es aus europäischem Blickwinkel zwei Alternativen: eine absolute Einkommenshöhe konnte aus den gesamten Mitgliedsstaaten bestimmt werden, oder ein relativer Wert, der

⁷ Beispielsweise die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente (ABM, Beschäftigungsgesellschaften o.a. in der BRD), die erweiterte Möglichkeit für Scheinselbständige in Großbritannien etc..

aus den jeweiligen nationalen Einkommen berechnet wird. Es wurde beschlossen, daß ein relativer Wert zugrunde gelegt werden soll, da nur so auch die wirtschaftlichen Unterschiede (Kaufkraft, Inflation) berücksichtigt werden könnten. Der Median des Brutto-Arbeitseinkommen als repräsentatives, normales Einkommen wurde schließlich als Schwellenwert festgesetzt. Der Median, der das Einkommen bestimmt, das der Hälfte der Beschäftigten eines Landes zur Verfügung steht, hat im Vergleich zum arithmetischen Mittel den Vorteil, daß gering besetzte obere Einkommensgruppen nicht den Mittelwert verzerren. Anschließend wurden drei verschiedene „Armutsniveaus“ in Höhe von 50vH, 66vH und 80vH der nationalen Schwellenwerte bestimmt, die von verschiedenen EU-Länder bereits als Mindestlohn oder als Berechnungsgrundlage für eine Transferleistung eingeführt waren.

Für Deutschland wurde die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 1986 zugrunde gelegt. Dies führte zu der Beschränkung der Studie auf westdeutsche ArbeiterInnen und Angestellte, die nicht sozialversicherungspflichtigen BeamtInnen sowie Ostdeutsche wurden demnach nicht berücksichtigt. Das zugrundeliegende Einkommen geht nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze⁸ der gesetzlichen Renten- oder Knappschaftsversicherung in diese Datenbasis ein. Auszubildende wurden aus der Studie ausgeschlossen, „weil Auszubildenden-Entgelte als eindeutig zeitlich begrenztes Einkommen in der Regel auch nicht Quelle einer eigenständigen Existenzsicherung sind und deshalb ihre Einbeziehung in den Nachweis generell zu niedriger Arbeitseinkommen ein Störfaktor wäre.“ (Schäfer, 1991:714) Dies erscheint angesichts des steigenden Alters und der damit zusammenhängenden gestiegenen ökonomischen Unabhängigkeit der Auszubildenden als eine fragwürdige Entscheidung.

Bezüglich des EU-Vergleichs ist festzuhalten, daß „es eine eindeutige Relation zwischen dem Ausmaß von Niedrigeinkommen sowie einerseits gesetzlichen Mindestlöhnen und vermeintlich schwachen Gewerkschaften bzw. andererseits tariflichen Lohnregelungen und unterstellten starken Gewerkschaften nicht zu geben (scheint H.B.).“ (Schäfer, 1991:714) In einem später veröffentlichten Aufsatz konkretisiert Schäfer dies für Deutschland: „Die Durchsetzungskraft einer einzelnen Gewerkschaft reicht möglicherweise trotz relativ hohem Organisationsgrad gerade der deutschen Arbeitnehmer nicht aus, wenn der Organisationsbereich bzw. die

⁸ 1986: jährlich 75 600.- (RV), 93 600.- (Knappschaft)

Branche konjunkturelle oder strukturelle Schwächen oder sonstige Besonderheiten in den Rahmenbedingungen aufweist.“ (Schäfer, 1996:64)

Als Ergebnis wurden verschiedene Risikogruppen für Westdeutschland definiert: „Macht man entsprechend der Risikoindexwerte eine Prioritätenliste, tragen die Beschäftigten unter 20 Jahren (bei allen drei Schwellenwerten) das größte Risiko, gefolgt von: Beschäftigten im Wirtschaftszweig ‚Reinigung und Körperpflege‘, in der Landwirtschaft, im Wirtschaftszweig ‚Gaststätten und Beherbergungsgewerbe‘, Arbeiterinnen generell sowie Frauen generell.“(Schäfer, 1991:716) Bei der Erstellung dieser Prioritätenliste wurde der Anteil der Personen in der jeweiligen Gruppe (z.B. der unter 20-Jährigen) konstant gehalten. Bei einer Berücksichtigung der Gruppenstärke kann ein anderes Ergebnis festgehalten werden: „Die erste Priorität entfällt auf Frauen allgemein, die an der Anzahl aller Bezieher niedriger Arbeitseinkommen in der Gesamtwirtschaft einen außerordentlich hohen Anteil bei jedem Schwellenwert stellen. (...) Es folgen an zweiter Stelle der Prioritäten-Skala die Berufsgruppen in den privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichen, die wiederum zu einem großen Teil von weiblichen Beschäftigten bestimmt werden. Die dritte Stelle nimmt die Altersgruppe der 20- bis 30-jährigen Beschäftigten (Männer und Frauen) ein, in der offenbar im Zusammenhang mit dem Beginn der eigentlichen Berufstätigkeit nach Beendigung der Ausbildung besonders viele niedrige Arbeitseinkommen zu verzeichnen sind. (...) An vierter Stelle folgt die Gruppe der Volksschulabgänger ohne Abschluß (Männer und Frauen), die vor allem wegen dieses Abschlusses relativ häufig niedrige Arbeitseinkommen akzeptieren muß.“ (Schäfer, 1991:717f) Nach dieser Studie ist die Armut bei Erwerbseinkommen offensichtlich ein Frauenproblem, da diese in allen Gruppen sehr stark vertreten sind.

Schäfer folgert aus dieser Studie, daß es in Deutschland eines branchenübergreifenden Mindesteinkommens dringend bedarf. Dabei sei es unerheblich, ob dieses durch die Tarifparteien oder durch eine gesetzliche Grundlage durchgesetzt wird. Durch eine breite gesellschaftliche Unterstützung könnten auch diverse Frauenberufe (z.B. im Gastronomiebereich oder im Pflegebereich) eine Statusaufwertung erhalten; so könnte sich auch die geschlechtsspezifische Trennung der Berufe etwas aufweichen lassen.

Schäfer grenzt sich in dieser Studie, die er als „Armut trotz Arbeit“ (Schäfer, 1996:57) bezeichnet, von der klassischen Armutsforschung, die Haushalte als ökonomische Einheit und damit als Forschungsbasis betrachtet, bewußt ab. „Es geht nicht um

private Haushalte (...), die Bezugsgröße sind vielmehr Individuen, die Arbeit haben.“ (ebd.:57) Er begründet dies mit unterschiedlichen Ursachen der Armut: Armut in der Arbeit ist eine „Angelegenheit der primären Einkommensverteilung und einer darauf gerichteten staatlichen Einkommens- oder gewerkschaftlichen Tarifpolitik.“ (ebd.:57) Armut, die außerhalb von Erwerbstätigkeit stattfindet, ist dagegen „eine Angelegenheit der öffentlichen Umverteilungspolitik, (...) hauptsächlich der Politik.“ (ebd.:57)

Diese Abgrenzung ist meines Erachtens nicht sinnvoll. Gerade weil der Begriff der Armut normativ belegt ist, erscheint mir die Ablehnung konventioneller Konzeptionen der empirischen Armutsforschung als fragwürdig. Soll mit einer Studie auf die bisher wenige bekannte Armutsgefahr von Erwerbstätigen aufmerksam gemacht werden, so kann dies meines Erachtens nur innerhalb bereits bestehender Konzepte erfolgen.

2.4.4. Die Haushaltsebene: Niedriglöhne und Haushalte (NRW-Studie)

Der 1998 erschienene Landessozialbericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) befaßte sich mit Arbeitnehmern und Arbeitnehmerhaushalten mit Niedrigeinkommen. Unter der Leitung von Gerhard Bäcker und Walter Hanesch wurde „ein Stück Pionierarbeit“ (NRW,1998:31) in der theoretischen und empirischen Verteilungs- und Armutspolitik geleistet. Abgesehen von der EU-Studie (vgl. Schäfer, 1990 und 1996), die ihren Schwerpunkt auf die Erfassung der Niedriglöhne setzte, ist diese Studie die einzige, die sich wissenschaftlich mit dem Phänomen der Armut trotz Erwerbstätigkeit in Deutschland auseinandersetzt. „Überprüft wird die Lebenslage jener großen Gruppe von Personen und deren Haushalte, die abhängig erwerbstätig sind und ein festes Arbeitseinkommen erzielen, im Hinblick darauf, in welchen Umfang trotz Erwerbstätigkeit ein nur unzureichender Lebensstandard realisiert werden kann bis hin zu dem Risiko, mit dem Einkommen die Armutsgrenze zu unterschreiten. Hinter diesem Ansatz steht die Vermutung, daß Armuts- und Unterversorgungslagen, die traditionellerweise vorrangig mit dem Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht werden, auch Bestandteil einer durchaus ‚normalen‘ und nicht randständigen Lebensposition sein können. Erwerbstätigkeit allein, auch in der Form von sog. Normalarbeitsverhältnissen – so unsere Vermutung – ist heute keine Garantie dafür, daß Armuts- und Unterversorgungslagen vermieden werden.“ (NRW, 1998:29) Der fragliche Bedeutungszuwachs der Niedriglöhne wurde sowohl für NRW als auch für die gesamte Bundesrepublik betrachtet. Im Vergleich zur EU-Studie, bei

der die individuellen Verdienste im Mittelpunkt standen, konzentriert sich die NRW-Studie auf Haushaltseinkommen. „Der wichtigste Schritt liegt allerdings darin, daß im vorliegenden Untersuchungsbericht der Schritt von der Individual- zum Haushaltsebene vollzogen wird. (...) Damit werden die Ergebnisse der Verdienstuntersuchung⁹ nicht aufgehoben; statt dessen wird eine zweite Analyseebene eingeführt, die es erlaubt, das komplexe Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren bei der Herausbildung der Einkommens- bzw. Wohlstandslage des Arbeitnehmerhaushaltes differenzierter zu betrachten.“ (ebd.:45)

Für die Auswertung der Niedriglöhne in NRW wurden bestehende Tarifstrukturen auf der Basis der durch das WSI vorgenommenen Sonderauswertung über tarifliche Niedrigeinkünfte in NRW und anhand der amtlichen Verdienststatistik ausgewertet. Auch eine Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit wurde in Auftrag gegeben. Festzuhalten ist hierbei, daß bei einer solchen Betrachtungsweise auf die sozialversicherten „Normalarbeitsverhältnisse“ abgestellt wird; nicht tarifgebundene und nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (vor allem die geringfügig Beschäftigten) werden nicht erfaßt.

Das Ziel dieses ersten Teils der Studie war zunächst die deskriptive Darstellung der Wirtschaftszweige, welche im Niedriglohnsektor verwurzelt sind. „Branchen mit überdurchschnittlich vielen Niedrigverdienern sind die haushaltsbezogenen Dienste, die distributiven Dienste (z.B. Handel), die gesellschaftsbezogenen Dienste, die Investitionsgüterindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Verbrauchsgüterindustrie.“ (ebd.:25)

In einem zweiten Teil der Studie wurde auf der Datenbasis des sozio-ökonomischen Panels die zeitliche Veränderung der Armutsverteilung untersucht, wobei bei einer 50vH-Schwelle ein leichter Rückgang armer Haushaltsmitglieder festzustellen ist. Wird eine 75vH-Schwelle zugrunde gelegt, kann von einem geringen Anstieg gesprochen werden.

„Armuts- und Niedrigeinkommen variieren erheblich in Abhängigkeit von der Haushaltszusammensetzung.“ (ebd.:259) Um diese Variationen näher zu betrachten, wurden diverse Haushaltstypen unterschieden. Dabei zeigte sich, daß Haushalte mit Normalarbeitsverhältnis (d.h. unbefristet Vollzeitbeschäftigte mit vollem arbeits- und sozialrechtlichen Schutz) deutlich geringer von Einkommensarmut betroffen sind als Haushalte mit einem alleinstehenden Haushaltsvorstand. Interessanterweise trifft

⁹ gemeint ist die EU-Studie (vgl. 2.4.3.)

dieses Normalarbeitsverhältnis in NRW nur noch bei knapp der Hälfte aller Beschäftigten zu.

In einem dritten Teil der Studie wurde der Frage nachgegangen, inwieweit das sogenannte Abstandsgebot zwischen Sozialhilfe und Niedrigeinkommen noch gewährleistet ist, auch im Zusammenhang mit dem Nutzen der Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern. Überprüft wurde die These, daß „es sich wegen der zu niedrigen Frei- bzw. Absetzbeträge bei der Anrechnung des Nettoeinkommen auf das Bedarfsniveau der Hilfe zu Lebensunterhalt nicht lohne, ein Beschäftigungsverhältnis aufzunehmen, dessen Entlohnung noch unter dem jeweiligen Sozialhilfesatz liege.“ (ebd.:276) Als Ergebnis kann hier festgehalten werden, daß das Abstandsgebot als gewahrt gelten kann.

Zusammenfassend zeigt sich, daß bezüglich der Armut trotz Erwerbstätigkeit ein großer Forschungsbedarf besteht; dies sowohl in der Bestimmung der Anzahl der Betroffenen (unterschieden nach sozio-ökonomischen, berufs- oder haushaltsbedingten Merkmalen), als auch innerhalb der subjektiven Bedeutung, die eine Armutslage auf Erwerbstätige ausübt. Auch eine aktuelle Erfassung „der Lage der arbeitenden Klasse“ (Engels, 1932) wäre für Deutschland erforderlich.

Ich werde in meiner Studie eng an die bereits vorliegenden Forschungsergebnisse, vor allem der NRW- aber auch der EU-Studie, anknüpfen. Der methodische Weg, der in der NRW-Studie zur Erfassung der Armutsbevölkerung gegangen wurde, in dem zusätzlich zur Individualebene eine Haushaltsebene eingeführt wurde, ist meines Erachtens am überzeugendsten, um das Vorliegen von Armut trotz Erwerbstätigkeit zu veranschaulichen.

3. Eigene empirische Untersuchung zur Armut trotz Erwerbstätigkeit

Aufgrund der Ergebnisse vorheriger Forschung (vgl. EU-Studie unter 2.4.3., NRW-Studie unter 2.4.4.) ist davon auszugehen, daß sozio-demographische, berufsbedingte sowie haushaltsbedingte Merkmale Einfluß auf das Armutsrisiko ausüben. In den vorherigen Studien wurden diese Einflüsse auf deskriptiver Ebene untersucht, das heißt, es wurden Unterschiede in der relativen Verteilung innerhalb der Armutspopulation festgestellt. Nach einer kurzen Konkretisierung der Forschungsfrage (3.1.) werden aufgrund dieser Forschungsergebnisse eigene Hypothesen (3.2) entwickelt.

3.1. Fragestellung der Studie

Ausgehend von den oben (Kapitel 2, vor allem 2.4.) gewonnenen Erkenntnissen wird im folgenden der Versuch unternommen, die Erfassung der Armut trotz Erwerbstätigkeit empirisch umzusetzen. Es ist das Ziel dieser Studie, die Stärke des, durch bisherige Forschungen (hier vor allem die EU- und die NRW-Studie, vgl. 2.4.3. und 2.4.4.) festgestellten, Einflusses haushalts-, berufsbezogener und demographischer Merkmale auf das Armutsrisiko zu ermitteln. Methodisch werden dazu verschiedene logistische Regressionsmodelle geschätzt.

Für die Feststellung von Armut wird kein statisches Maß gewählt. Um die unterschiedliche Betroffenheit der Armutslage graduell abzustufen zu können, werden drei verschiedene Armutsmaße (strenge Armut, Armut und Armutsnähe) definiert. Als in *strenger Armut* lebend wird jemand bezeichnet, der oder die weniger als 40% des haushaltsgewichteten Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Ein Einkommen unterhalb einer 50%-Schwelle zeigt die Zugehörigkeit zur Gruppe der *Armen* an. Als *Armutsnah* werden Personen definiert, die ein geringeres Einkommen als 60% des haushaltsgewichteten Durchschnittseinkommens erzielen. Diese Schwellenwerte werden getrennt für Ost- und Westdeutschland definiert, um den unterschiedlichen Tarifstrukturen gerecht zu werden.

Einkommensarmut setzt am tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen an. Für die empirische Umsetzung hat dies vor allem zwei Konsequenzen. Zum einen führt dies dazu, daß staatliche Abgaben, vor allem Steuern, nicht in die Bestimmung der Armutsgrenzen eingehen: Es wird das jeweilige Nettoeinkommen zugrunde

gelegt. Zum anderen bedeutet dies die Berücksichtigung des, nach Haushaltgröße gewichteten, unterschiedenen Haushaltseinkommens als Berechnungsbasis. Innerhalb eines Haushaltes werden damit Einkommensunterschiede der Haushaltsmitglieder künstlich aufgehoben. Diese künstliche „Glättung“ haushaltsinterner Einkommensunterschiede könnte zu erheblichen Problemen bei der Betrachtung individueller, das heißt demographischer und berufsbedingter, Merkmale führen. Gleichwohl ist diese Verkettung zwischen Individual- und Haushaltsebene die notwendige Folge der Anwendung von Armutskonzepten innerhalb Erwerbstätigkeiten und damit ein Gütekriterium der Forschung. Die Möglichkeit der Verbindung des haushaltsgewichteten Einkommens mit individuellen Merkmalen kann dann bejaht werden, wenn trotz dieser Gewichtung individuelle Merkmale unterschiedliche Stärken und damit positive oder negative Einflüsse aufweisen.

3.2. Entwicklung der Hypothesen

3.2.1. Individuelle demographische Merkmale

Demographische Merkmale zeigen die „unveränderlichen“ Eigenschaften wie das Alter, Geschlecht und die Nationalität eines Menschen an. „Unveränderlich“ bedeutet in diesem Sinne nicht deren absolute Konstanz: Ein Mensch kann eine andere Nationalität annehmen oder, um ein anderes, drastisches Beispiel anzuführen, eine Geschlechtsumwandlung durchführen. Die Veränderung dieser Merkmale ist jedoch im Falle der Geschlechtsumwandlung ein seltener Fall, und die Annahme einer anderen Nationalität wird im Allgemeinen nur ein einmaliges Unterfangen sein.

In der EU-Studie (vgl. 4.2.3.) wurden als demographische Merkmale das Geschlecht und das Alter der Erwerbstätigen unterschieden. In der SOEP-Auswertung der NRW-Studie (vgl. 4.2.4.) fand ebenfalls eine Unterscheidung nach Altersklassen wie auch nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes statt. Dabei konnte in beiden Studien festgestellt werden, daß Frauen innerhalb der Armutsbevölkerung überdurchschnittlich repräsentiert sind (vgl. Schäfer, 1996:63, NRW, 1998:200). Hierbei muß die unterschiedliche Methode der Erfassung im Auge behalten werden. Die EU-Studie, die als Schwellenwert ein nicht haushaltsgewichtetes Durchschnittseinkommen zugrunde legt, kann nicht den innerfamilialen ökonomischen Transfer berücksichtigen, während die NRW-Studie nur nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstand unterscheidet und damit unterschiedliche Haushaltskonstellationen vernachlässigt.

Durch die haushaltsbezogene Betrachtung könnte eine „Glättung“ (vgl. 3.1.) der Geschlechtsunterschiede bezüglich der Erwerbstätigkeit eintreten, da im Falle von zusammenlebenden (Ehe-)paaren Einkommensunterschiede aufgehoben werden könnten. Da es jedoch eine große Anzahl von sowohl Single-Haushalten als auch Alleinerziehenden gibt, kann der Einfluß des Merkmals nicht vernachlässigt werden. Es ist daher davon auszugehen, daß das Geschlecht alleine einen eher geringen Einfluß auf das Risiko der Armut trotz Erwerbstätigkeit hat, während das Zusammenwirken zwischen Haushaltstyp und Geschlecht einen größeren Einfluß auf das Armutsrisiko ausübt. Der zu erwartende Effekt bezüglich eines größeren Armutsrisikos von Frauen kann demnach bei einer Untersuchung im Zusammenhang mit dem Haushaltstyp erfaßt werden.

Die (nicht-haushaltsbezogene) EU-Studie stellt fest, daß die Alterskonzentration von Niedriglöhnen bei jüngeren Erwerbstätigen, (d.h. von 20-30jährigen) größer ist als bei älteren. Auch in der NRW-Studie, die auf ein gewichtetes Einkommen abzielt, wird der Einfluß des Alters thematisiert. Auch hier zeigte sich, daß eher jüngere Beschäftigte niedrigere Löhne erzielen.

Als abschließendes demographisches Merkmal wird die Nationalität der Erwerbstätigen eingeführt. In der Bundesrepublik Deutschland führt die Diskriminierung von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nach der EU-Studie häufig zu schlechteren Verdienstmöglichkeiten.

Die Unterscheidung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen ist jedoch nicht unproblematisch. Der Begriff der Nicht-Deutschen, der AusländerInnen, umfaßt eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe. Als Ausländer oder Ausländerin wird zunächst als Negativdefinition jede Person bezeichnet, die nicht im Besitz der deutschen Nationalität ist. Dabei sind sowohl Personen, die zum Teil schon sehr lange in Deutschland leben und das deutsche (Arbeits-)leben assimiliert haben, gemeint, als auch Personen, die rein zu Erwerbstätigkeitszwecken nach Deutschland kommen, da die Löhne hier als höher eingeschätzt werden. Grundsätzlich müßte daher zwischen der zeitlichen Dimension und dem Zweck der Immigration unterschieden werden. Ein Österreicher, der aufgrund von einer Heirat in Deutschland lebt, hat sicher wenig mit einem polnischen Bauarbeiter gemein. Ein anderes Problem sind die rechtlichen Probleme einer Arbeitserlaubnis, ein Aspekt, der schwer in einem Survey zu erfassen ist.

Dennoch wird häufig das populistische Argument angebracht, daß Niedriglohnjobs eher von Ausländern ausgeführt werden (vgl. ZDF-Film, 1998). Aus praktischen empirischen Überlegungen soll trotz der oben angeführten grundsätzlichen Bedenken die deutsche Staatsangehörigkeit als unabhängige Variable angeführt werden.

Diese schlechteren Verdienstmöglichkeiten von AusländerInnen werden durch die haushaltsbezogene Sichtweise nicht – wie bei dem Geschlechtsmerkmal – geglättet; es kann vielmehr eine Verstärkung des Armutrisikos durch die häufige Haushaltsgemeinschaft mit anderen AusländerInnen auftreten. Daher ist anzunehmen, daß das Merkmal der Nationalität einen großen Einfluß auf das Risiko der Armut trotz Erwerbstätigkeit ausübt.

Zusammenfassung der Hypothesen, die sich auf demographischen Merkmale beziehen:

- H1_a: Frauen sind durch die häufige Haushaltsgemeinschaft mit Männern trotz geringerem Erwerbseinkommen nicht signifikant stärker als Männer von der Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen.
- H1_b: Werden Haushaltstypen in Paare und Alleinlebende unterschieden, sind alleinlebende Frauen stärker von dem Armutsrisiko innerhalb einer Erwerbstätigkeit betroffen als alleinlebende Männer und Paare.
- H2: Je jünger die Erwerbstätigen sind, desto eher trifft das Phänomen der Armut trotz Erwerbstätigkeit zu.
- H3: Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind stärker von dem Risiko betroffen, trotz Erwerbstätigkeit arm zu werden, als Deutsche.

3.2.2. Individuelle berufsbezogene Merkmale

Die berufsbezogenen Merkmale beschreiben die Art und Weise der Ausübung der Erwerbstätigkeit.

Die berufliche Stellung beschreibt die berufliche Qualifikation und die erreichte Karrierestufe innerhalb einer Beschäftigung. Diese berufliche Qualifikation, auch nach Gary S. Becker „Humankapital“ (Becker, 1964) genannt, wird in den modernen Arbeitsmarkttheorien als eine Erklärung für unterschiedliche Erwerbseinkünfte angeführt, „das heißt, die Verteilung der Arbeitseinkommen wird mit einem durch Ausbildungsinvestitionen differenzierten Arbeitsangebot erklärt.“ (Sesselmeier/Blauermel, 1997:65). Eine höhere berufliche Bildung und damit eine höhere Position am Arbeitsplatz wird einen starken Einfluß auf das erzielte Erwerbseinkommen ausüben und damit das Armutsrisiko verringern. Dies konnte auch in den bisherigen Studien bestätigt werden.

Die neoklassische Arbeitsmarkttheorie geht allein von der Arbeitszeit als Bestimmungsfaktor für das Erwerbseinkommen aus. Hierbei führt eine höhere Anzahl an Arbeitsstunden automatisch zu mehr Verdienst. Doch auch hier könnte eine Veränderung durch eine haushaltsbezogene Betrachtung eintreten. Um den unterschiedlichen Ausprägungen des Status innerhalb des Merkmals aufzuzeigen, wird auch der rechtliche Unterschied berücksichtigt. Dies führt zu einer Unterscheidung in (a) Vollzeiterwerbstätige, (b) Beschäftigte in Teilzeit, (c) geringfügig Erwerbstätige und (d) Auszubildende. Dabei ist davon auszugehen, daß

eine Beschäftigung in Teilzeit, geringfügig oder als Auszubildende das Armutsrisiko verstärkt.¹⁰

Ein drittes, berufsbedingtes Merkmal unterscheidet verschiedene Arbeitsmarktbranchen. Hierbei können strukturelle Unterschiede berücksichtigt werden, die in vorherigen Forschungen bereits thematisiert wurden. In der NRW-Studie zeigte sich, daß Beschäftigte im primären Sektor, sowie in der Nahrungs – und Genußmittelindustrie als auch die haushaltsbezogenen Dienstleistungen stärker von Niedriglöhnen betroffen sind als andere Branchen.

Zusammenfassung der Hypothesen, die sich auf berufsbezogene Merkmale beziehen:

- H4: Eine höhere berufliche Stellung führt zu einer Verringerung des Armutsrisikos.
- H5: Eine Beschäftigung in Teilzeit, geringfügig oder als Auszubildende führt zu einem vergrößerten Armutsrisiko.
- H6: Eine Beschäftigung im primären Sektor, in der Nahrungs – und Genußmittelindustrie oder in den haushaltsbezogenen Beschäftigungen führt zu einem vergrößerten Armutsrisiko.

3.2.3. Haushaltsbezogenes Merkmal

Das haushaltsbezogenen Merkmal, der Haushaltstyp, beschreibt die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten der (doppelten) Teilnahme am Erwerbsleben. Die Verdienstmöglichkeiten eines (Ehe)-paars ohne Kinder oder einer bzw. eines Alleinlebenden sind wahrscheinlich größer als diejenigen von (Ehe)-paaren oder Alleinerziehenden.

Der Einfluß des Haushaltstyps wird im Vergleich zu den anderen Merkmalen als hoch eingeschätzt, da kein „Glättungseffekt“ erfolgen kann.

¹⁰ Dieses Merkmal wurde in der EU-Studie, die ausschließlich sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte umfaßte, nicht untersucht. Die NRW-Studie unterschied hierbei deutlich zwischen „Normalarbeitsbeschäftigten“ (NRW, 1998:52) und „atypischen Beschäftigten“ (NRW, 1998:53)

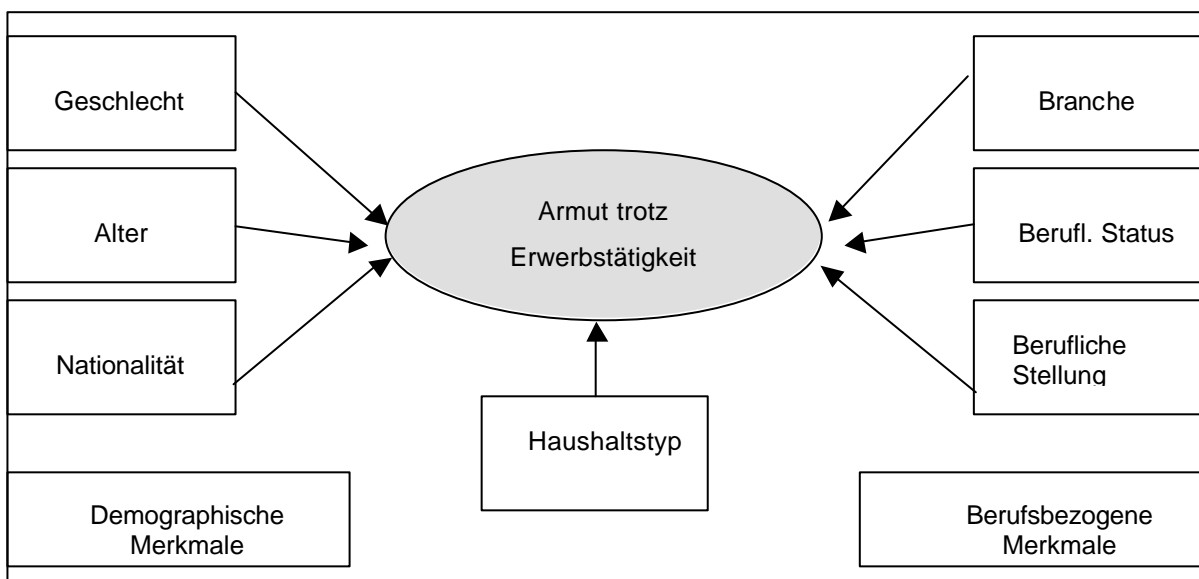
Zusammenfassung der Hypothesen, die sich auf haushaltsbezogenen Merkmale beziehen:

H7: Personen, die in einem Haushalt mit Kindern leben, sind stärker vom Armutsrisiko betroffen als Alleinlebende.

H8: Die haushaltsbezogenen Merkmale haben eine stärkere Aussagekraft bezüglich des Armutsrisikos als individuelle Merkmale.

Das folgende Pfaddiagramm soll einen abschließenden Überblick über die betrachteten Variablen und deren jeweilige Zuordnung geben.

Abbildung 2: Pfaddiagramm



4. Konstruktion der Erhebungsinstrumente

Nach Beschreibung der Forschungsfrage und der Herleitung der Hypothesen sollen im folgenden die theoretisch bestimmten Merkmale für die Forschung zugänglich gemacht werden. Für die Zuordnung zu den abhängigen Variablen ist das Durchschnittseinkommen nach Haushaltsgröße zu gewichten, um Armutsschwellenwerte zu bestimmen (4.1.).

Anschließend sollen die unabhängigen haushalts-, berufsbedingten und demographischen Variablen für die weitere Forschung operationalisiert werden (4.2.). Mit der Beschreibung der Datenbasis und der Methode wird die Untersuchungsform festgelegt (4.3.).

4.1. Operationalisierung der abhängigen Variablen: Armut trotz Erwerbstätigkeit (ATE)

4.1.1. Auswahl der Äquivalenzskala

Die Grundgesamtheit der untersuchten Personen sind Erwerbstätige. Als Erwerbstätig bezeichne ich alle, die einer abhängigen oder selbständiger Beschäftigung nachgehen. Dabei ist unerheblich, ob diese Beschäftigung in Teil- oder in Vollzeit, oder als berufliche Ausbildung ausgeübt wird¹¹. Zur Bestimmung der Zugehörigkeit zur Gruppe der erwerbstätigen Armen werden verschiedene Anteile des Medians des haushaltsgewichteten Einkommens berücksichtigt. Dabei werde ich – aufgrund bestehender tariflicher Ungleichheiten – diese Berechnungen für Ost- und Westdeutschland getrennt durchführen.

Bei den meisten Armutsstudien wird anstelle des arithmetischen Mittels der Median verwendet, da dieser weniger anfällig bezüglich Extremwerten, das sind Werte mit extrem hoher oder niedrigen Ausprägungen, ist. Als Median bezeichnet man den Wert, der die Mitte der Verteilung angibt und der die Verteilung in zwei gleiche große Hälften teilt, so daß genauso viele Werte überhalb des Medianwertes wie auch unterhalb liegen.

Die Festlegung der verschiedenen Armutsgrenzen erfolgt in den meisten deutschen und internationalen Studien über das Haushaltseinkommen (vgl. bspw. Hanesch 1994, Hauser 1981 etc.). Durch die Berücksichtigung des Haushaltseinkommens ist

¹¹ Diese Unterscheidung wird später als unabhängige Variable berücksichtigt. (vgl. 4.2.2.)

eine bedarfsgerechte Erfassung der unterschiedlichen Erfordernisse möglich. Außerdem können Ersparnisse durch gemeinsame Haushaltsführung (Bsp.: Miete, Lebensmittel) in die Berechnung eingehen.

Um der Verschiedenartigkeit der Haushaltstypen Rechnung zu tragen, werden diese anhand einer sogenannten Äquivalenzskala gewichtet. „Eine solche Skala mißt – üblicherweise auf das Einkommen eines Alleinstehenden Bezug nehmend – die erforderliche prozentuale Erhöhung des Haushaltseinkommens bei Hinzukommen einer weiteren Person, und zwar unter der Bedingung, daß das Wohlfahrtsniveau des Haushaltes gerade aufrechterhalten bleibt.“ (Faik, 1997:14)

Die Anwendung einer Äquivalenzskala geht von verschiedenen Voraussetzungen aus. Die „Pool-Annahme“ (Faik, 1997:15) besagt, daß das sämtliche Einkommen der Haushaltsmitglieder, welches sowohl aus Erwerbseinkommen als auch aus staatlichen oder privaten Transferleistungen bestehen können, zu einem Pool zusammengefaßt werden können. Es wird also nicht davon ausgegangen, daß Teile des Haushaltseinkommens nur einigen wenigen Haushaltsmitgliedern zur Verfügung stehen. Bei der haushaltsinternen Einkommensaufteilung wird eine „Wohlfahrtsgleichverteilung“ sowie „gleiche personelle Bedürfnisstrukturen“ (Faik, 1997:15) vorausgesetzt, d.h. daß die einzelnen Personen nur aufgrund ihrer Haushaltsstruktur unterschieden werden, ihnen sonst aber gleichbleibende Teile des Haushaltseinkommens zustehen.

In den meisten deutschen Studien wird von einer Äquivalenzskala ausgegangen, die an das Bundessozialhilfegesetz angegliedert ist. Demnach wird dem Haushaltsvorstand der volle Wert 1,0 zugeteilt, weiteren erwachsenen Haushaltsmitgliedern (d.h. über 18 Jahre alten) der Wert 0,8. Kinder erhalten je nach Alter den Wert 0,5 (bis 7 Jahre), 0,65 (8-14 Jahre) und 0,9 bei 15-18-jährigen. Handelt es sich um einen Haushalt einer oder eines Alleinerziehenden, dann erhöht sich der Wert des unter 7-jährigen Kindes¹² um 0,05. Im internationalen Diskurs wird an dieser Äquivalenzskala kritisiert, daß Ersparnisse großer Haushalte mit Kindern nicht genügend berücksichtigt werden. „Younger households with children are found to be less well-off and younger households without children better off using the official German scale than using the other scale.“ (Burkhauser/Smeeding/Merz, 1996:393)

¹² Seit 1991

Burkhauser et al. prüfen anhand von Daten der Luxemburg Income Study (LIS) alternative Äquivalenzskalen. Dabei werden die offizielle deutsche Skala, die amerikanische offizielle Skala sowie unterschiedliche Expertenäquivalenzskalen bezüglich ihrer Aussagekraft in Deutschland und den USA miteinander verglichen. Bezogen auf die Armutforschung stellen sie fest: „Aggregate poverty rates for persons are (...) only slightly affected by the choice of equivalence scale.“ (Burkhauser et al., 1996:390) Als Ergebnis halten sie fest, daß „the official German scale is out of line with other measures of economies of scale for Germany or other countries.“

Burkhauser et al. diskutieren eine sogenannte internationale Expertenambivalenzskala: Das Haushaltseinkommen wird durch die mit einem Parameter e potenzierte Haushaltsgröße dividiert.

$$\text{Haushaltsgewichtetes Einkommen} = \frac{\text{Haushaltseinkommen}}{\text{Haushaltsgröße}^e}$$

Nach dieser Formel kann das Haushaltseinkommen auf die Haushaltsgröße bezogen werden. Dabei steht der Parameter e für die Elastizität der verschiedenen Haushalte und kann Werte von 0 bis 1 annehmen. Ist $e=1$, dann handelt es sich um eine sogenannte Pro-Kopf-Skala, die alleinig die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Haushaltsgrößen berücksichtigt, auf die Ersparnisse durch gemeinsame Haushaltsführung jedoch keine Rücksicht nimmt. Bei einer Elastizität von 0 wird die Haushaltsgröße voll und ganz vernachlässigt. Burkhauser et.al. schlagen eine Elastizität von 0,5 vor, mit dieser Elastizität wurden ihre Vergleichsberechnungen durchgeführt. Diese Skala wurde bereits in mehreren OECD-Studien und durch das Statistical Office of the European Commission verwendet.

Für die Gewichtung des Haushaltseinkommens der ATE-Studie soll ebenfalls diese Äquivalenzskala mit einer Elastizität von 0,5 zugrunde gelegt werden.

4.1.2. Verteilung des haushaltsbezogenen Einkommens

Das zugrundeliegende Einkommen wurde aus dem SOEP-Datensatz (vgl. 4.3.1.) ermittelt. Hierbei wird das monatliche Nettoeinkommen in dem Haushaltsfragebogen direkt erfaßt¹³. Im Gegensatz zur NRW-Studie wird auf das Nettoeinkommen abgezielt, da dieses den Haushaltsmitgliedern tatsächlich zur Verfügung steht.

Bezogen auf Ostdeutschland konnte für 1997 aus 4.942 Haushalten mit durchschnittlich 2,9 Personen ein Median von 2.050,61 DM ermittelt werden. Dabei war die Höhe des angegebenen Einkommens zwischen 456 DM und 18.359,74 DM. Im Vergleich zum arithmetischen Mittel in Höhe von 2.176,36 DM liegt der Median darunter, die Verteilung ist rechtsschief.

In Westdeutschland konnte – wie erwartet – ein höherer Median festgestellt werden. Dieser betrug 2.309,40 DM, die Spannweite betrug bei Werten zwischen 300 DM und 28.284,27 DM 27.984,27 DM. Auch hier war der Mittelwert mit 2.537,59 DM höher als der Median. Diese Werte konnten aus 15.148 Haushalten, die im Schnitt 2,95 Mitglieder hatten, berechnet werden.

Wie die größere Spannweite in Westdeutschland zeigt, sind hier auch Varianz und Standardabweichung höher: In Westdeutschland betrug die Standardabweichung 1.214,65 und die Varianz 1.475.381, dagegen war die Standardabweichung 939,20 und die Varianz 880.226 in Ostdeutschland.

Das durchschnittliche Einkommen wurde aus sämtlichen Haushalten ermittelt, also auch aus den Haushalten, die letzten Endes aufgrund mangelnder Erwerbstätigkeit oder wegen fehlender Daten nicht weiter in die Untersuchung eingehen. Die Armutsgrenze, die damit aus sowohl Erwerbstätigenhaushalten als auch aus Haushalten ermittelt wurde, in denen kein Mitglied Erwerbseinkommen erzielt, zeigt damit wiederum das Spannungsfeld zwischen Erwerbstätigkeit und Armut auf. Der Kontrast, der dadurch entsteht, daß Erwerbstätige in Armutslagen abrutschen, soll damit verstärkt werden¹⁴.

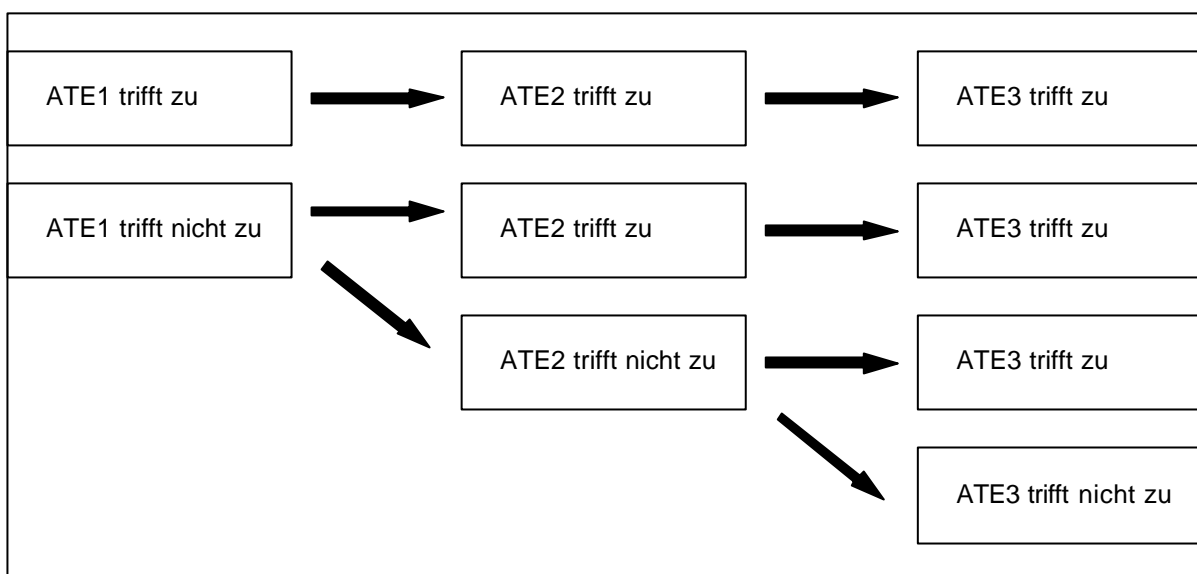
¹³ Anhang 1 enthält die Originalfragen des SOEP-Fragebogens, die in die Untersuchung eingegangen und vom DIW veröffentlicht wurden.

¹⁴ Die Durchschnittseinkommen sämtlicher Erwerbstätiger sind selbstverständlich höher: In Westdeutschland ist der Median des Haushaltseinkommens demnach 2.398,-DM, in Ostdeutschland betrug er 2100,-DM

Die Einkommensgrenzen, die die Zugehörigkeit zur Gruppe der Armen feststellt, wird nun prozentual aus dem oben angeführten Median berechnet. Damit werden drei verschiedene Armutsgrenzen eingeführt. Die *strenge Armut* (1) wird bei Einkünften unter 40% des durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens definiert. Zur Gruppe der *Armen* (2) gehören diejenigen, die weniger als 50% des durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens verdienen. Wird ein Einkommen unterhalb der 60%-Grenze des durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens erzielt, kann von *Armutnähe* (3) gesprochen werden. Damit werden drei verschiedene abhängige Variablen festgelegt, die im folgenden mit ATE1 (strenge Armut), ATE2 (Armut) und ATE3 (Armutnähe) abgekürzt werden können. Eine Einkommensbegrenzung nach unten findet nicht statt, die unterschiedlichen Gruppen zeigen eine Steigerung des Armutsrisikos auf. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß die einzelnen Gruppen nicht ausschließend sind – ganz im Gegenteil, wer sich in ATE1 befindet, wird auch in ATE3 vorhanden sein. Dies führt dazu, daß die Ergebnisse stets im Zusammenhang mit der vorliegenden abhängigen Variablen diskutiert werden müssen. Die Ausprägungen der drei verschiedenen Variablen sind damit jeweils dichotom: Armut, definiert nach den einzelnen Typen, trifft zu oder trifft nicht zu.

Zur Verdeutlichung der Antwortmöglichkeiten kann die folgende Abbildung helfen:

Abbildung 3: Zugehörigkeit zu den abhängigen Variablen



4.1.3. Empirische Definition der Armutsgrenzen

Mit folgenden Berechnungen können die Armutsgrenzen empirisch festgelegt werden. Nach der oben eingeführten Definition werden folgende Grenzwerte für die strenge Armut, die Armut und die Armutsnähe festgelegt.

Tabelle 1: Empirische Definition der Armutsgrenzen

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Strenge Armut ATE1 (40% des Medians)	820,24 DM	923,76 DM
Armut ATE2 (50 % des Medians)	1025,31 DM	1154,70 DM
Armutsnähe ATE3 (60 % des Medians)	1230,37 DM	1385,64 DM

4.2. Operationalisierung der unabhängigen Variablen

4.2.1. Demographische Variable

1) Geschlecht

Die demographische Variable Geschlecht wird in direkten Fragen des SOEP erfaßt. Es handelt sich hierbei um eine qualitative dichotome Variable.

2) Alter

Das Alter wurde über das Geburtsjahr bestimmt, dabei ist $\text{Alter}^{15} = 1997 - \text{Geburtsjahr}$. Das Alter ist damit als einzige Variable quantitativ und intervall-skaliert. Zur besseren Übersicht wurde jedoch für die Darstellung des Datensatzes und der deskriptiven Ergebnisse eine Gruppeneinteilung in jeweils 10-Jahres-Abständen gewählt.

3) Nationalität

Die Staatsangehörigkeit wird durch das SOEP sowohl mittels einer dichotomen Fragestellung als auch durch die Frage nach dem Herkunftsland erfaßt. Auf eine Unterscheidung nach dem Herkunftsland wurde aus Vereinfachungsgründen in dieser Studie verzichtet, wenn auch (siehe 3.2.) die Gruppe der AusländerInnen als sehr heterogen betrachtet wird. Die Variable der Nationalität hat demnach zwei Ausprägungen, Deutsche/r oder AusländerIn, und ist qualitativ skaliert.

4.2.2. Berufsbedingte Variable

1) Art der Erwerbstätigkeit

Der Begriff des „beruflichen Status“ hat vier Ausprägungen, die alle im SOEP direkt erfaßt werden. Dabei handelt es sich um Auszubildende, geringfügig Beschäftigte, Arbeit als Teilzeit- oder Vollzeitarbeitskraft. Diese Variablen entsprechen dem disjunkten Kriterium für eine Kategorieneinteilung, d.h. daß Auszubildende trotz einer Vollzeit-Berufsausbildung nur in der Kategorie der Azubis eingeordnet werden, während eine geringfügige Beschäftigung sich nicht auch in der Kategorie der Teilzeiterwerbstätigen befindet.

¹⁵ 1997 ist das Jahr, für das die SOEP-Daten vorliegen (vgl. 4.3.1.).

2) Berufliche Stellung

Zur Messung des sozio-ökonomischen Status werden häufig die Variablen Bildung und Beruf genannt. Bildung ist in der Bundesrepublik Deutschland die wichtigste Voraussetzung, einen qualifizierten Beruf ausüben zu können. Aufgrund dieses Berufes wird nicht zuletzt das Einkommen erzielt, welches die Zugehörigkeit zur Gruppen der „Armen“ oder der „Reichen“ bestimmt.

Der ausgeübte Beruf stellt demnach eine der zentralen Variablen dar. Für die Operationalisierung des Berufs stellt das SOEP verschiedenartige Informationen zur Verfügung. Zum einen wird der ausgeübte Beruf über die internationalen Berufsklassen der International Labour Organization (ILO) kodiert; dabei werden die einzelnen Berufe offen erfragt und anschließend separat kodiert. Dieses Verfahren ist aufgrund der vorliegenden komplexen Klassifizierung sehr fehleranfällig. Ein anderes Problem ist, daß die auf den internationalen Arbeitsmarkt abgestimmte Klassifikation häufig Besonderheiten des deutschen Arbeitsmarktes, wie zum Beispiel den Beamtenstatus oder die Durchdringung des Arbeitsmarktes durch das System der beruflichen Bildung, nicht erfassen kann.

Eine andere Möglichkeit ist die Erfassung der verschiedenen Eingruppierungen des spezifisch deutschen Arbeitsmarktes. Hierbei wird zwischen den Gruppen der ArbeiterInnen, Angestellten, BeamtInnen, Selbständigen und Auszubildenden unterschieden. Diese werden dann in einzelne Teilgruppen eingeteilt. Diese Liste der Klassifikationen der beruflichen Stellung wurde in der Mikrozensus-Zusatzbefragung von 1971 entwickelt und vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) seit 1976 als unverzichtbarer Bestandteil der Standarddemographie betrachtet. Auch die amtliche Statistik wendet diese Art der beruflichen Einteilung an.

Im SOEP wird eine leichte Modifikation der gängigen Eingruppierung vorgenommen. Dabei werden die ArbeiterInnen in fünf Teilgruppen aufgeteilt: (1) Ungelernte, (2) Angelernte, (3) Gelernte und Facharbeiter, (4) Vorarbeiter und Kolonnenführer, (5) Meister und Poliere. Angestellte werden in sechs Untergruppen unterteilt, dies sind (1) Industrie und Werkmeister, (2) Angestellte ohne Ausbildungsabschluß, (3) Angestellte mit Ausbildungsabschluß, (4) qualifizierte Tätigkeiten, (5) hochqualifizierte Tätigkeiten und (6) Führungsaufgaben. BeamtInnen werden nach den einzelnen beamtenrechtlichen Laufbahnen in einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst unterschieden. Bei den Selbständigen gibt es sechs verschiedene Gruppen; dies sind (1) selbständige Landwirte, (2) freie Berufe,

(3) mithelfende Familienangehörige, sonstige Selbständige je nach Anzahl der MitarbeiterInnen ((4) ohne, (5) bis zu 9 MitarbeiterInnen, (6) über 9 Beschäftigte). Außerdem gibt es noch die Gruppe der Auszubildenden und Praktikanten, die eine eigene Kategorie bilden und nicht nach dem angestrebten Berufsziel unterschieden werden.

Hoffmeyer-Zlotnik (1993) diskutierte zwei verschiedene Arten, die Variable Beruf aus der oben genannten Liste der Klassifikationen zu operationalisieren. Dabei hebt er zum einen auf die „Stellung im Beruf“ nach der Autonomie des Handelns ab, zum anderen diskutiert er die internationale Skala nach Treiman (zitiert in Hoffmeyer-Zlotnik, 1993), die auf das Prestige der einzelnen Berufe abzielt. Da bei einer internationalen Skala die Besonderheiten des deutschen Arbeitsmarktes nicht ausreichend berücksichtigt werden können, wurde für die vorliegende Studie die „Stellung im Beruf“ nach der Autonomie des Handelns zugrunde gelegt, die allerdings aufgrund geringfügiger Unterschiede zwischen ZUMA und SOEP in der Erfassung des Berufes zwischen ZUMA und SOEP etwas modifiziert werden mußte.

Die dieser Studie zugrunde gelegte Operationalisierung des Berufsprestiges soll die nachfolgende Tabelle 2 verdeutlichen.

Im Vergleich zu der von Hoffmeyer-Zlotnik (1993) vorgeschlagenen Operationalisierung werden die freien Berufe modifiziert. Die vom SOEP bereits durchgeführte Einteilung der freien Berufe innerhalb der Gruppe der Selbständigen läßt keine genauere Modifizierung innerhalb der Berufe zu. In der Operationalisierung für diese Studie wurden die Erwerbstätigen in freien Berufen, wie z.B. Ärzte, Rechtsanwältinnen oder Steuerberater, analog zu den Selbständigen mit bis zu 9 Mitarbeitern eingeordnet.

Tabelle 2: Operationalisierung der beruflichen Stellung in dieser Studie

Beruflicher Status	Berufsgruppen
Stufe 1	Auszubildende und Praktikanten
Stufe 2	Ungelernte und angelernte Arbeiter, Angestellte ohne Ausbildungsabschluß
Stufe 3	Selbständige Landwirte, Beamte im einfachen Dienst, Angestellte mit Ausbildungsabschluß, gelernte und Facharbeiter
Stufe 4	Selbständige ohne Mitarbeiter, Beamte im mittleren Dienst, Vorarbeiter und Kolonnenführer, mithelfende Familienangehörige, Angestellte in qualifizierter Tätigkeit
Stufe 5	Freie Berufe, Selbständige mit bis zu 9 Mitarbeitern, Beamte im gehobenen Dienst, Industrie- und Werkmeister, Angestellte in hochqualifizierter Tätigkeit, Vorarbeiter und Poliere
Stufe 6	Selbständige mit mehr als 9 Mitarbeitern, Beamte im höheren Dienst, Angestellte mit Führungsaufgaben

3) Branchenzugehörigkeit

Die Branchenzugehörigkeit wird durch das SOEP in 32 verschiedene Bereiche¹⁶ unterschieden.

Diese Branchen wurden ähnlich wie bei der NRW-Studie zusammengefaßt. Dabei wurde bei den privaten Dienstleistungsbetrieben nach Häußermann/Siebel (1995) unterschieden „zwischen produktionsorientierten und konsumorientierten Dienstleistungen (...). Erstere dienen der Güterproduktion, sind also mittelbar oder unmittelbar Teil der industriellen Produktion. Letztere sind auf den Endverbrauch bezogen, sie dienen mittelbar oder unmittelbar dem Genuß und der Konsumtion.“ (Häußermann/Siebel, 1995:13)

¹⁶ Land- und Forstwirtschaft, Energie und Wasserwirtschaft, Bergbau, chemische Industrie, Kunststoffverarbeitung, Ton/Steine/Erden, Eisen und Stahlverarbeitung, Maschinenbau, Elektro- und Feinmechanik, Holz/Papier/Druck, Bekleidungsgewerbe, Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie, Bauhauptgewerbe, Bauhilfsgewerbe, Großhandel, Handelsvermittlung, Einzelhandel, Bundesbahn, Bundespost, sonstiger Verkehr- oder Nachrichten, Banken und Sparkassen, Versicherungsgewerbe, Gaststätten, Persönliche Dienstleistungen, Gebäudereinigung/Abfall, Bildung/Sport, Gesundheitswesen, Rechtsberatung (u.ä.), Kirchen/Verbände, private Haushalte, Gebietskörperschaft, Sozialversicherung.

Die aufgeführten Branchen werden folgendermaßen zusammengefaßt:

- Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Ton/Steine/Erden
- Elektro- und Feinmechanik, Maschinenbau, Holz/Papier/Druckindustrie, Eisen- und Stahlverarbeitung
- Kunststoff, chemische Industrie
- Bekleidungsgewerbe
- Baugewerbe
- Nahrungs- und Genußmittelindustrie
- Produktionsorientierte Dienstleistungen (DL) (Banken, Sparkassen, Versicherungen, Großhandel, Rechtsberatung, Handelsvermittlung)
- Konsumorientierte Dienstleistungen (DL) (Einzelhandel, Gaststätten, Gebäudereinigung, private Haushalte, sonstige Verkehrsbranche, persönliche Dienstleistungen)
- Öffentlicher Dienst (Gebietskörperschaft, Sozialversicherung, Deutsche Bahn, Deutsche Post, Bildung/Sport, Gesundheitswesen, Energie- und Wasserwirtschaft)
- Kirchen und Verbände

4.2.3. Haushaltsbedingte Variable

Der Haushaltstyp wird durch das SOEP direkt angeboten. Es wird unterschieden zwischen dem 1-Personen-Haushalt, (Ehe-)Paaren ohne Kinder, Alleinerziehenden, (Ehe-)Paaren mit Kindern unter 16 Jahren, (Ehe-)Paaren mit Kindern über 16 Jahren, (Ehe-)Paaren mit Kindern über und unter 16 Jahren, Mehr-Generationen-Haushalten und sonstigen Kombinationen.

Die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten am Erwerbsleben von Paaren oder Singles ohne Kinder, Paaren und Alleinerziehenden führten zu folgender Operationalisierung des Haushaltstyps:

- Ein-Personen-Haushalt
- (Ehe-)Paare ohne Kinder
- Alleinerziehende
- (Ehe-)Paare mit Kindern
- Sonstige Kombinationen

4.3. Festlegung der Untersuchungsform

4.3.1. Die Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel

Zur Bestimmung der Stärke der einzelnen sozio-demographischen Einflüsse wird eine Sekundärdatenanalyse des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) durchgeführt. Das SOEP erfaßt subjektive und objektive Aspekte der Lebensführung unter dem Titel „Leben in Deutschland“. In einer Längsschnittbefragung werden seit 1984 private Haushalte in Deutschland interviewt. Seit 1990 wurde diese nichtamtliche Befragung auf Ostdeutschland ausgedehnt, eine spezielle Zuwanderererfassung wurde 1995 eingeführt. Diese Datenbasis liegt im Paneldesign vor, das heißt, es werden immer dieselben Haushalte und Personen mit ähnlichen oder gleichen Fragestellungen erfaßt.

Das SOEP wurde im Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin entwickelt. Die heutige Verantwortung liegt allein beim DIW, dabei werden die Daten durch infratest Sozialforschung in München erfaßt.

Obwohl das Paneldesign eine Längsschnittuntersuchung ermöglicht, habe ich mich, entsprechend des Ziels meiner Studie, für eine Querschnittsuntersuchung entschieden. Das Zugangsrisiko einzelner sozio-ökonomischer Merkmale kann in einer Querschnittanalyse erfaßt werden, während eine Längsschnittuntersuchung die dynamische Veränderung im Zeitablauf zu untersuchen ermöglicht.

Das Sozio-ökonomische Panel hat im Vergleich zur von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Datenbasis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den Vorteil, daß auch Personen erfaßt werden, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, dies sind in der Gruppe der Erwerbstätigen vor allem Beamtinnen und Beamte, aber auch Selbständige. Auch die Gruppe der geringfügig Beschäftigten wird hier erfaßt. Gegenüber der durch die statistischen Landesämter bereitgestellten Daten der Einkommens- und Verbrauchsstatistik (EVS) hat das SOEP den Vorteil, daß die Daten kurzfristig nach der Erhebung veröffentlicht werden. Die EVS-Daten werden erst mit fünfjähriger zeitlicher Verzögerung bereitgestellt.

Für die in der Armutsforschung notwendige Erweiterung der Individualperspektive um den Haushaltskontext zur Feststellung des Haushaltsminimums ist das SOEP ideal geeignet. Die Befragung der Personen durch das SOEP findet mit Hilfe von zwei

Fragebögen statt, wobei ein Fragebogen die notwendigen Informationen über den Haushalt liefert, während sämtliche im Haushalt lebenden Personen über 16 Jahren in einem eigenen Fragebogen erfaßt werden.

Problematisch für eine Querschnittuntersuchung könnte aufgrund der Benutzung von Paneldaten der sogenannte Paneffekt erscheinen. Als Paneffekt wird die Verhaltensänderung aufgrund der Wiederholung der Befragung, bedingt durch die Teilnahme an der Untersuchung selbst, bezeichnet. Da die interviewten Personen jedoch lediglich einmal jährlich an der Befragung teilnehmen, ist ein solcher Effekt nicht zu erwarten. Ein vergleichsweise schwerwiegenderes Problem stellt die Panelmortalität dar. Als Panelmortalität bezeichnet man die Personenverluste, die durch die demographischen Veränderungen (Tod eines Befragten, Fortzug ins Ausland) oder durch mangelnde Bereitschaft der befragten Personen zu einer weiteren Teilnahme entstehen. „Eine Panelerhebung unterscheidet sich von einer Folge von unverbundenen Querschnittsbefragungen dadurch, daß die vorhergehende Panelwelle Ausgangsbestand für die nachfolgende Befragungswelle ist.“ (Wagner/Schupp/Rendtel, 1994:100) Bei einer Querschnittsanalyse von Paneldaten ist hierbei problematisch, daß die Repräsentativität der ursprünglichen Daten eventuell nicht mehr gegeben sein könnte. Von den seit 1984 befragten 5.921 Haushalten in Westdeutschland konnten in der bisher letzten Welle 1997 nur noch 4.389 interviewt werden. Von den 1990 erstmals befragten 2.179 ostdeutschen Haushalten wurden 1997 nur noch 1.942 erfaßt.

Bei den Personenfragebögen sank die Beteiligung von ursprünglich 12.245 (1984) in Westdeutschland auf 8.467 (1997), im Osten wurden anfangs 4.453 Personen (1990) befragt, von denen noch 3.844 an der Umfrage teilnehmen.

Nicht enthalten sind in diesen Fallzahlen die unter 16jährigen Kinder, die über „Proxy-Interviews“ der Eltern in die SOEP-Daten eingehen.

Für die Wellen A bis C, das heißt für die Jahre 1984 – 1986, wurde durch Wagner et al. (1994) eine Prüfung der internen und externen Validierung bezüglich der Repräsentativität der Daten durchgeführt. Dabei wird unter interner Validierung der Vergleich zwischen den tatsächlich befragten Haushalten mit den Ausfallhaushalten verglichen. Der Vergleich zwischen den tatsächlich realisierten Interviews mit den Haushalten, für die keine vollständigen Interviews geführt werden konnten, erscheint zufriedenstellend, d.h. die Gruppe der Ausfälle zeichnete sich nicht durch extreme sozio-ökonomische Auffälligkeiten aus. Ein ähnliches Ergebnis konnte durch den

Test der externen Validierung festgestellt werden. Dabei werden die Stichproben des SOEP mit der Grundgesamtheit der Bundesrepublik Deutschland verglichen. Hierbei konnte die Unterrepräsentiertheit der älteren Menschen und der Bevölkerung in den Ballungsgebieten festgestellt werden.

Berntsen (1989) verglich anhand der Einkommensdaten von 1983 das SOEP mit der Einkommens- und Verbrauchsstatistik (EVS) und stellt eine leichte Übererfassung der unteren Einkommensklassen im SOEP fest. Damit wird die Repräsentativität der relativen Anteile als Aussage für die Einkommensstruktur der BRD in Frage gestellt, die Erfassung von Zugangsrisiken wird jedoch dadurch erleichtert, daß für die unteren Einkommensgruppen größere Fallzahlen vorliegen.

Lipsmeier (1993) untersuchte, ob sich die Panelmortalität auf die Repräsentativität des unteren Einkommensbereichs auswirkt und stellte fest, daß „das Sozio-ökonomische Panel durchaus Verzerrungen im Bereich der jungen Haushalte wie auch bei den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern aufweist. (...) ... erscheint es jedoch zweifelhaft, ob sich für solche Untersuchungen eine bessere Datenbasis finden läßt.“ (Lipsmeier, 1993:13)

Ein Vergleich der SOEP-Daten der Welle N (1997) mit Daten des Statistischen Jahrbuchs wird im folgenden Kapitel diskutiert.

4.3.2. Deskriptive Beschreibung des Datensatzes

Aus der Stichprobe des SOEP von 1997 konnten als Erwerbstätige n=6899 für die Untersuchung zugrunde gelegt werden. Die Verteilung dieser Stichprobe innerhalb der unabhängigen Variablen wird in der folgenden Tabelle 3 dargestellt.

Um die Repräsentativität der Stichprobe und damit der Untersuchung zu diskutieren, wird ein Vergleich mit der berufsbedingten Variablen und des Geschlechts mit der Grundgesamtheit der BRD anhand des deutschen Statistischen Jahrbuchs (1998) durchgeführt.

In Punkt 4.3.1. wurde bereits das Problem der Panelmortalität und damit die Fragestellung der Repräsentativität der vorhandenen Fragen diskutiert. Der Vergleich der der Untersuchung zugrunde liegenden Verteilung mit Daten aus dem Statistischen Jahrbuch kann aufzeigen, daß die Daten des SOEP sich in den meisten Fällen nicht gravierend von denen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes unterscheidet. Die folgenden Daten sind dem Statistischen Jahrbuch von 1998 entnommen und wurden zum Teil durch eigene Berechnungen zur besseren Vergleichbarkeit modifiziert.

Die Erwerbspersonen sind in den neuen Bundesländern sind zu 44,9% männlich und 57,9% weiblich; im alten Bundesgebiet besteht das Erwerbspersonenpotential aus 57,9% Männern und 42,1% Frauen. Dies entspricht den Daten des SOEP.

Bezogen auf den beruflichen Status weist das SOEP geringe Unterschiede auf: In Westdeutschland sind — nach den Daten des statistischen Jahrbuchs — 69,5% voll beschäftigt, 3,5% in Ausbildung und 27% sind in Teilzeit beschäftigt. Eine Unterscheidung zwischen Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung findet im Statistischen Jahrbuch nicht statt. In Ostdeutschland sind von den Beschäftigten 79,5% in Vollzeit tätig, 6,2% führen eine Ausbildung durch und 14,1% sind in Teilzeit erwerbstätig. Damit sind in den Daten des SOEP die Vollzeiterwerbstätigen in Westdeutschland etwas überrepräsentiert, während die Teilzeitbeschäftigten und die Auszubildenden unterrepräsentiert sind. In Ostdeutschland ist die Verteilung des SOEP und des Statistischen Jahrbuchs ähnlicher.

Die Verteilung nach Wirtschaftszweigen, getrennt nach West- und Ostdeutschland, des Statistischen Jahrbuchs kann aus der Tabelle 4 entnommen werden. Der Vergleich der beiden Datensätze zeigt, daß im SOEP und im Statistischen Jahrbuch grundsätzlich von ähnlichen Branchenverteilungen ausgegangen werden kann.

Tabelle 3: Verteilung der Stichprobe im Sozio-Ökonomischen Panel

	Westdeutschland Häufigkeiten (Prozente)	Ostdeutschland Häufigkeiten (Prozente)
Insgesamt	n ₁ =4982 (100%)	n ₂ =1917 (100%)
Geschlecht		
• Frauen	2119 (42,5%)	889 (44%)
• Männer	2863 (57,5%)	1028 (56%)
Nationalität		
• Deutsch	3917 (76,6%)	1911 (99,7%)
• AusländerInnen	1065 (21,4%)	6 (0,3%)
Alter		
• Unter 20	153 (3,1%)	76 (4,0%)
• 20-29	1127 (22,6%)	370 (19,3%)
• 30-39	1585 (31,8%)	553 (28,8%)
• 40-49	1169 (23,5%)	539 (28,1%)
• 50-59	794 (5,9%)	347 (18,1%)
• über 59	154 (3,1%)	32 (1,7%)
Haushaltstyp		
• Ein-Personen-Haushalt	644 (12,9%)	155 (8,1%)
• Paar ohne Kinder	1280 (25,7%)	404 (21,1%)
• Paar mit Kindern	2476 (51,7%)	1165 (60,8%)
• Alleinerziehend	235 (4,7%)	92 (4,8%)
• Sonstiges	247 (5,0%)	101 (5,3%)
Beruflicher Status		
• Vollzeit erwerbstätig	3733 (74,9%)	1560 (81,4%)
• Teilzeit erwerbstätig	754 (15,1%)	182 (9,5%)
• Azubi	273 (5,5%)	145 (7,6%)
• Geringfügig Beschäftigte	222 (4,5%)	30 (1,6%)
Berufliche Stellung		
• Stufe 1	291 (5,8%)	157 (8,2%)
• Stufe 2	1391 (27,9%)	254 (13,3%)
• Stufe 3	1078 (21,6%)	579 (30,3%)
• Stufe 4	1320 (26,5%)	539 (28,2%)
• Stufe 5	828 (16,6%)	346 (18,1%)
• Stufe 6	73 (1,5%)	34 (1,8%)
Branchen		
• Konsumorient. DL	758 (15,2%)	271 (14,1%)
• Land- und Forstwirtschaft	130 (2,6%)	67 (3,5%)
• Nahrungs- und Genußmittelind	262 (5,3%)	75 (3,9%)
• Bekleidungs-gewerb.	69 (1,4%)	24 (1,3%)
• Elektro und Metall	1226 (25,6%)	242 (12,6%)
• Kunststoff, chem. Industrie	245 (4,9%)	43 (2,2%)
• Baugewerbe	401 (8,0%)	245 (12,8%)
• Produktionsorient. DL	612 (12,3%)	207 (10,8%)
• Öffentlicher Dienst	910 (18,3%)	591 (30,8%)
• Kirchen, Verbände	155 (3,1%)	59 (3,1%)

Tabelle 4: Verteilung der Branchenanteile, getrennt nach West- und Ostdeutschland (nach dem Statistischen Jahrbuch)

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Konsumorient. DL	14,5%	13,7%
Land- und Forstwirtschaft	3,7%	6,4%
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2,9%	2,6%
Bekleidungsgewerbe	1,3%	0,9%
Elektro- und Metallindustrie	22,4%	12,9%
Kunststoff, chem. Industrie	4%	1,4%
Baugewerbe	6%	14%
Produktionsorient. DL	15,5%	10,4%
Öffentlicher Dienst	26,8%	33,8%
Kirchen, Verbände	2,7%	3,9%

4.3.3. Die Methode – Binäre logistische Regression

Um das Ziel dieser Studie – die Messung der Stärke des Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable ATE (Armut trotz Erwerbstätigkeit) – zu messen, bietet sich als statistische Methode eine binäre Logit-Analyse an. Grundlage für eine binäre Logit-Analyse ist eine diskrete, qualitative abhängige, dichotome Variable.

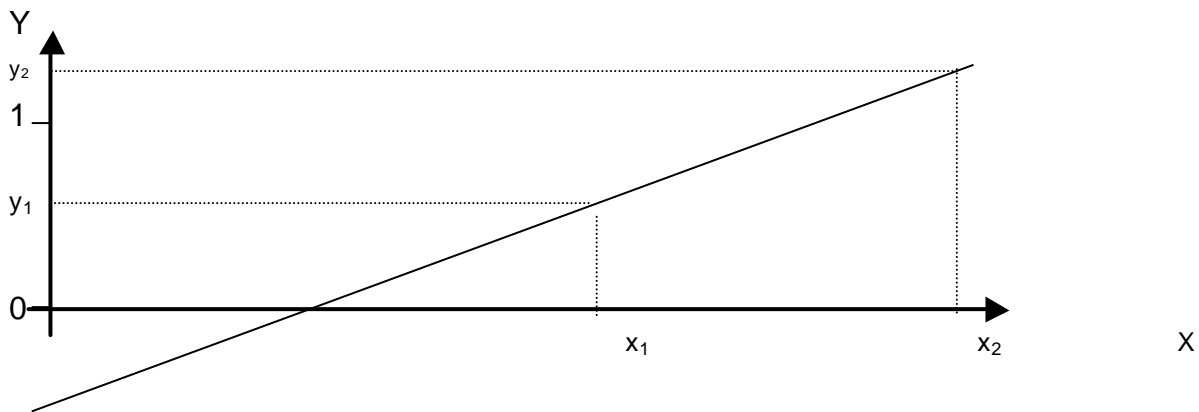
Die binäre logistische (Vgl. Abbildung 4) Regression ist eine Weiterentwicklung der linearen Regression und linearer Wahrscheinlichkeitsmodelle.

Die lineare Regression untersucht den Einfluß einer oder mehrerer unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable. Dabei wird der zu untersuchende Zusammenhang mittels einer Funktion – im einfachsten Fall der linearen Regression mittels einer Gerade $y=\alpha+\beta x$, im multiplen Fall entsprechend $y=\alpha+\beta_1x_1+\beta_2x_2+\dots+\beta_ix_i$ – dargestellt. Hierbei stellen die Ausprägungen der y-Variablen die geschätzten Werte der abhängigen Variablen dar, die x-Variablen zeigen die Ausprägungen der unabhängigen Variablen an. Die Werte werden nach der sogenannten OLS-Methode¹⁷ geschätzt, die aufgrund der Stichprobenwerte diejenige Gerade anpaßt, welche die geringste Summe der Abweichungsquadrate zwischen den so geschätzten und realisierten Werten aufweist und demnach mögliche Fehler minimiert.

In einem binären Wahrscheinlichkeitsmodell der Zustandsbetrachtung ($P(y=1)$ bedeutet y trifft zu; $P(y=0)$ bedeutet y trifft nicht zu) werden die Ausprägungen der y-Werte als Wahrscheinlichkeit dafür interpretiert, daß das Ereignis y eintritt. Abhängig von den verschiedenen x-Werten kann eine Wahrscheinlichkeit für y durch Einsetzen der x-Werte in die Gleichung geschätzt werden (vgl. Abbildung 4). Abbildung 4 zeigt auch die Probleme der binären linearen Regression auf. Als Wahrscheinlichkeiten können nämlich nur diejenigen Werte interpretiert werden, die zwischen Null und Eins liegen. Wie aus der Abbildung hervorgeht, sind in diesem Modell auch negative Y-Werte und Y-Werte, die größer als eins sind, möglich.

¹⁷ OLS bedeutet Ordinary Least Square, im deutschen auch „Kleinst-Quadrat-Schätzer“.

Abbildung 4: Lineare Regression



Die Abbildung zeigt die Probleme der lineare Regressionsmethode für eine binäre abhängige Variable y und eine unabhängige Variable x auf. Kann für x_1 ein y_1 geschätzt und als Wahrscheinlichkeit interpretiert werden, ist die Interpretation der Schätzung y_2 für x_2 nicht mehr möglich. Auch die negativen y -Werte, die die Gerade annimmt, entziehen sich einer empirischen Interpretation.

Das logistische Modell hebt diese Begrenzungen auf, indem die abhängige Variable y nicht mehr als Wahrscheinlichkeit im klassischen Sinne¹⁸ dargestellt wird, sondern indem die Wahrscheinlichkeit p für ein Ereignis durch die Gegenwahrscheinlichkeit $(1-p)$ geteilt wird. Im Englischen nennt man diese Maßzahl „Odds“. Die Odds werden bei immer größer werdender Wahrscheinlichkeit ($p \rightarrow 1$) unendlich groß. Als Logit bezeichnet man die logarithmierten Odds.

$$L = \ln \left[\frac{p_i}{(1 - p_i)} \right]$$

Die entsprechende Gleichung des Logits heißt demnach, analog zum linearen Modell mit mehreren Parametern: $L = \alpha + \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \dots + \beta_i x_i$. Die Parameter β_i , das heißt, die Logitparameter, geben die Einflußstärke und Einflußrichtung der unabhängigen Variablen x_i an, „wobei dieser Einfluß stets als kontrollierter Effekt zu verstehen ist, d.h. er gilt nur für den Fall, daß alle anderen spezifizierten X -Variablen zu einem fiktiv angenommenen Meßzeitpunkt keinen Einfluß ausüben.“ (Urban, 1993:28) Die Interpretation der Logitparameter muß sich jedoch in einem solchen Fall stets auf die logarithmierten Odds beziehen. Wird die obige Gleichung jedoch nach p aufgelöst,

¹⁸ Wahrscheinlichkeit = Anzahl günstigen Fälle / Anzahl der befragten Personen = h / n

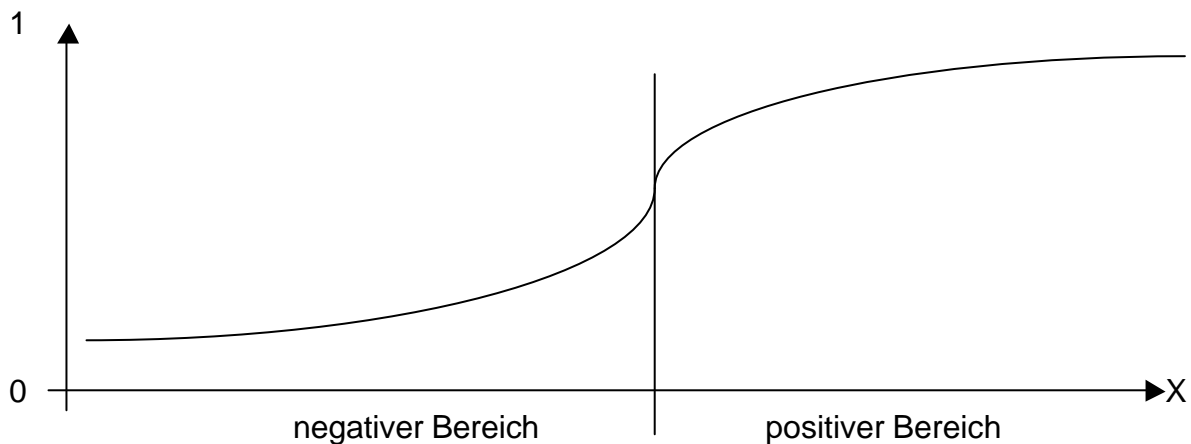
können die Parameter direkt auf die Wahrscheinlichkeit der abhängigen Variablen bezogen werden. Die nach p_i aufgelöste Gleichung ist demnach:

$$p_i = \frac{1}{1 + e^{-(a + b_1 x_1 + b_2 x_2 + \dots + b_i x_i)}} = \frac{1}{1 + e^{-(a + \sum b_i x_i)}}$$

Damit wurde auch die Linearitätsannahme der linearen Regression, die besagte, dass der Einfluß der unabhängigen Variablen x_i linear konstant steigend oder fallend ist, verändert. Aus der Gerade wurde eine logistische Funktion.

Abbildung 5: Logistische Regressionsfunktion

$P(Y=1)$



Dies führt dazu, daß Veränderungen der unabhängigen Variablen x an den Rändern geringere Auswirkungen auf die abhängige Variable y haben, während Verschiebungen der x -Variablen in der Nähe des Null-Bereichs größere Veränderungen der Wahrscheinlichkeit der abhängigen Variablen bewirken.

Wie oben bereits erläutert, zeigen die Logitparameter den Einfluß der unabhängigen Variablen auf die logarithmierten Odds an. Um den direkten Einfluß auf die abhängige Variable zu zeigen, können die Logitparameter in Effektkoeffizienten durch Entlogarithmierung umgerechnet werden. Diese Effektkoeffizienten können nun die Veränderungen im Wahrscheinlichkeitsfeld der beiden Handlungsalternativen der abhängigen Variablen angeben, damit ist der Effektkoeffizient $= e^{\text{Logitparameter}}$. Der Effektkoeffizient beschreibt die Veränderung der abhängigen Variablen bei einer Erhöhung der unabhängigen Variablen um eine Einheit.

Anzumerken ist noch, daß die Schätzung der Logitparameter nicht – wie im linearen Modell – über die OLS-Methode erfolgt, sondern mittels einer Maximum-Likelihood-Schätzung (ML-Schätzung). Die ML-Schätzung führt eine Iteration der Logitparameter durch, das heißt, „sie wählt im Zuge einer schrittweisen Annäherung

diejenigen Koeffizienten als optimale Schätzwerte aus, die, unter der Annahme sie wären identisch mit den wahren Parametern in der Grundgesamtheit, die beobachteten Stichprobenwerte mit der größten Wahrscheinlichkeit hervorbringen würden.“ (Urban, 1993:53)

Die Erklärungskraft des jeweiligen Modells wird mittels der Maßzahl des Pseudo-R² angezeigt. Dieses berechnet sich im Vergleich des geschätzten Modells (mit Logitparameter) mit dem Modell unter Unabhängigkeit und gibt an, um wie vieles das geschätzte Modell eine höhere Aussagekraft hat als das unabhängige.

5. Ergebnisse

„Gibt es die Armut trotz Erwerbstätigkeit in Deutschland überhaupt? Ist sie in Ost- oder in Westdeutschland stärker? Wie ist die Verteilung über die demographischen, die haushalts- und die berufsbezogenen Merkmale?“ dies alles sind Fragen, die vor der Durchführung der logistischen Regression beantwortet werden sollten (5.1.). Eine Interpretationshilfe bezüglich der logistischen Regression (5.2.1.) kann vor der Beschreibung der Ergebnisse für West- (5.2.2.) und Ostdeutschland (5.2.3.) gefunden werden.

5.1. Deskriptive Beschreibung der Ergebnisse

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland konnte nur eine geringe Anzahl von Personen eruiert werden, die trotz Erwerbstätigkeit in strenge Armut fallen. Demgegenüber sind es ca. 3% aller Erwerbstätigen, die von Armut betroffen sind, und mehr als 5% können als armutsnah definiert werden (Tabelle 5).

Tabelle 5: Häufigkeiten und relative Anteile der erwerbstätigen Armen nach West- und Ostdeutschland und verschiedenen Armutsgrenzen

	Strenge Armut	Armut	Armutsnähe
Westdeutschland ¹⁹ ; n ₁ =4982	67 (= 1,3%)	176 (=3,5%)	308 (=6,2%)
Ostdeutschland ²⁰ ; n ₂ =1917	27 (= 1,4 %)	51 (= 2,7 %)	102 (= 5,3%)

Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Im Ost-West-Vergleich fällt auf, daß im Westen mehr Erwerbstätige von Armut und Armutsnähe betroffen sind.

Zum besseren Ost-West-Vergleich wurden die Armutsanteile bezüglich eines gesamtdeutschen Einkommensniveaus berechnet.

Für Gesamtdeutschland kann ein Median in Höhe von 2.250 DM festgestellt werden, das Durchschnittsentgelt beträgt 2.448,73 DM. Aus diesen Werten konnten folgende Armutsniveaus ermittelt werden: die strenge Armut, die sich über ein Haushaltseinkommen von unter 40% des gewichteten Einkommensmedians definiert, liegt dann vor, wenn ein Haushaltseinkommen unter 900 DM erzielt wird. Die 50% -

¹⁹ Bezogen auf den westdeutschen Einkommensmedian

²⁰ Bezogen auf den ostdeutschen Einkommensmedian

Armutsgrenze wird bei 1.125 DM für Gesamtdeutschland festgelegt, Armutsnah ist, wer unter 1.350 DM im Monat zur Verfügung hat.

Damit ergeben sich folgende Verteilungen der Armutsgrenzen im Ost-West-Vergleich.

Tabelle 6: Häufigkeiten und relative Anteile der ATE im Ost-West-Vergleich, bezogen auf den gesamtdeutschen durchschnittlichen Haushaltseinkommensmedian (N=6899)

	Strenge Armut (zeilenbedingte Anteile)	Armut (zeilenbedingte Anteile)	Armutsnähe (zeilenbedingte Anteile)
Westdeutschland n= 4982	64 (1,28%)	151 (3%)	307 (6,16%)
Ostdeutschland n= 1917	35 (1,83%)	67 (3,5%)	150 (7,82%)

Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Wird ein gesamtdeutscher Median zugrunde gelegt (vgl. Tabelle 6), zeigen sich die Ost- West- Unterschiede in einem anderen Licht. Bezogen auf ein gesamtdeutsches Einkommen zeigt sich die immer noch vorhandene Schlechterstellung der ostdeutschen Bevölkerung. Interessant erscheint jedoch, daß die Spannweite der Verteilung in Westdeutschland breiter ist als in Ostdeutschland.

Bezogen auf getrennte Einkommensniveaus zeigt sich, daß das Phänomen der ATE im Westen stärker verbreitet ist als in Ostdeutschland. Die westdeutschen Löhne und Gehälter sowie die berücksichtigten staatlichen Transferleistungen variieren stärker als in Ostdeutschland.

Die folgenden Tabellen 7 und 8 beschreiben die Verteilung innerhalb der unabhängigen Variablen, getrennt nach Ost- und Westdeutschland. Dabei wurden, um die unterschiedlichen Anteile der Variablen aufzuzeigen, in Klammern ebenfalls die relativen Anteile (in Prozent) dargestellt.

Bereits anhand dieser Verteilungstabellen lassen sich erste Aussagen treffen: Betrachtet man beispielsweise die Gruppe der AusländerInnen in Westdeutschland (Tabelle 7), so stellt man fest, daß von denen, die zur Gruppe der Armen gehören, 30,68% keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dabei können innerhalb der Gruppe der AusländerInnen 5,07% als arm bezeichnet werden; dies ist im Vergleich zu der Gruppe der Deutschen, die einen Armutsanteil von 3,11% aufweist, ein höherer Wert.

Ein anderes Beispiel ist der Bereich der konsumorientierten Dienstleistung in Ostdeutschland. Sowohl bezogen auf die Gruppe der Armutsnahen als auch

bezogen auf die Gruppe der Beschäftigten in der konsumorientierten Dienstleistungen zeigt sich ein erhöhter Armutsanteil.

Es zeigen sich auch Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Stichproben. Während in Ostdeutschland kaum AusländerInnen befragt wurden ($n=6$, das sind 0,31%), gehen in Westdeutschland 21,28% AusländerInnen in die Stichprobe ein. Ähnliche Unterschiede können in bezug auf die über 60jährigen, auf den beruflichen Status und auf die verschiedenen Branchen festgestellt werden.

Auf eine Modifizierung der Untersuchung wurde trotzdem verzichtet, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen Ost- und Westdeutschland zu erhalten. Die unterschiedliche Verteilung muß allerdings bei der nun folgenden Interpretation der Ergebnisse der logistischen Regression berücksichtigt werden.

Tabelle 7: Verteilung des Phänomens der ATE auf die unabhängigen Variablen in Westdeutschland

	Strenge Armut	Armut	Armutsnähe
Insgesamt	100 (bedingte Anteile)	100 (bedingte Anteile)	100 (bedingte Anteile)
Geschlecht			
• Frauen	44,78% (1,42%)	48,3% (4,01%)	45,45% (6,61%)
• Männer	55,22% (1,29%)	51,7% (3,18%)	54,55% (5,87%)
Nationalität			
• Deutsch	62,69% (1,07%)	69,32% (3,11%)	68,18% (5,36%)
• AusländerInnen	37,31% (2,35%)	30,68% (5,07%)	31,82% (9,2%)
Alter			
• Unter 20	7,46% (3,27%)	6,25% (7,19%)	5,52% (11,11%)
• 20-29	35,82% (2,13%)	27,84% (4,35%)	27,6% (7,54%)
• 30-39	17,91% (0,76%)	28,41% (3,15%)	29,22% (5,68%)
• 40-49	25,37% (1,45%)	21,59% (3,25%)	23,38% (6,16%)
• 50-59	10,45% (0,88%)	13,64% (3,02%)	12,01% (4,66%)
• über 60	2,99% (1,3%)	2,27% (2,6%)	2,27% (4,55%)
Haushaltstyp			
• Ein-Pers.-Haushalt	38,81% (4,04%)	32,95% (9,01%)	32,47% (15,53%)
• (Ehe-)Paar o. Kinder	10,45% (0,55%)	14,2% (1,95%)	10,06% (2,42%)
• Alleinerziehend	8,96% (2,55%)	16,48% (12,34%)	13,64% (17,87%)
• Paar und Kinder	32,84% (0,85%)	30,11% (2,06%)	38,96% (4,66%)
• Sonstiges	8,96% (2,43%)	6,25% (4,45%)	4,87% (6,07%)
Beruflicher Status			
• Vollzeit erwerbstätig	61,19% (1,1%)	60,8% (2,87%)	64,94% (5,36%)
• Teilzeit erwerbstätig	17,91% (1,59%)	18,75% (4,38%)	17,21% (7,03%)
• Azubi	17,91% (4,4%)	12,5% (8,06%)	11,04% (12,45%)
• Geringfüg.Beschäftigte	2,99% (0,9%)	7,65% (6,31%)	6,82% (9,46%)
Berufliche Stellung			
• Stufe 1	19,4% (4,47%)	13,71% (8,25%)	11,73% (12,37%)
• Stufe 2	37,31% (1,8%)	38,29% (4,82%)	41,69% (9,2%)
• Stufe 3	19,4% (1,21%)	20,57% (3,34%)	19,22% (5,47%)
• Stufe 4	17,91% (0,91%)	17,14% (2,27%)	15,96% (3,71%)
• Stufe 5	5,97% (0,48%)	9,71% (2,05%)	10,1% (3,74%)
• Stufe 6	0%	0,57% (1,37%)	1,3% (5,48%)
Branchen			
• Konsumorient. DL	14,93% (1,32%)	18,75% (4,35%)	16,56% (6,73%)
• Land-u.Forstwirtschaft	8,96% (4,62%)	4,55% (6,15%)	4,22% (10%)
• Nahrungsmittelind.	13,43% (3,44%)	10,23% (6,87%)	11,36% (13,36%)
• Bekleidungs-gewerb.	2,99% (2,9%)	1,14% (2,9%)	1,95% (8,7%)
• Elektro und Metall	11,94% (0,65%)	19,32% (2,77%)	21,1% (5,3%)
• Kunststoff, chem. Ind.	2,99% (0,82%)	2,84% (2,04%)	3,9% (4,9%)
• Baugewerbe	8,96% (1,5%)	6,82% (2,99%)	7,14% (5,49%)
• Produktionsorient. DL	10,45% (1,14%)	9,09% (2,61%)	8,77% (4,41%)
• Öffentlicher Dienst	20,9% (1,54%)	18,75% (3,63%)	16,23% (5,49%)
• Kirchen, Verbände	2,99% (1,29%)	3,41% (3,87%)	3,57% (7,31%)

Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Tabelle 8: Verteilung des Phänomens der ATE auf die unabhängigen Variablen in Ostdeutschland

	Strenge Armut	Armut	Armutsnähe
Insgesamt	100 (bedingte Anteile)	100 (bedingte Anteile)	100 (bedingte Anteile)
Geschlecht			
• Frauen	48,15% (1,46%)	45,1% (2,59%)	44,12% (5,06%)
• Männer	51,85% (1,35%)	54,9% (2,72%)	55,88% (5,54%)
Nationalität			
• Deutsch	100% (1,41%)	100% (2,67%)	99,02% (5,29%)
• AusländerInnen	0%	0%	0,98% (16,67%)
Alter			
• Unter 20	7,41% (2,63%)	7,84% (5,26%)	5,88% (7,89%)
• 20-29	29,63% (2,16%)	25,494% (3,51%)	29,41% (8,11%)
• 30-39	22,22% (1,08%)	19,61% (1,81%)	23,53% (4,34%)
• 40-49	25,93% (1,3%)	25,49% (2,41%)	22,55% (17,65%)
• 50-59	14,81% (1,15%)	21,57% (3,17%)	17,65% (5,19%)
• über 60	0%	0%	0,98% (3,13%)
Haushaltstyp			
• Ein-Pers.-Haushalt	25,93% (4,52%)	17,65% (5,81%)	18,63% (12,26%)
• (Ehe-)Paar o. Kinder	22,22% (1,49%)	23,53% (2,97%)	19,61% (4,95%)
• Alleinerziehend	11,11% (3,26%)	9,8% (5,43%)	14,71% (16,3%)
• Paar und Kinder	37,04% (0,86%)	47,06% (2,06%)	45,1% (3,95%)
• Sonstiges	3,70% (0,99%)	1,96% (0,99%)	1,96% (1,98%)
Beruflicher Status			
• Vollzeit erwerbstätig	77,78% (1,35%)	76,47% (2,5%)	75,49% (4,94%)
• Teilzeit erwerbstätig	0%	3,92% (1,1%)	7,84% (4,4%)
• Geringfügig Beschäftigt	22,22% (4,14%)	19,61% (6,9%)	14,71% (10,34%)
• Azubi	0%	0%	1,96% (6,67%)
Berufliche Stellung			
• Stufe 1	25,93% (4,46%)	21,57% (7,01%)	17,82% (11,46%)
• Stufe 2	11,11% (1,18%)	13,73% (2,76%)	17,82% (7,09%)
• Stufe 3	22,22% (1,04%)	31,97% (2,76%)	31,68% (5,53%)
• Stufe 4	18,52% (0,93%)	13,73% (1,3%)	16,83% (3,15%)
• Stufe 5	18,52% (0,93%)	17,65% (2,6%)	14,85% (4,34%)
• Stufe 6	3,7% (2,94%)	1,96% (2,94%)	0,99% (2,94%)
Branchen			
• Konsumorient. DL	25,93% (2,58%)	25,49% (4,8%)	23,53% (8,86%)
• Land-u.Forstwirtschaft	3,70% (1,49%)	3,92% (3,39%)	2,94% (4,48%)
• Nahrungsmittelind.	14,81% (5,33%)	1,96% (1,49%)	8,82% (12%)
• Bekleidungsgewerb.	0%	1,96% (4,17%)	0,98% (4,17%)
• Elektro und Metall	11,11% (1,24%)	7,84% (1,65%)	6,86% (2,89%)
• Kunststoff, chem. Ind.	0%	0%	0%
• Baugewerbe	3,7% (0,41%)	7,84% (1,63%)	17,65% (7,35%)
• Produktionsorient. DL	11,11% (1,45%)	7,84% (1,93%)	6,86% (3,38%)
• Öffentlicher Dienst	22,22% (2,58%)	21,57% (1,86%)	22,55% (3,89%)
• Kirchen, Verbände	3,7% (1,69%)	3,92% (3,39%)	4,9% (8,47%)

Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

5.2. Ergebnisse der Logistischen Regression

Bevor die Ergebnisse der logistischen Regression im einzelnen dargestellt werden, sollen – zum besseren Verständnis – die Interpretationsmöglichkeiten der geschätzten Parameter erklärt werden (5.2.1).

In einem statistischen Modell wird versucht, die soziale Wirklichkeit mittels mathematischer Verfahren zu schätzen. Die Anzahl der möglichen Modelle, die geschätzt werden könnten, beträgt je verschiedener Armutsart $2^7 = 128$, d.h. insgesamt (für Ost- und Westdeutschland und sämtliche Armutsarten) 768. Werden die einzelnen unabhängigen Variablen demographische, berufs- und haushaltsbezogenen Gruppen gemeinsam betrachtet, verbleiben dennoch $2^3 = 8$ Modelle für jede Armutsart, die geschätzt werden können; d.h. 48 Modelle insgesamt. Die hier nötige, sinnvolle Auswahl der aussagekräftigsten Modelle wird anschließend diskutiert (5.2.2.).

Abschließend werden diese Modelle getrennt für Ost- und Westdeutschland dargestellt und diskutiert (5.2.3. und 5.2.4.).

5.2.1. Zur Interpretation der geschätzten Parameter

In der logistischen Regression werden jeweils die Logitparameter geschätzt, und anschließend der Effektparameter berechnet.

Die geschätzten *Logitparameter* b_i beschreiben gemeinsam mit der Konstanten β_0 die Wahrscheinlichkeit für Armut p , also den Logit, d.h. die logarithmierten Odds (vgl. 4.3.3.), anhand der folgenden linearen Gleichung:

$$\ln\left(\frac{p}{1-p}\right) = b_0 + \sum b_i x_i$$

Die Interpretation der Logitparameter ist damit nur über den Logit selbst möglich. Ist der Logitparameter negativ, zeigt dies eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit für (1-p) an. Ein positiver Logitparameter führt zu einem steigenden Wert des Logits und zeigt damit, daß die zugehörige Variable das Armutsrisiko verstärkt. Logitparameter sind jedoch nur schwer zu interpretieren, da sie den Einfluß der unabhängigen Variablen auf die logarithmierten Odds ausdrücken. Sie liegen zwischen $-\infty$ und $+\infty$; der Wert ist Null, wenn die betreffende Variable keinen Einfluß auf die abhängige Variable ausübt. Urban (1993) schlägt für die Analyse der Logitparameter vor, die Logitkoeffizienten bezüglich des Vorzeichens und der erwarteten Größe zu

interpretieren. Auch die Stabilität der Schätzung bei hinzukommenden anderen Variablen kann betrachtet werden. (vgl. Urban, 1993:37)

Der *Effektparameter* e^{b_i} zeigt die Veränderung des Verhältnisses von „Wahrscheinlichkeit“ p und „Gegenwahrscheinlichkeit“ $(1-p)$ (Odds) der abhängigen Variablen „Armut“ an. Er drückt aus, um wieviel sich die Odds verändern, wenn die unabhängige Variable um eine Einheit zunimmt. Der Effektparameter beträgt eins, falls die zugehörige Variable keinen Einfluß ausübt. Ist der Parameter größer als eins, zeigt dies eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für das Ereignis „Armut“ an. Ein Faktor, der kleiner als eins ist, verstärkt die Gegenwahrscheinlichkeit des Ereignisses.

Standardisierte Effektparameter $e^{\beta_i \cdot \text{Standardabweichung}}$ ermöglichen die Vergleichbarkeit der Parameter innerhalb eines Modells. Durch die Multiplikation der Logitparameter mit ihrer Standardabweichung werden hierbei die verschiedenartigen Skalierungen der Variablen aufgehoben. Die standardisierten Effektkoeffizienten zeigen die Veränderung des Schätzers um eine Standardabweichung der unabhängigen Variablen an. In den vorliegenden Modellen ist diese Standardisierung allerdings aufgrund des statistischen Dummy-Verfahrens der gleichen Skalierung der nominal und intervallskalierten Daten nicht nötig. Die nominal- oder ordinalskalierten Variablen werden als Dummy maschinell verwertet, das heißt, es werden die Abweichungen der Parameter bezüglich einer Referenzgruppe betrachtet. Diese Referenzgruppe wird in den Tabellen jeweils angegeben.

Effektkoeffizienten haben einen Wertebereich von 0 bis 1, wenn die unabhängige Variable die Erfolgswahrscheinlichkeit für den Eintritt in die Armut verringert. Eine Vergrößerung des Armutsrisikos zeigen die Effektkoeffizienten dann an, wenn ein Wert größer als eins (bis unendlich) vorliegt. Dies führt zu zwei ungleich skalierten Wertebereichen. Dieses Problem kann durch Darstellung der Effektkoeffizienten als Kehrrüchle aufgehoben werden. Die untere Grenze des Effektkoeffizienten, der kleiner als eins ist, besteht dann nicht mehr.

Die Signifikanz der Logitparameter wird durch einen χ^2 -Test in SAS standardmäßig geschätzt. Dabei wird für den geschätzten Logitparameter β_k die Hypothese $H_0: \beta_i = \beta_k$ gegen die Alternativhypothese $H_A: \beta_i \neq 0$ getestet, das heißt, der geschätzte Logitparameter β_k wird auf Unabhängigkeit bezüglich der abhängigen Variablen getestet. Die hier berechneten p -Werte ermöglichen die Feststellung einer signifikanten Schätzung. Signifikant bezeichnet man eine Schätzung, „wenn die

Maßzahlwahrscheinlichkeit unter H_0 sehr klein ist. Sie wird als sehr klein angesehen, wenn sie kleiner oder gleich einer vorgegebenen kritischen Wahrscheinlichkeit ist. Die kritische Wahrscheinlichkeit wird meist mit α abgekürzt und als Signifikanzniveau bezeichnet.“(Nagl, 1992:47)

Um die Güte des Modells aufzuzeigen, schlägt McFadden (zitiert in Long,1997) ein Maß vor, das die Verbesserung der Erklärungskraft des Modells durch die Hinzunahme unabhängiger Variablen (Regressoren) erläutert. Dabei wird der Loglikelihood des Modells ohne unabhängige Variablen mit dem des Modells mit unabhängigen Variablen in Bezug gesetzt. Es ergibt sich folgende Gleichung:

$$Pseudo - R^2 = 1 - \frac{\text{loglikelihood (Modell mit Regressor)}}{\text{loglikelihood (Modell ohne Regressor)}}$$

Bei einem Modell, das keinerlei Erklärungskraft aufweist, wird das Pseudo- R^2 null sein, während eine Eins zeigt, daß das geschätzte Modell das Phänomen vollständig erklären kann. Dieser Wert kann jedoch nie ganz erreicht werden, es gibt auch keinen Standard, der ausdrückt, daß ein Modell genügend Variablen berücksichtigt. „Unfortunately, there is no clear interpretation of values other than 0 and 1“ (Long, 1997).

5.2.2. Auswahl des passenden Modells.

Einen Überblick über die Erklärungskraft der einzelnen ATE-Modelle, und damit der Güte ihrer Anpassung, kann durch den Pseudo- R^2 -Vergleich vorgenommen werden.

Tabelle 9: Übersicht über die Erklärungskraft (Pseudo- R^2) der verschiedenen Armutsmodelle in Westdeutschland

	Strenge Armut	Armut	Armutsnähe
Demographische Variablen	0,020	0,011	0,013
Haushaltsbezogene Variablen	0,056	0,068	0,069
Berufsbezogene Variablen	0,069	0,04	0,04
Demographische und haushaltsbezogene Variablen	0,081	0,083	0,087
Demographische und berufsbezogene Variablen	0,077	0,043	0,044
Haushalts- und berufsbezogene Variablen	0,125	0,108	0,11
Sämtliche Variablen	0,139	0,115	0,117

Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Es zeigt sich eine maximale Erklärungskraft von 13,9% durch alle Variablen bei der strengen Armut. Eine Erklärung der Armut und der Armutsnähe mittels sämtlicher Variablen (gesättigtes Modell) ist weniger aussagekräftig als bei der strengen Armut.

Zur Auswahl der aussagekräftigsten Modelle wurde jeweils die Verbesserung der Erklärungskraft durch Hinzunahme einer weiteren Variablengruppe getestet.

Bei Berücksichtigung des berufsbedingten Merkmals kann eine Verbesserung um 6,9% für die Erklärung von *strenger Armut* festgestellt werden. Die weitere Berücksichtigung von haushaltsbedingten Merkmalen bewirkt eine weitere Verbesserung um 6,0% bezogen auf die vorherige Verbesserung (partiell $Pseudo-R^2$) und 5,6% bezogen auf das Grundmodell (semipartiell $Pseudo-R^2$). Die weitere Hinzunahme der demographischen Merkmale verbessert die Aussagekraft nochmals um 1,6% bezogen auf das Grundmodell und 1,4% bezogen auf das vorherige Modell (unter vorheriger Berücksichtigung der haushalts- und berufsbedingten Variablen).

Bei der Betrachtung der Verbesserung des Modells der *Armut* zeigen sich folgende Werte: Durch die Betrachtung des haushaltsbezogenen Merkmals wird eine Erhöhung der Aussagekraft um 6,8% erreicht, durch die Hinzuziehung von berufsbedingten Merkmalen wird eine nochmalige Verbesserung um 4,2% partiell, d.h. bezogen auf das vorherige Modell, erreicht (semipartiell 4,0%). Durch die demographischen Variablen kann lediglich eine nochmalige Verbesserung um 0,9% (partiell) bzw. 0,8% (semipartiell) bewirkt werden.

Das Modell, das die *Armutsnähe* beschreibt, zeigt ähnliche Werte wie das Modell der Armut: Durch die Hinzunahme der haushaltsbezogenen Merkmale kann die Erklärungskraft um 6,9% verbessert werden; die zusätzliche Berücksichtigung berufsbedingter Variablen erklärt weitere 4,4% (semipartiell:4,1%); durch die demographischen Variablen kann die Erklärungskraft nur noch partiell um 0,9% (semipartiell: 0,8%) gesteigert werden.

Die Erfassung von Niedriglöhnen, die zu strenger Armut führen, kann in Westdeutschland zu ungefähr gleichen Teilen aus individuellen und haushaltsbedingten Merkmalen erklärt werden. Bei den Phänomenen der Armut und der Armutsnähe trotz Erwerbstätigkeit zeigt es sich, daß die haushaltsbezogenen Merkmale ungefähr eine Erklärungskraft von 3 zu 2 haben, das heißt, daß sie in etwa die 1,5fache Erklärungskraft wie die individuellen Merkmale aufweisen.

Tabelle 10: Übersicht über die Erklärungskraft (Pseudo-R²) der verschiedenen Armutsmodelle in Ostdeutschland

	Strenge Armut	Armut	Armutsnähe
Demographische Variablen	0,001	0,001	0,009
Haushaltsbezogene Variablen	0,041	0,021	0,042
Berufsbezogene Variablen	0,10 ⁺	0,082	0,064
Demographische und haushaltsbezogene Variablen	0,049	0,025	0,05
Demographische und berufsbezogene Variablen	0,101 ⁺	0,084 ⁺	0,065
Haushalts- und berufsbezogene Variablen	0,143 ⁺	0,104	0,104
Sämtliche Variablen	0,143 ⁺	0,106 ⁺	0,106

Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten, ⁺ die Konvergenz dieser Modelle ist fragwürdig.

Die Auswahl eines geeigneten ostdeutschen Modells erscheint schwieriger. Bei der Berechnung der Modelle treten Konvergenzen²¹ auf. Auf die Darstellung der gesättigten Modelle für strenge Armut und Armut mußte daher ganz verzichtet werden.

Für die *strenge Armut* wurde ein Modell mit haushaltsbezogenen Variablen und eines mit demographischen und haushaltsbezogenen Variablen ausgewählt. Damit kann allerdings ein für die Erklärung der strengen Armut ungenügendes Pseudo-R² von 0,049 erreicht werden. Die Verbesserung durch die Hinzunahme der haushaltsbezogenen Variablen beträgt 0,041; durch Berücksichtigung der demographischen Variablen ist eine geringfügige Verbesserung um 0,0082 partiell, d.h. bezogen auf die vorherige Verbesserung, und 0,0078 semipartiell bezogen auf den loglikelihood des Grundmodells, möglich.

Die *Armut* wird durch ein Modell mit berufsbezogenen Variablen, eines mit demographischen und haushaltsbezogenen Variablen sowie durch eines mit demographischen und berufsbezogenen Merkmalen geschätzt. Dabei kann durch das letzte Modell am meisten erklärt werden (Pseudo-R²=0,104). Wird durch das Modell mit berufsbezogenen Variablen bereits 0,082 erklärt, kann durch Hinzunahme des Haushaltstyps nochmals 0,024 bezogen auf das Modell unter Berücksichtigung

²¹ Konvergenz bedeutet im statistischen Sinne, daß durch die iterative Annäherung der Maximum-Likelihood an die Logitparameter kein optimaler Schätzwert bestimmt werden konnte.

der berufsbedingten Merkmale und 0,022 bezogen auf das Nullmodell (ohne Berücksichtigung von unabhängigen Variablen) verbessert werden.

Bei der Schätzung verschiedener *Armutsnähe*-Modelle waren alle Modelle konvergent. Daher konnten, wie auch in Westdeutschland, die aussagekräftigsten Modelle ausgesucht werden. Wird nur ein Variablentyp betrachtet, sind die berufsbezogenen Variablen diejenigen, die die größte Erklärungskraft besitzen (Pseudo- $R^2=0,064$). Wird zudem noch der Haushaltstyp berücksichtigt, kann die Erklärungskraft um 0,046 (partiell) oder 0,041 (semipartiell) gesteigert werden. Eine nochmalige, wenn auch geringfügige, Verbesserung kann durch die Hinzunahme der demographischen Variablen erreicht werden, hier ergibt sich partiell und semipartiell eine Verbesserung um 0,002.

5.2.3. Beschreibung der Ergebnisse bezogen auf Westdeutschland

Die logistischen Regressionsmodelle und ihre Interpretationen sind nach den verschiedenen Armutstypen geordnet. Eine Gliederung der Interpretation analog zu den Hypothesen erschien nicht sinnvoll, da in einer Tabelle alle unabhängigen Variablen berücksichtigt werden. In Kapitel 6 werden die Erkenntnisgewinne bezüglich der Hypothesen zusammengefaßt.

Tabelle 11 (Seite 78) zeigt die Ergebnisse der logistischen Regression der *strengen Armut* in Westdeutschland. Die Logitparameter und der Effektkoeffizient können bezüglich der einzelnen Modelle verglichen werden. Anhand der *-Markierung sind die Signifikanzniveaus der geschätzten Parameter ersichtlich.

Die Unterscheidung nach den verschiedenen Arten des Berufsstatus erbrachte keine signifikanten Ergebnisse.

Es zeigt sich deutlich über alle Modelle, daß eine höhere Qualifikation zu einem *geringeren Armutsrisiko* führt. Eine Beschäftigung in einem der Bereiche der Stufe 4 (qualifizierte Angestellte, Selbständige ohne Mitarbeiter) und der Stufe 5 (hochqualifizierte Angestellte, Industrie- und Werkmeister) führt zu einer Abnahme der Odds um das 2fache (Stufe 4) und um das 3,78fache (Stufe 5), bezogen auf die Referenzgruppe der Stufe 2 (un – und angelernte Arbeiter). Die Ergebnisse der Stufe 6 werden aufgrund der geringen Fallzahlen nicht signifikant. Durch die Hinzunahme der demographischen Merkmale zeigt die Beschäftigung in Stufe 4 keine signifikanten Werte, d. h. die Qualifikation verliert an Erklärungskraft bei gleichzeitiger Berücksichtigung der demographischen Merkmale.

Tabelle 11: Modell für die strenge Armut in Westdeutschland

	Modell mit berufsbedingten Variablen		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Var.		Volles Modell	
	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient
Konstante	-4,018**		-4,389**		-4,976**	
Beruf. Status	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Vollzeit	0,09	1,09	0,18	1,19	0,42	1,52
• Teilzeit	-0,21	1/1,23	0,16	1,17	0,35	1,42
• Azubi	-0,64	1/1,9	-0,52	1/1,7	-0,32	1/1,4
• Gering.Besch						
Berufliche Stellung						
• Stufe 1	1,18	3,26	0,76	2,15	0,69	1,99
• Stufe 2	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Stufe 3	-0,44	1/1,56	-0,42	1/1,5	-0,21	1/1,24
• Stufe 4	-0,71*	1/2,0*	-0,80**	1/2,2**	-0,53	1/1,7
• Stufe 5	-1,33**	1/3,78**	-1,30**	1/3,7**	-1,08**	1/2,9**
• Stufe 6	-22,17	(-)	-22,28	(-)	-22,0	(-)
Branchen	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Konsum. DL	1,38**	3,97**	1,63**	5,09**	1,62**	5,07**
• Land-u.Forst	0,91**	2,49**	1,03**	2,79**	0,91**	2,47**
• Nahrungsmittel	0,79	2,22	0,92	2,51	0,79	2,21
• Bekleidung	-0,73	1/2,1	-0,59	1/1,75	-0,69	1/2
• Elektro/Metall	-0,55	1/1,74	-0,47	1/1,6	-0,56	1/1,75
• Kunststoff	0,11	1,12	0,18	1,19	0,04	1,04
• Baugewerbe	-0,0	1/1,0	0,02	1,02	0,05	1,05
• Prod. DL	0,17	1,18	0,22	1,24	0,3	1,34
• Öffentl. Dienst	0,104	1,11	0,11	1,11	0,23	1,26
• Kirchen, etc.						
Haushaltstyp						
• EinPersHH			2,02**	7,5**	2,09**	8,08**
• Ehe-Paar o Ki			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Alleinerzieh.			1,28**	3,58**	1,38**	4,0**
• Paar u. Kinder			0,28	1,32	0,21	1,23
• Sonstiges			1,27**	3,56**	1,23**	3,43**
Geschlecht (weiblich)					-0,27	1/1,31
Nationalität (AusländerIn)					0,88**	2,4**
Alter					-0,005	1,0
Kennzahlen des Modells						
Loglikelihood	-330,813		-310,893		-305,878	
Pearson chi ²	4881,81		5180,36		4957,866	
Df	4686		4783		4949	
Pseudo-R ²	0,069		0,125		0,139	
Odds	67 / 4915		67 / 4915		67 / 4915	
	n=4982		n=4982		n=4982	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Wird der Einfluß der Branchen betrachtet, sind die Werte der Land- und Forstwirtschaft sowie die der Nahrungsmittelindustrie auffallend. Die Odds der *strenger Armut* bei Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft bei einer reinen Berücksichtigung berufsbedingter Merkmalen ist um das 4fache, bei zusätzlicher Berücksichtigung anderer Merkmale um das 5fache größer als in der konsumorientierten Dienstleistung. Die Odds der (*strengen*) *Armut* von Erwerbstätigen in der Nahrungsmittelindustrie verstärkt sich im Vergleich zur Beschäftigung in einem Bereich der konsumorientierten Dienstleistung um das 2,5fache, bei Berücksichtigung des Haushaltstyps um das 2,78fache. Eine Beschäftigung im Bereich der Metallbranche halbiert in etwa das (*strenge*) *Armut*srisiko (nicht signifikant). Es zeigt sich eine Dreiteilung der Branchen in Westdeutschland bezüglich der (*strengen*) *Armut*. (1) Landwirtschaft, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie sowie die Baubranche und der öffentliche Dienst sind eher von (*strenger*) *Armut* trotz Erwerbstätigkeit betroffen. In der Mitte (2) sind Kirchen und Verbände, sowie die konsum- und produktionsorientierten Dienstleistungen zu finden. Eine Beschäftigung in der (3) Metall- und Elektrobranche und in der Kunststoffindustrie führen zu einem geringeren Risiko *strenger Armut*. Häußermann/Siebels Theorie über die Verdienstunterschiede in produktions- und konsumorientierter Dienstleistung kann bezüglich deren (*strenge*) *Armut*srisiko nicht gestützt werden. Falls es diese Unterschiede gibt, dann führen diese nicht soweit, daß eine *strenge Armut*sgefahr droht.

Der Haushaltstyp erweist sich – wie erwartet – als ein aussagekräftiges und signifikantes Merkmal. Die odds der (*strengen*) *Armut* ist in einem Ein-Personen-Haushalt um ca. das 8fache höher (7,5fach bei Nichtberücksichtigung, 8,08fach bei Berücksichtigung der demographischen Merkmale) als bei einem (Ehe-)paar ohne Kinder. Die odds der (*strengen*) *Armut* ist bei Alleinerziehenden etwa um die Hälfte schwächer als bei Ein-Personen-Haushalten: bezogen auf die Referenzgruppe „(Ehe-)paar ohne Kinder“ sind die odds der (*strengen*) *Armut* 4fach stärker. Bei der Berücksichtigung von Paaren können keine Unterschiede zwischen Kinderlosen und Familien festgestellt werden. Dies könnte durch zwei Gründe bedingt sein: Zum einen kann in einem Ein-Personenhaushalt kein „innerfamiliärer Finanzausgleich“ stattfinden, Niedrigeinkommen können nicht durch Unterhalt ausgeglichen werden. Die Besserstellung von Alleinerziehenden ist durch staatliche Transferleistungen

begründet, wie noch zu zeigen sein wird, sind Alleinerziehende vom *Armut*- und *Armutsnäherisiko* stärker betroffen als vom Risiko der *strengen Armut*.

Die Betrachtung der demographischen Merkmale führen zu uneinheitlichen Ergebnissen: Das Geschlechts- und das Altersmerkmal haben keine Aussagekraft auf das Vorliegen von (*strenger*) *Armut*. Das Merkmal der Nationalität führt dagegen zu hoch signifikanten Unterschieden: Die odds der (*strengen*) *Armut* bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist für AusländerInnen um das 2,38fache stärker als für Deutsche.

Um die vermuteten geschlechtsspezifischen Unterschiede näher zu betrachten, wurde ein Modell mit Interaktionen zwischen Geschlecht und Haushaltstyp geschätzt (Tabelle 12). Hierbei zeigt sich, daß das (*strenge*) *Armut*risiko für Frauen in einem Ein-Personen-Haushalte etwas höher als für Männer ist, während alleinerziehende Männer ein höheres (*strenge*s) *Armut*risiko als alleinerziehende Frauen aufweisen.

Tabelle 12: Modell für die strenge Armut in Westdeutschland - mit Interaktionen

	Volles Modell	
	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-4,813**	
Interaktionen		
• 1- Frau HH	1,83**	6,22**
• 1- Mann HH	1,78**	5,93**
• Alleinerz. Frau	0,89	2,44
• Alleinerz. Mann	1,29**	3,64**
• Paare, u.a.	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Berufl. Status		
• Vollzeit	Referenzgruppe	Referenzgruppe
• Teilzeit	0,3	1,35
• Azubi	0,27	1,31
• Gering.Besch	-0,41	1/1,5
Berufliche Stellung		
• Stufe 1	0,76	2,14
• Stufe 2 • Stufe 3	Referenzgruppe	Referenzgruppe
• Stufe 4 • Stufe 5	-0,21	1/1,23
• Stufe 6	-0,57	1/1,78
	-1,07**	1/2,9
	21,9	(-)
Branchen		
• Konsum. DL	Referenzgruppe	
• Land-u.Forst	1,67**	
• Nahrungsmittel	0,92**	
• Bekleidung	0,93	Referenzgruppe
• Elektro/Metall	-0,62	5,32**
• Kunststoff	-0,54	2,5** 2,53 1/1,86 1/1,92 1,16
• Baugewerbe	0,15	1,09 1,32 1,25
• Prod. DL	0,09	
• Öffentl. Dienst	0,28	
• Kirchen, etc.	0,22	
Alter	-0,006	1/1,0
Nationalität (AusländerIn)	0,87**	2,4**
Kennzahlen des Modells		
Loglikelihood	-308,551	
Pearson chi ²	5000,13	
Df	4945	
Pseudo-R ²	0,13	
Odds	67 / 4915	
	n=4982	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Tabelle 13: Modell für Armut in Westdeutschland

	Modell mit haushaltsbedingten Variablen		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Var.		Volles Modell	
	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient
Konstante	-3,916**		-3,585**		-3,585**	
Haushaltstyp						
• EinPersHH	1,6**	4,97**	1,59**	4,9**	1,63**	5,12**
• Ehe-Paar o.Ki	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Alleinerzieh.	1,96**	7,07**	1,79**	5,97**	1,85**	6,39**
• Paar u. Kinder	0,05	2,34	-0,10	0,91	-0,14	0,87
• Sonstiges	0,85**	2,34**	0,71*	2,03*	0,68	1,97
Beruf. Status						
• Vollzeit			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Teilzeit			0,34	1,4	0,48**	1,61**
• Azubi			0,20	1,22	0,25	1,28
• Gering.Besch			0,67**	1,95**	0,82**	2,26**
Berufliche Stellung						
• Stufe 1			0,43	1,53	1,51	1,22
• Stufe 2			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Stufe 3			-0,28	1/1,32	0,86	1/1,16
• Stufe 4			-0,8**	1/2,22**	0,54**	1/1,9**
• Stufe 5			-0,78**	1/2,18**	0,54**	1/1,9**
• Stufe 6			-1,33	1/3,78	0,33	1/3
Branchen						
• Konsum. DL			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Land-u.Forst			0,78*	2,19*	0,78*	2,18*
• Nahrungsmittel			0,55*	1,73*	0,44	1,56
• Bekleidung			-0,25	1/1,3	-0,34	1/1,4
• Elektro/Metall			-0,2	1/1,22	-0,29	1/1,3
• Kunststoff			-0,55	1/1,73	-0,61	1/1,84
• Baugewerbe			-0,21	1/1,23	-0,3	1/1,35
• Prod. DL			-0,28	1/1,3	-0,27	1/1,3
• Öffentl. Dienst			-0,02	1/1,01	0,00	1,0
• Kirchen, etc.			0,02	1,02	0,07	1,08
Geschlecht (weiblich)					-0,13	0,87
Nationalität (AusländerIn)					0,62**	1,87**
Alter					-0,005	1,0
Kennzahlen des Modells						
Loglikelihood	-709,148		-679,191		-673,364	
Pearson chi ²	3051,5		4931		4971,5	
df	2273		4783		4949	
Pseudo-R ²	0,068		0,108		0,115	
Odds	176 / 4806		176 / 4806		176 / 4806	
	n=4982		n=4982		n=4982	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Tabelle 13 und 14 zeigen die Einflüsse der unabhängigen Variablen auf die *Armut* in Westdeutschland.

Der Einfluß der haushaltsbezogenen Variablen ist nicht nur größer, im Vergleich zur *strengen Armut* hat innerhalb der Variablen zudem eine Verschiebung stattgefunden. Waren es bei der *strengen Armut* noch die Ein-Personen-Haushalte, die von einem größeren Armutsrisiko betroffen waren, so sind es nun die Haushalte der Alleinerziehenden. Alleinerziehende sind ca. 6,5fach stärker von *Armut* betroffen als (Ehe-)paare ohne Kinder. Als zweite Gruppe innerhalb der verschiedenen Haushaltstypen zeigen wiederum diejenigen, die in einem Ein-Personen-Haushalt leben, das zweitgrößte *Armutsrisiko* auf. Menschen, die in Ein-Personen-Haushalten wohnen, haben ein ca. 5fach stärkeres Risiko, trotz Erwerbstätigkeit *arm* zu werden, gleichgültig, welche anderen Variablen berücksichtigt werden. Es können wiederum keine Unterschiede zwischen Paaren mit und Paaren ohne Kinder festgestellt werden.

Im Gegensatz zur *strengen Armut* ist der berufliche Status nun signifikant. Das *Armutsrisiko* ist bei der Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung doppelt so hoch wie bei Vollzeitbeschäftigten. Auch eine Teilzeiterwerbstätigkeit führt zu einem höheren *Armutsrisiko* als eine Beschäftigung in Vollzeit.

Betrachtet man die berufliche Stellung, so zeigen sich ähnliche Ergebnisse wie bei dem Modell der *strengen Armut*. Sowohl eine erreichte berufliche Stellung von Stufe 4 als auch von Stufe 5 zeigen signifikante Einflüsse auf die Verringerung des *Armutsrisikos*. Während jedoch im Modell der *strengen Armut* eine erreichte Beschäftigung in Stufe 5 das *Armutsrisiko* erheblich stärker verringerte als eine Erwerbstätigkeit in Stufe 4, kann bei diesem *Armut*smodell kein Unterschied zwischen den beiden Stufen festgestellt werden – die Ergebnisse der Schätzung sind in etwa dieselben: Eine Beschäftigung in Stufe 4 oder 5 der beruflichen Stellungs-Skala halbiert in etwa die Odds der *Armut*.

Auch die signifikanten Ergebnisse innerhalb der Berufsbranchen haben sich – im Vergleich zum Modell der *strengen Armut* – angenähert. Nach wie vor zeigt eine Beschäftigung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie signifikant ein höheres *Armutsrisiko* als die konsumorientierten Dienstleistungen an. War jedoch im Modell der *strengen Armut* das *Armutsrisiko* bezogen auf die konsumorientierten Dienstleistungen um das 4-5fache größer, hat es sich hier halbiert. Die Odds, trotz bestehender Erwerbstätigkeit

in der Land- und Forstwirtschaft *arm* zu werden, sind hier nur noch um das etwa 2,2fache stärker (als eine Beschäftigung in der konsumorientierten Dienstleistung). Die Odds der *Armut der* Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie sank von dem ca. 2,5fachen bei der *strengen Armut* auf ca. 1,6fach bezogen auf die Beschäftigten in konsumorientierten Dienstleistungen. Eine Annäherung der drei Branchen hat stattgefunden.

Die demographischen Variablen zeigen hier ebenfalls – bis auf die Nationalität – keinen Einfluß. Die Aussagekraft des Merkmals der Nationalität hat im Vergleich mit der *strengen Armut* auch nachgelassen: AusländerInnen sind dennoch 1,87fach stärker von dem Risiko betroffen, trotz Erwerbstätigkeit *arm* zu sein, als Deutsche.

Betrachtet man das Modell, das die Interaktionen zwischen Haushaltstyp und Geschlecht berücksichtigt (Tabelle 14), zeigt sich ein anderer geschlechtsspezifischer Effekt als bei der *strengen Armut*: wiesen im Modell der *strengen Armut* (Tabelle 12) Alleinerziehende keine signifikanten Ergebnisse auf, zeigen sie jetzt das höchste *Armut*srisiko: Alleinerziehende Frauen sind um 7,42mal stärker von *Armut* betroffen als Paare. Auch die Odds der alleinerziehende Männer und solche Männer, die in einem Ein-Personen-Haushalt wohnen, weisen erheblich höhere Werte als Paare auf (5,24- und 5,68fach). Frauen, die alleine leben, haben ein um 4,82fach höheres *Armut*srisiko als Paare.

Tabelle 14: Modell für Armut in Westdeutschland – mit Interaktionen

	Volles Modell	
	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-3,69**	
Interaktionen • 1-Frau HH • 1- Mann HH • Alleinerz. Frau • Alleinerz Mann • Paare, u.a.	1,57** 1,74** 2,0** 1,66** Ref erenzgruppe	4,82** 5,68** 7,42** 5,24** Referenzgruppe
Berufl. Status • Vollzeit • Teilzeit • Azubi • Gering.Besch	Referenzgruppe 0,4* 0,26 0,7 6**	Referenzgruppe 1,49* 1,3 2,14 **
Berufliche Stellung • Stufe 1 • Stufe 2 • Stufe 3 • Stufe 4 • Stufe 5 • Stufe 6	0,41 Referenzgruppe -0,13 -0,63* -0,60** -1,07	1,5 Referenzgruppe 1/1,14 1/1,88** 1/1,82** 1/2,91
Branchen • Konsum. DL • Land-u.Forst • Nahrungsmittel • Bekleidung • Elektro/Metall • Kunststoff • Baugewerbe • Prod. DL • Öffentl. Dienst • Kirchen, etc.	Referenzgruppe 0,8** 0,43 -0,24 -0,24 -0,6 -0,23 -0,23 0,021 0,10	Referenzgruppe 2,22** 1,54 1/1,28 1/1,28 1/1,82 1/1,26 1/1,26 1,02 1,10
Alter	-0,0048	1/1,0
Nationalität (AusländerInnen)	0,63**	1,87**
Kennzahlen des Modells		
Loglikelihood	-675,567	
Pearson chi ²	4922,24	
Df	4945	
Pseudo-R ²	0,1125	
Odds	176 / 4806	
	n=4982	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Tabelle 15: Modell für Armutsnähe in Westdeutschland

	Modell mit haushaltsbedingten Variablen		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Var.		Volles Modell	
	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient
Konstante	-3,696**		-3,343**		-3,135**	
Haushaltstyp						
• EinPersHH	2,0**	7,4**	2,04**	7,7**	2,08**	8,0**
• Ehe-Paar o Ki	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Alleinerzieh.	2,17**	8,77**	2,03**	7,6**	2,01**	8,12**
• Paar u. Kinder	0,677**	1,97**	0,54**	1,71**	0,49**	1,63**
• Sonstiges	0,95**	2,6**	0,79**	2,22**	0,76**	2,14**
Beruf. Status						
• Vollzeit			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Teilzeit			0,21	1,23	0,377**	1,46**
• Azubi			0,53	1,70	0,58	1,79
• Gering.Besch			0,4	1,5	0,57**	1,76**
Berufliche Stellung						
• Stufe 1			-0,16	1/1,9	-0,25	1/1,3
• Stufe 2			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Stufe 3			-0,48**	1/1,6**	-0,37**	1/1,5**
• Stufe 4			-0,98**	1/2,67**	-0,82**	1/2,3**
• Stufe 5			-0,88**	1/2,4**	-0,73**	1/2,1**
• Stufe 6			-0,63	1/1,9	-0,42	1/1,52
Branchen						
• Konsum. DL			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Land-u.Forst			0,81**	2,24**	0,79**	2,21**
• Nahrungsmittel			0,83**	2,3**	0,74**	2,1**
• Bekleidung			0,43	1,54	0,34	1,43
• Elektro/Metall			-0,03	1/1,03	-0,11	1/1,11
• Kunststoff			-0,20	1/1,22	-0,25	1/1,28
• Baugewerbe			-0,05	1/1,05	-0,15	1/1,16
• Prod. DL			-0,16	1/1,18	-0,16	1/1,18
• Öffentl. Dienst			-0,03	1/1,03	0,0	1,0
• Kirchen, etc.			0,22	1,25	0,3	1,34
Geschlecht (weiblich)					-0,17	1/1,19
Nationalität (AusländerIn)					0,57**	1,76**
Alter					-0,009	1/1,01
Kennzahlen des Modells						
Loglikelihood	-1076,031		-1029,003		-1019,544	
Pearson chi ²	3208,152		4931,627		4976,14	
Df	2273		4783		4949	
Pseudo-R ²	0,069		0,11		0,117	
Odds	308 / 4674		308 / 4674		308 / 4674	
	n=4982		n=4982		n=4982	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Tabelle 15 und 16 zeigen die Einflüsse der unabhängigen Variablen auf die Odds der *Armutsnähe* in Westdeutschland.

Betrachtet man die Variable des Haushaltstyps zeigt sich eine Annäherung der Situation der Alleinerziehenden und des Ein-Personen-Haushaltes. Bei beiden Ausprägungen pendelt sich die Odds des *Armutsnäherisiko* beim 7-8fachen Wert im Vergleich zu einem kinderlosen Paar ein. Dabei zeigt sich, daß sich in dem Modell, in dem ausschließlich die Haushaltsvariable betrachtet wird, das *Armutsnäherisiko* Alleinerziehender vom 8,77fachen über das 7,6fache bis zum vollen Modell (unter Berücksichtigung aller Variablen) auf das 8,12fache verändert. Das *Armutsnäherisiko* von Ein-Personen-Haushalten nähert sich dem an, es steigt bei alleiniger Berücksichtigung des Haushaltstyps vom 7,4fache auf das 8fache des Wertes eines Paares ohne Kinder.

Betrachtet man den Interaktionseffekt zwischen Haushalt und Geschlecht (Tabelle 16), so zeigt sich, daß das *Armutsnäherisiko* bei alleinerziehenden Frauen worden konnte. Dennoch ist die Gruppe der alleinerziehenden Frauen deutlich höher vom *Armutsnäherisiko* betroffen als alleinlebende Männer.

Das Risiko, zur Gruppe der *Armutsnahen* zu gehören, steigt bei Ausübung einer Teilzeitarbeit im Vergleich zur Vollzeitbeschäftigung an; einen noch stärkeren Effekt besitzt allerdings die geringfügige Beschäftigung.

Beschäftigte in den Stufen 3, 4 und 5 haben ein geringeres *Armutsnäherisiko* als un- oder angelernte Erwerbstätige (Stufe 2 – Referenzgruppe). Dabei zeigt sich, daß das *Armutsnäherisiko* von Beschäftigten in der Stufe 4 geringer ist als Stufe 3 (Angestellte mit Ausbildungsabschluß, gelernte und Facharbeiter), aber auch als Stufe 5 (Industrie- und Werkmeister, Angestellte in hochqualifizierter Tätigkeit). Der Unterschied bezüglich des *Armutsnäherisikos* zwischen Stufe 3 und Stufe 4 oder 5 ist groß, während zwischen Stufe 4 und Stufe 5 ähnliche Werte aufweisen; beide verringern die Odds das *Armutsnäherisiko* um das 2,1 bis 2,67fache.

Ebenso wie bei der *strengen Armut* und der *Armut* zeigt sich auch hier, daß das *Armutsnäherisiko* in der Land- und Forstwirtschaft wie auch in der Nahrungsmittelindustrie mehr als doppelt so hoch wie in der konsumorientierten Dienstleistung ist. Der Abstand des Risikos zwischen konsumorientierter Dienstleistung und Land- und Forstwirtschaft oder der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat sich nicht weiter angenähert, er ist konstant geblieben.

Auch die demographischen Variablen zeigen ähnliche Ergebnisse wie bereits bei der Betrachtung der *strengen Armut* und der *Armut*. Das Risiko, bei bestehender Erwerbstätigkeit zur Gruppe der *Armutsnahen* zu gehören, ist für AusländerInnen etwa 1,76mal so hoch wie für Deutsche. Auch hier kann eine gewisse Konstanz zwischen *Armuts-* und *Armutsnähe*modell festgestellt werden; das *Armutsnäherisiko* hat sich nicht weiter verstärkt.

Tabelle 16: Modell für Armutsnähe in Westdeutschland – mit Interaktionen

	Volles Modell	
	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-2,82**	
Interaktionen		
• 1- Frau HH	1,63**	5,12**
• 1- Mann HH	1,73**	5,63**
• Alleinerz. Frau	1,84**	6,33**
• Alleinerz Mann	1,46**	4,30**
• Paare, u.a.	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Berufl. Status		
• Vollzeit	Referenzgruppe	Referenzgruppe
• Teilzeit	0,32*	1,38*
• Azubi	0,62	1,85
• Gering.Besch.	0,54**	1,71**
Berufliche Stellung		
• Stufe 1	-0,26	1/1,3
• Stufe 2	Referenzgruppe	Referenzgruppe
• Stufe 3	-0,37**	1/1,4**
• Stufe 4	-0,84**	1/2,32**
• Stufe 5	-0,71**	1/2,04**
• Stufe 6	-0,37	1/1,45
Branchen		
• Konsum. DL	Referenzgruppe	Referenzgruppe
• Land-u.Forst	0,86**	2,37**
• Nahrungsmittel	0,74**	2,09**
• Bekleidung	0,44	1,56
• Elektro/Metall	-0,05	1/1,05
• Kunststoff	-0,21	1/1,23
• Baugewerbe	-0,05	1/1,06
• Prod. DL	-0,14	1/1,16
• Öffentl. Dienst	0,005	1,005
• Kirchen, etc.	0,29	1,34
Alter	-0,01	0,99
Nationalität	0,58**	1,79**
Kennzahlen des Modells		
Loglikelihood	-1023,613	
Pearson χ^2	4965,027	
df	4945	
Pseudo-R ²	0,1142	
Odds	308 / 4674	
	n=4982	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

5.2.4. Beschreibung der Ergebnisse bezogen auf Ostdeutschland

Bereits in Kapitel 5.2.2. wurde darauf hingewiesen, daß die Aussagekraft der Modelle für strenge Armut und Armutsnähe aufgrund von Konvergenzproblemen begrenzt ist. Die Interpretation dieser Modelle fällt deshalb im Vergleich zu Westdeutschland geringer aus. In Kapitel 6 werden die Erkenntnisgewinne bezüglich der Hypothesen zusammengefaßt.

Tabelle 17: Modell der strengen Armut in Ostdeutschland

	Modell mit haushaltsbedingten Variablen		Modell mit demographischen und haushaltsbedingten Var.	
	Logitparameter	Effektkoeffizient	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-4,195**		-3,25**	
Haushaltstyp				
• EinPersHH	1,14*	3,14*	1,06*	2,88*
• Ehe-Paar o Ki	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Alleinerzieh.	0,80	2,24	0,72	2,05
• Paar u. Kinder	-0,55	1/1,75	-0,63	1/1,57
• Sonstiges	-0,41	1/1,5	-0,45	1/1,87
Geschlecht (weiblich)			0,08	1,08
Nationalität (AusländerIn)			-0,02	1/1,03
Alter			-19,56	(-)
Kennzahlen des Modell				
Loglikelihood	-136,010		-134,993	
Pearson χ^2	1089,44		2005,67	
Df	762		1898	
Pseudo-R ²	0,041		0,049	
Odds	27 / 1890		27 / 1890	
	n=1917		n=1917	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Betrachtet man das Modell für *strenge Armut* in Ostdeutschland (Tabelle 17), so zeigen sich signifikante Ergebnisse des *strengen Armutsrisikos* ausschließlich für den Haushaltstyp. Hier zeigt sich, daß die Odds der *strengen Armut* in einem Ein-Personen-Haushalt um das 3,14fache stärker ist als bei einem Ehepaar ohne Kinder. Werden die demographischen Variablen ebenfalls berücksichtigt, schrumpft der Wert auf das 2,88fache. Um dieses Phänomen näher zu untersuchen, wurde die Interaktion zwischen Geschlecht und Haushaltstyp berechnet (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18: Modell der strengen Armut in Ostdeutschland mit Interaktionen

	Modell mit Interaktionen	
	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-4,577**	
Haushaltstyp		
• 1- Frau HH	0,57	1,77
• 1- Mann HH	1,84**	6,27**
• Alleinerz. Frau	1,16	3,12
• Alleinerz Mann	1,24	3,47
• Paare, u.a.	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Kennzahlen des Modells		
Loglikelihood	-135,767	
Pearson chi ²	491,62	
Df	379	
Pseudo-R ²	0,04	
Odds	27 / 1890	
	n=1917	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Es zeigte sich deutlich, daß das *strenge* Armutsrisiko hauptsächlich ein Männerproblem ist. Um dies näher zu beleuchten, wurde eine separate Betrachtung der von dem Problem der *strengen* Armut betroffenen, allein lebenden Männer durchgeführt. 99 Männer der Stichprobe leben in einem Ein-Personen-Haushalt, davon fallen 6 unter die *strenge* Armutsgrenze. Alle sechs Männer sind Deutsche, der jüngste ist 23, der älteste ist 46 Jahre alt. Drei sind in Ausbildung, die anderen sind vollschichtig erwerbstätig. Es gibt keine auffallenden Gemeinsamkeiten, die das Zutreffen von *strenger* Armut begründen könnten.

Tabelle 19: Modell der Armut in Ostdeutschland

	Modell mit berufsbedingten Variablen		Modell mit demographischen- und haushaltsbedingten Var.		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Variablen	
	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient
Konstante	-2,849**		-2,849**		-2,813**	
Beruf. Status						
• Vollzeit	Ref.gr.	Ref.gr.			Ref.gr.	Ref.gr.
• Teilzeit	-1,04	1/2,8			-1,04	1/2,8
• Azubi	-0,73	1/2,08			-0,74	1/2,09
• Gering.Besch	-22,8	(-)			-22,84	(-)
Berufliche Stellung						
• Stufe 1	1,59	4,9			1,73	5,61
• Stufe 2	Ref.gr.	Ref.gr.			Ref.gr.	Ref.gr.
• Stufe 3	0,07	1,07			0,15	1,16
• Stufe 4	-0,7	1/2,01			-0,63	1/1,9
• Stufe 5	-0,06	1/1,07			0,09	1,09
• Stufe 6	0,1	1,11			0,27	1,3
Branchen						
• Konsum. DL	Ref.gr.	Ref.gr.			Ref.gr.	Ref.gr.
• Land-u.Forst	-1,28	1/3,6			-1,21	1/3,4
• Nahrungsmittel	0,78*	2,17*			0,76	2,15
• Bekleidung	-0,24	1/1,27			-0,20	1/1,22
• Elektro/Metall	-1,21**	1/3,4**			-1,25**	1/3,5**
• Kunststoff	-23,24	0			-23,1	0
• Baugewerbe	-1,36**	1/3,8**			-1,36**	1/3,9**
• Prod. DL	-0,86	1/2,37			-0,89	1/2,4
• Öffentl. Dienst	-0,93**	1/2,5**			-1,01**	1/2,7**
• Kirchen, etc.	-0,31	1/1,36			-0,26	1/1,3
Haushaltstyp						
• EinPersHH			0,62	1,86	0,77	2,17
• Ehe-Paar o Ki			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Alleinerzieh.			0,60	1,81	0,55	1,73
• Paar u. Kinder			-0,43	1/1,55	-0,35	1/1,37
• Sonstiges			-1,16	1/3,21	-1,37	1/4,0
Geschlecht (weiblich)			-0,09	0,92		
Nationalität (AusländerIn)			-19,34	(-)		
Alter			-0,01	0,99		
Kennzahlen des Modell						
Loglikelihood	-215,906		-229,50		-210,767	
Pearson chi ²	1878,16		1934,95		2134,16	
df	1803		1898		1835	
Pseudo-R ²	0,082		0,025		0,104	
Odds	51 / 1858		51 / 1866		51 / 1858	
	n=1909		n=1917		n=1909	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Tabelle 20: Modell der Armut in Ostdeutschland – mit Interaktionen

	Modell mit berufsbedingten Variablen		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Variablen	
	Logitparameter	Effektkoeffizient	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-3,787**		-3,138**	
Haushaltstyp				
• 1- Frau HH	-0,22	1/1,25	-0,33	1/1,39
• 1- Mann HH	1,36**	3,88**	1,51**	4,53**
• Alleinerz. Frau	1,1*	2,99*	1,02*	2,77*
• Alleinerz. Mann	0,46	1,58	0,32	1,38
• Paare, u.a.	Referenzgr.	Referenzgr.	Referenzgr.	Referenzgr.
Beruffl. Status				
• Vollzeit			Referenzgr.	Referenzgr.
• Teilzeit			-0,94	1/2,56
• Azubi			-0,66	1/1,94
• Gering.Besch			-22,88	(-)
Berufliche Stellung				
• Stufe 1			1,69	5,42
• Stufe 2			Referenzgr.	Referenzgr.
• Stufe 3			0,22	1,24
• Stufe 4			-0,57	1/1,77
• Stufe 5			0,11	1,11
• Stufe 6			0,27	1,31
Branchen				
• Konsum. DL			Referenzgr.	Referenzgr.
• Land-u.Forst			-1,28	1/3,5
• Nahrungsmittel			0,76	2,15
• Bekleidung			-0,08	1/1,1
• Elektro/Metall			-1,34**	1/3,84**
• Kunststoff			-23,12	0
• Baugewerbe			-1,47**	1/4,37**
• Prod. DL			-0,94	1/2,56
• Öffentl. Dienst			-1,01**	1/2,74**
• Kirchen, etc.			-0,21	1/1,23
Kennzahlen des Modell				
Loglikelihood	-229,601		-209,866	
Pearson χ^2	457,27		202,89	
df	379		1819	
Pseudo-R ²	0,024		0,108	
Odds	51 / 1866		51 / 1858	
	n=1917		n=1909	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Betrachtet man das Problem der *Armut* in Ostdeutschland (Tabelle 19), so scheint es, als sei das erhöhte *strenge Armut*risiko des Ein-Personen-Haushaltes aufgehoben. Keine Ausprägung des Haushaltstyps ist hier mehr signifikant unterschiedlich gegenüber der Referenzgruppe der Paare ohne Kinder. In Tabelle 20 werden die Interaktionen zwischen Geschlecht und Haushaltstyp geschätzt, und sie

zeigen wiederum ein hohes *Armut*srisiko für männliche Ein-Personen-Haushalte, sowie für alleinerziehende Frauen.

Tabelle 20 stellt die unterschiedliche Branchensituation in Ostdeutschland dar: Eine Beschäftigung in der Genuß- und Nahrungsmittelindustrie vergrößert, ebenso wie in Westdeutschland, das *Armut*srisiko im Vergleich zu den konsumorientierten Dienstleistungen. Eine Beschäftigung in allen anderen Branchen führt zu einer Abschwächung des *Armut*srisikos: in einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst sind die Odds der *Armut* um 2,5mal, in einer Tätigkeit in der Elektro- und Metallindustrie um 3,4mal und im Baugewerbe um 3,8mal niedriger als bei den konsumorientierten Dienstleistungen. Diese *Armut*srisiken bleiben bei einer gleichzeitigen Berücksichtigung des Haushaltstyps konstant.

Bezüglich des beruflichen Status und der beruflichen Stellung ergeben sich keine signifikanten Ergebnisse.

Sowohl im *strengen* als auch im *Armut*smodell haben die demographischen Variablen Alter, Geschlecht und Nationalität keine Auswirkungen auf das *Armut*srisiko. Das Merkmal der Nationalität kann aufgrund der geringen Fallzahlen nicht geschätzt werden.

Tabelle 21: Modell für Armutsnähe in Ostdeutschland

	Modell mit berufsbedingten Variablen		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Var.		Volles Modell	
	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient	Logit-Parameter	Effekt-koeffizient
Konstante	-2,066**		2,169**		-1,968**	
Beruffl. Status	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Vollzeit	-0,27	1/1,31	-0,28	1/1,33	-0,25	1/1,27
• Teilzeit	-1,33*	1/3,8*	-1,25	1/3,5	-1,27	1/3,6
• Azubi	-0,02	1/1,02	-0,11	1/1,2	-0,1	1/1,1
• Gering.Besch						
Berufliche Stellung						
• Stufe 1	1,74**	5,71**	1,78**	5,96**	1,76**	5,84**
• Stufe 2	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Stufe 3	-0,21	1/1,23	-0,14	1/1,15	-0,14	1/1,15
• Stufe 4	-0,69**	1/2,0**	-0,64*	1/1,9*	-0,62*	1/1,86*
• Stufe 5	-0,4	1/1,5	-0,22	1/1,25	-0,21	1/1,25
• Stufe 6	-0,87	1/2,4	-0,70	1/2,04	-0,67	1/1,96
Branchen						
• Konsum. DL	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Land-u.Forst	-0,73	1/2,08	-0,63	1/1,89	-0,64	1/1,89
• Nahrungsmittel	0,32	1,38	0,23	1,26	0,22	1,25
• Bekleidung	-0,82	1/2,27	-0,78	1/2,18	-0,77	1/2,15
• Elektro/Metall	-1,22**	1/3,4**	-1,23**	1/3,4**	-1,26**	1/3,5**
• Kunststoff	-22,8	0	-22,7	0	-22,6	0
• Baugewerbe	-0,27	1/1,31	-0,27	1/1,31	-0,33	1/1,4
• Prod. DL	-0,94**	1/2,6**	-0,95**	1/2,6**	-0,98**	1/2,7**
• Öffentl. Dienst	-0,88	1/2,42	-0,99**	1/2,7**	-0,97**	1/2,65**
• Kirchen, etc.	-0,01	1/1,0	0,02	1,02	-0,001	1/1,0
Haushaltstyp						
• EinPersHH			0,98**	2,66**	0,96**	2,62**
• Ehe-Paar o Ki			Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.	Ref.gr.
• Alleinerzieh.			1,28**	3,6**	1,29**	3,62**
• Paar u. Kinder			-0,27	1/1,3	-0,28	1/1,33
• Sonstiges			-1,09	1/3,0	-1,11	1/3,02
Geschlecht (weiblich)					-0,11	1/1,11
Nationalität (AusländerIn)					1,52	4,57
Alter					-0,003	1/1,0
Kennzahlen des Modells						
Loglikelihood	-373,149		-356,871		-356,043	
Pearson chi ²	1861,44		1782,69		1790,79	
df	1803		1835		1883	
Pseudo-R ²	0,064		0,104		0,106	
Odds	101 / 1808		101 / 1808		101 / 1808	
	n=1909		n=1909		n=1909	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

Bei der *Armutsnähe* in Ostdeutschland (Tabelle 21) zeigen sich erstmalig Signifikanzen für ein Armutsrisiko von Auszubildenden. Die geschätzten Ergebnisse sind nicht einfach zu interpretieren: Zum einen sind die Odds der *Armutsnähe* von Auszubildenden im Vergleich zu in Vollzeit beschäftigten Personen um 3,5 – 3,8fach geringer (beruflicher Status), zum anderen sind die Odds der *Armutsnähe* um das ca. 5,8fache größer als von un- und angelernten Erwerbstätigen (berufliche Stellung). Dies kann durch Unterschiede in der Haushaltskonstellation bewirkt werden. Von den Auszubildenden leben 8,3% in einem Ein-Personen-Haushalt, 4,8% sind alleinerziehend. In Westdeutschland leben 12,1% der Auszubildenden in einem Ein-Personen-Haushalt und 8,8% sind alleinerziehend. Auszubildende im Osten könnten eher durch das Zusammenleben innerhalb eines Haushaltes vor dem Armutsrisiko bewahrt bleiben.²² Trotzdem läßt sich das Ergebnis, das mit $p=0,08$ signifikant ist, schwer erklären.

Betrachtet man die Schätzungen der verschiedenen Branchen, zeigen sich ähnliche Ergebnisse wie bei der *Armut*. Eine Beschäftigung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist als einzige Branche mehr vom *Armutsnäherisiko* betroffen als die konsumorientierten Dienstleistungen. In der produktionsorientierten Dienstleistung und im öffentlichen Dienst sind die Odds der *Armutsnähe* um etwa das 2,6fache geringer als bei einer Beschäftigung in den konsumorientierten Dienstleistungen.

Beim Haushaltstyp zeigt sich wiederum deutlich das erhöhte *Armutsnäherisiko* von Ein-Personen-Haushalten und Alleinerziehenden. Der Geschlechterunterschied wird wieder durch die Hinzuziehung von Interaktionen deutlich (Tabelle 22). Dabei zeigt sich, daß bei der Betrachtung der *Armutsnähe* die alleinerziehenden Frauen die Ein-Mann-Haushalte bezüglich des stärkeren *Armutsnäherisikos* abgelöst haben. Alleinerziehende Frauen haben im Vergleich zu Paaren ein 5-5,4faches *Armutsnäherisiko*, alleinerziehende oder alleinlebende Männer haben ein – im Vergleich zu Paaren – ca.3,9faches *Armutsnäherisiko*, und in Ein-Frau-Haushalten steigt das *Armutsnäherisiko* zwischen 2,3-2,5fach im Vergleich zu Paaren.

²² Die Gruppe der Auszubildenden ist in West- und Ostdeutschland auch bezogen auf das Alter zu unterscheiden: In Westdeutschland sind Azubis im Schnitt 2 Jahre jünger als in Ostdeutschland (West: 20,7Jahre, Ost: 22,2 Jahre) und die Altersstreuung ist geringer (im Westen ist die Varianz 16,97, im Osten beträgt die Varianz 58,52).

Tabelle 22: Modell für Armutsnähe – mit Interaktionen in Ostdeutschland

	Modell mit berufsbedingten Variablen		Modell mit berufs- und haushaltsbedingten Variablen	
	Logitparameter	Effektkoeffizient	Logitparameter	Effektkoeffizient
Konstante	-3,16**		2,413**	
Haushaltstyp				
• 1- Frau HH	0,84*	2,31*	0,92*	2,51*
• 1- Mann HH	1,36**	3,88**	1,35**	3,84**
• Alleinerz. Frau	1,61**	4,98**	1,38**	5,35**
• Alleinerz. Mann	1,33**	3,77**	1,15**	3,15**
• Paare, u.a.	Referenzgr.	Referenzgr.	Referenzgr.	Referenzgr.
Berufli. Status				
• Vollzeit			Referenzgr.	Referenzgr.
• Teilzeit			-0,28	1/1,33
• Azubi			-1,28*	1/3,61*
• Gering.Besch			-0,15	1/1,16
Berufliche Stellung				
• Stufe 1			1,82**	6,15**
• Stufe 2			Referenzgr.	Referenzgr.
• Stufe 3			-0,11	1/1,12
• Stufe 4			-0,62*	1/1,85*
• Stufe 5			-0,21	1/1,23
• Stufe 6			-0,70	1/2,02
Branchen				
• Konsum. DL			Referenzgr.	Referenzgr.
• Land-u.Forst			-0,67	1/1,95
• Nahrungsmittel			0,20	1,22
• Bekleidung			-0,70	1/2,02
• Elektro/Metall			-1,25**	1/3,50**
• Kunststoff			-22,7	0
• Baugewerbe			-0,29	1/1,34
• Prod. DL			-0,98**	1/2,67**
• Öffentl. Dienst			-0,98**	1/2,38**
• Kirchen, etc.			0,04	1,04
Kennzahlen des Modell				
Loglikelihood	-382,274		-357,650	
Pearson χ^2	421,36		1815,44	
df	379		1819	
Pseudo-R ²	0,041			
Odds	102 / 1815		101 / 1808	
	n=1917		n=19091/	

*Signifikanzniveau 10 Prozent ** Signifikanzniveau 5 Prozent. Eigene Berechnungen nach SOEP-Daten

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die bisherigen Ergebnisse werden nun anhand der unter 3.2. aufgestellten Hypothesen zusammengefaßt.

6.1. Ergebnisse der Hypothesen

6.1.1. Demographische Merkmale

Unter *Hypothese 1_a* wurde vermutet, daß viele Frauen in Haushaltsgemeinschaft mit Männern leben und deshalb trotz geringerem Erwerbseinkommen nicht stärker als Männer von der Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen sind.

Dies kann sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland bejaht werden: In allen drei Armutsgraden konnte für Frauen kein signifikant höheres Armutsrisiko festgestellt werden.

In *Hypothese 1_b* wurde angenommen, daß alleinlebende Frauen häufiger von Armutsrisiken betroffen sind als Männer. Hierbei ist zu unterscheiden: Von strenger Armut sind bei den Ein-Personen-Haushalten deutlich mehr Männer betroffen als Frauen. Von Armut und Armutsnähe sind alleinerziehende Frauen öfter betroffen als (alleinlebende) Männer.

Hypothese 2 stellt die Vermutung auf, daß von dem Problem der Armut trotz Erwerbstätigkeit eher jüngere Erwerbstätige betroffen sind. Dazu wurde der Einfluß der Altersvariablen getestet. Diese Hypothese muß jedoch eindeutig verworfen werden. In keinem der Modelle zeigten sich altersgemäße Unterschiede, der Einfluß der Altersvariablen war nicht signifikant.

In *Hypothese 3* wurde die Nationalität thematisiert. Die Staatsangehörigkeit hat eine erhebliche Auswirkung auf das Vorliegen von Armut. Dabei zeigt sich, daß AusländerInnen erheblich stärker von Armut trotz bestehender Erwerbstätigkeit betroffen sind als Deutsche. Hier zeigte sich auch ein großer Unterschied innerhalb der Armutsgruppen: bei der strengen Armut ist der Unterschied im Armutsrisiko zwischen Deutschen und AusländerInnen viel größer als bei der Armut und bei der Armutsnähe. Dieses gilt jedoch nur für Westdeutschland, in Ostdeutschland konnten aufgrund der zu kleinen Anzahl von ausländischen Personen innerhalb der Stichprobe keine Unterschiede festgestellt werden.

6.1.2. Berufsbezogene Variablen

Die höhere berufliche Stellung führt zu einer Verringerung des Armutsrisikos in West- und in Ostdeutschland – es kann *Hypothese 4* zugestimmt werden. Interessant ist jedoch, daß zwischen einer Beschäftigung als Vorarbeiter und Kolonnenführer oder Angestellte in qualifizierter Tätigkeit und Industrie- und Werkmeister oder Angestellten in hochqualifizierten Tätigkeiten keine größeren Unterschiede bestehen. Hier scheint eine starke Grenze zu liegen: Eine Tätigkeit, für die eine Ausbildung notwendig ist, hält davon ab, trotz Erwerbstätigkeit arm zu werden.

Hypothese 5 stellt die These auf, daß eine Beschäftigung in Teilzeit, geringfügig oder als Auszubildende einen positiven Einfluß auf das Armutsrisiko ausüben. In bezug auf die strenge Armut ist dies ganz abzulehnen, es kann kein signifikanter Einfluß des Berufsstatus auf das Armutsrisiko festgestellt werden. Dies ist bei der Armut und der Armutsnähe anders. Das Risiko, arm zu werden, ist größer, wenn statt Vollzeitbeschäftigung eine Teilzeiterwerbstätigkeit ausgeübt wird, und es erhöht sich nochmals, wenn die Teilzeittätigkeit eine geringfügige Beschäftigung ist. Dieses kann jedoch nicht auf Ostdeutschland übertragen werden; bezüglich des beruflichen Status konnten keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden.

Hypothese 6 thematisierte das unterschiedliche Armutsrisiko in den verschiedenen Branchen. Es konnten hier gravierende Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland festgestellt werden. In der Hypothese wurde ein erhöhtes Armutsrisiko bei einer Beschäftigung im primären Sektor, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie in den konsumorientierten Dienstleistungen vermutet. Dabei wurden die konsumorientierten Dienstleistungen als Referenzgruppe gewählt, um die Unterschiede zwischen Branchen, die mehr und anderen, die weniger vom Armutsrisiko betroffen sind, aufzeigen zu können.

Die Unterschiede zwischen den konsumorientierten Dienstleistungen und den Niedriglohnbranchen (Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) konnten für Westdeutschland deutlich dargestellt werden. Die Unterschiede zwischen Hochlohnbranchen wie beispielsweise der Metall- und Elektroindustrie und den konsumbezogenen Dienstleistungen war dagegen nicht möglich. Es ließen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Branchen berechnen. Die Unterscheidung in konsumorientierte und produktionsorientierte Dienstleistungen ist ebenfalls nicht aussagekräftig.

Als das Armutsrisiko in Ostdeutschland verstärkende Beschäftigung kann eine Erwerbstätigkeit in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und in den haushaltsbezogenen Dienstleistungen bestätigt werden. Eine Tätigkeit im primären Sektor, d.h. in der Land- und Forstwirtschaft, gehört in Ostdeutschland zu den Bereichen, in denen das Armutsrisiko geringer ist (als die konsumorientierten Dienstleistungen). Ein ebenso geringeres Armutsrisiko weisen vor allem die Metall- und Elektroindustrie, der öffentliche Dienst, die Bauindustrie sowie die produktionsorientierten Dienstleistungen auf. Die These Häußermann/Siebels, nach der große Verdienstunterschiede zwischen der konsum- und der produktionsorientierten Dienstleistungen bestehen, kann somit für Ostdeutschland bestätigt werden.

6.1.3. Haushaltsbezogene Variablen

„Personen, die in einem Haushalt mit Kindern leben, sind stärker vom Armutsrisiko betroffen als Alleinlebende“, so lautet *Hypothese 7*, die sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland abgelehnt werden muß. Das Armutsrisiko ändert sich nicht aufgrund der Tatsache, daß Kinder im Haushalt leben. Unterschiedliche berufliche Partizipationsmöglichkeiten der Paare mit Kinder wirken sich nicht so stark auf die Verdienstmöglichkeiten aus, daß ein Armutsrisiko droht. Vergleichsweise stärker von Armut bedroht sind alleinlebende Männer und alleinerziehende Frauen.

Bestätigen läßt sich dagegen *Hypothese 8*, in der ein stärkerer Erklärungsgehalt durch haushaltsbezogene denn durch individuelle Merkmale vermutet wurde.

6.2. Ausblick

Es konnte bewiesen werden, daß Armut innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung besteht. Dabei konnte gezeigt werden, daß bestimmte Merkmale einen großen Einfluß auf das Armutsrisiko besitzen. Die Thematik der Niedriglöhne konnte in die soziologische Armutsforschung integriert werden; es konnte eine Verbindung zwischen der individuellen Ebene der demographischen und der berufsbedingten Merkmale und der Haushaltsebene hergestellt werden.

Von (strenger) Armut ist nur eine kleine (Rand-)Gruppe der Erwerbstätigen betroffen, die Gruppe derer, die als armutsnah bezeichnet werden können, ist in der BRD wesentlich stärker vertreten.

Durch die Methode der logistischen Regression konnten verschiedene Einflüsse bestimmt werden. Dabei zeigte sich allerdings ein nur geringer Erklärungsgrad durch die vorher bestimmten Variablen. Hier besteht m.E. noch weiterer Forschungsbedarf: die subjektive Situation der Niedrigverdienenden wäre mittels qualitativer Methoden (Beobachtung, Experteninterviews, Leitfadeninterviews) nochmals zu erfassen. Vor allem in Ostdeutschland zeigte sich, daß die – durch westdeutsche Studien ermittelte Variablen einen nur geringen Erklärungsgehalt aufweisen.

Weiterer Forschungsbedarf besteht hier in der Längsschnitterfassung derer, die innerhalb der Erwerbstätigen als arm bezeichnet werden können. „Nimmt die Anzahl der Armen trotz Erwerbstätigkeit zu? Verschieben sich die Armen innerhalb der verschiedenen Armutsgrade? Welche Gruppe der Armen nimmt zu oder ab? Wie ist das Verbleibsrisiko der Erwerbstätigen innerhalb der Armutslage?“, diese Untersuchungsgebiete sind innerhalb der dynamischen sozialstrukturell orientierten Forschung von Interesse.

In der bisherigen Forschung, die die Erwerbstätigkeit mit soziologischen Armutskonzepten verbindet, wurde nur auf Einkommensarmut abgestellt. Eine Verbindung der anderen Armutskonzepte, d.h. des subjektiven sowie des Lebenslagenansatzes, mit der Erwerbstätigkeit ist von Nöten.

Aufgrund des aktuellen Bezugs des Themas und des normativ-politischen Handlungsbedarfs besteht meiner Ansicht nach außerordentlicher Forschungsbedarf. Die politische Diskussion über einen Niedriglohnsektor und über staatlich festgesetzte Mindestlöhne sollte auf wissenschaftlich fundierte Kenntnisse gestützt werden. Die augenblickliche Auseinandersetzung erscheint dagegen auf allen Seiten durch populistische Argumente wenig fundiert.

Anhang:

1) Ausschnitt aus dem SOEP-Fragebogen (Welle N)

HAUSHALTSEINKOMMEN

„50. Wenn man mal alle Einkünfte zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltseinkommen aller Haushaltsmitglieder heute?

⇒ Bitte geben Sie den monatlichen Netto-Betrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu!

⇒ Falls nicht genau bekannt: Bitte schätzen Sie den monatlichen Betrag. _ _ _ _ _ DM im Monat“

ART DER ERWERBSTÄTIGKEIT

„11. Üben Sie derzeit eine Erwerbstätigkeit aus? Was trifft für Sie zu?

⇒ Rentner mit Arbeitsvertrag gelten hier als erwerbstätig.

- Voll erwerbstätig
- In Teilzeitbeschäftigung
- In Berufsausbildung / Lehre
- Geringfügig oder unregelmäßig erwerbstätig
- Mutterschafts- / Erziehungsurlaub
- Als Wehrpflichtiger beim Wehrdienst / Zivildienst
- Nicht erwerbstätig“

BERUFLICHE STELLUNG

„35. In welcher beruflichen Stellung sind Sie derzeit beschäftigt?

⇒ Wenn Sie **mehr als eine** berufliche Tätigkeit ausüben, beantworten Sie die folgenden Fragen bitte nur für Ihre derzeitige berufliche **Haupttätigkeit**

Arbeiter

(auch in der Landwirtschaft)

- Ungelernte Arbeiter
- Angelernte Arbeiter
- Gelernte und Facharbeiter
- Vorarbeiter, Kolonnenführer
- Meister, Polier

SELBSTÄNDIGE

(einschl. mithelfende Familienangehörige)

- Selbständige Landwirte
- Freie Berufe, selbständige Akademiker
- Sonstige Selbständige ohne Mitarbeiter
- Sonstige Selbständige mit 1 bis zu 9 Mitarbeitern
- Sonstige Selbständige mit 10 und mehr Mitarbeitern
- Mithelfende Familienangehörige

Auszubildende / Praktikanten

- Auszubildende
- Volontäre, Praktikanten u. ä.

Angestellte

- Industrie– und Werkmeister im Angestelltenverhältnis
- Angestellte mit einfacher Tätigkeit - ohne Ausbildungsabschluß
- Angestellte mit einfacher Tätigkeit - mit Ausbildungsabschluß
- Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit (z. B. Sachbearbeiter, Buchhalter, techn. Zeichner)
- Angestellte in hochqualifizierter Tätigkeit oder Leitungsfunktion (z. B. wissenschaftlicher Mitarbeiter, Ingenieur, Abteilungsleiter)
- Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben (z. B. Direktor, Geschäftsführer, Vorstand größerer Betriebe und Verbände)

Beamte

(einschl. Richter und Berufssoldaten)

- Einfacher Dienst
- Mittlerer Dienst
- Gehobener Dienst
- Höherer Dienst“

BRANCHE

„28. Welche berufliche Tätigkeit üben Sie derzeit aus?

⇒ Bitte geben Sie die genaue Tätigkeitsbezeichnung an, also z.B. nicht „kaufmännischer Angestellter“, sondern „Speditionskaufmann“, nicht „Arbeiter“, sondern: „Maschinenschlosser“. Wenn Sie Beamter sind, geben Sie bitte Ihre Amtsbezeichnung an, z.B. „Polizeimeister“ oder „Studienrat“. Wenn Sie Auszubildender sind, geben Sie bitte Ihren Ausbildungsberuf an.

_____.“

„31. Gehört der Betrieb, in dem Sie arbeiten, zum öffentlichen Dienst?

€ Ja. → Welcher Bereich des öffentlichen Dienstes ist das? (z.B. Gesundheitswesen, Schule, Verkehrsbetrieb)

€ Nein. → In welchem Wirtschaftszweig ist das Unternehmen vorwiegend tätig? (z.B.: Chemische Industrie, Einzelhandel, Landwirtschaft)

_____.“

2) Literaturverzeichnis

- **Adamy/Steffen 1998:** Wilhelm Adamy und Johannes Steffen: Abseits des Wohlstands: Arbeitslosigkeit und neue Armut, Darmstadt
- **Andreß/Lipsmeier 1995:** Hans-Jürgen Andreß, Gero Lipsmeier: Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-31/95
- **Bäcker/Hanesch 1994:** Gerhard Bäcker, Walter Hanesch: Sozialhilfeniveau und untere Arbeitnehmereinkommen, Expertise für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- **Baumann 1982:** Walter Baumann: Die im Schatten leben, Armut und Lohnabhängigkeit in der Bundesrepublik, Köln
- **Becker 1964:** Gary S. Becker: Human Capital, New York
- **Behrend 1998:** Christina Behrend: Effectiveness of Means-Tested Transfers in Western Europe, Evidence from the Luxembourg Income Study, unveröffentlichtes Manuskript
- **Berntsen 1989:** Einkommensanalysen mit den Daten des Sozio-Ökonomischen Panels unter Verwendung von generierten Einkommensdaten, Arbeitspapier Nr. 291 des Sonderforschungsbereichs 3, Goethe-Universität Frankfurt und Mannheim
- **BMA 1998:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wegweiser durch das neue Arbeitsförderungsrecht, Bonn
- **Bohle 1998:** Hans Hartwig Bohle: Armut trotz Wohlstand, in: Heitmeyer (Hrsg.) Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bd. 1, Suhrkamp
- **Böll 1987:** Heinrich Böll: Ansichten eines Clowns, Köln
- **Bosch 1998:** Gerhard Bosch (Hrsg.) Zukunft der Erwerbsarbeit, Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt am Main/ New York
- **Breuer/Engels 1993:** Wilhelm Breuer, Dietrich Engels: Der Abstand zwischen dem Leistungsniveau der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG und den verfügbaren Arbeitnehmereinkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen im Juli 1992, Gutachten des ISG-Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Köln,

- **Burkhauser/Smeeding/Merz 1996:** Richard V. Burkhauser, Timothy M.Smeeding Joachim Merz: Relative inequality and poverty in Germany and the United States using alternative equivalence scales, in: Review of Income and Wealth, Series 42, Number 4, December
- **Coulter/Cowell/Jenkins 1992:** Equivalence scale relativities and the extent of inequality and poverty, in: The Economist Journal, 102, pp 1067-1082
- **Deutscher Bundestag 1986:** Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Abgeordneten Bueb, Wagner und der Fraktion der Grünen vom 24.9.1986, Bundestags-Drucksache 10/6055 vom 20.5.1986
- **Diekmann 1997:** Andreas Diekmann: Empirische Sozialforschung, Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Hamburg
- **Dietz 1997:** Berthold Dietz: Soziologie der Armut, Eine Einführung, Frankfurt/Main
- **Döring/Hanesch/Huster 1990:** Diether Döring, Walter Hanesch, Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt/Main
- **Engels 1932:** Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Leipzig
- **Faik 1997:** Jürgen Faik: Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala, in: Irene Becker/Richard Hauser (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut, Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? , Frankfurt/Main
- **Giarini/Liedtke 1998:** Orio Giarini und Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg
- **Glatzer 1998:** Wolfgang Glatzer, Mathias Bös: Anomietendenzen im Transformationsprozeß, Analysen mit den Wohlfahrtssurveys, in: Heitmeyer (Hrsg.) Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bd. 1, Suhrkamp
- **Glatzer/Hübinger 1990:** Wolfgang Glatzer, Werner Hübinger: Lebenslagen und Armut, in: Döring/Hanesch/Huster, 1990, a.a.O.
- **Hanefeld 1987:** Ute Hanefeld: Das Sozio-Ökonomische Panel, Grundlagen und Konzeption, Frankfurt am Main, New York
- **Hanesch 1994:** Walter Hanesch ua.: Armut in Deutschland, der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Hamburg
- **Hanesch 1995a:** Walter Hanesch: Sozialhilfe und Niedrigeinkommen, Empirische Befunde und politische Strategien, in Gewerkschaftliche Monatshefte Bd. 3

- **Hanesch 1995b:** Walter Hanesch: Reformbedarf und Reformstrategien in der Sozialhilfe, in: WSt-Mitteilungen, 6
- **Hanesch 1995c:** Walter Hanesch: Sozialpolitik und arbeitsmarktbedingte Armut, Strukturmängel und Reformbedarf in der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/95
- **Hanesch 1998:** Walter Hanesch: Armut im Wohlstand: Bestandsaufnahme und sozialpolitische Strategien, in: Dieter Henkel und Irmgard Vogt (Hrsg.): Sucht und Armut, Alkohol, Tabak, illegale Drogen, Opladen 1998
- **Hauser 1995a:** Richard Hauser: Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik – ein Überblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-31/95
- **Hauser 1995b:** Richard Hauser: Die Caritas-Armutsuntersuchung aus der Sicht der Armutsforschung, in: Hübinger/Hauser, 1995 a.a.O.
- **Hauser/Cremer-Schäfer/Nouvertné 1981:** Richard Hauser, Helga Cremer-Schäfer, Udo Nouvertné: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, Bestandsaufnahme und sozialpolitisch Perspektiven, Frankfurt / Main
- **Häußermann/Siebel 1995:** Hartmut Häußermann und Walter Siebel, Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt
- **Hoffmeyer-Zlotnik 1993:** Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik: Operationalisierung von „Beruf“ als zentrale Variable zur Messung von sozio-ökonomischem Status; in: ZUMA-Nachrichten 32, Jg.17. Mai
- **Hübinger/Hauser 1995:** Werner Hübinger, Richard Hauser: Die Caritas Armutsuntersuchung, Hrsg. Im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes e. V., Freiburg
- **Jacobs 1995:** Herbert Jacobs: Armut, Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Konstituierung und wissenschaftlicher Verwendung eines Begriffs: in Soziale Welt, 46, 4, S. 403-420
- **Kühnel/Jagodzinski/Terwey 1989:** Steffen Kühnel, Wolfgang Jagodzinski, Michael Terwey: Teilnehmen oder Boykottieren: Ein Anwendungsbeispiel der binären logistischen Regression mit SPSSx, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, 24, S.44-76
- **Leibfried/Leisering 1995:** Stefan Leibfried, Lutz Leisering, Petra Buhr, Monika Ludwig, Eva Mädje, Thomas Olk, Wolfgang Voges, Michael Zwick: Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt am Main

- **Leibfried/Tennstedt 1985:** Stefan Leibfried und Florian Tennstedt (Hrsg.): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt am Main
- **Leibfried/Voges 1992:** Stefan Leibfried und Wolfgang Voges (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, KZfSS-Sonderheft 32/19
- **Lipsmeier 1993:** Gero Lipsmeier: Zur Repräsentation des unteren Einkommensbereichs im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), Bielefeld
- **Long 1997:** J. Scott Long: Regression Models for Categorical and Limited Dependent Variables, California/USA, London/UK, New Delhi/India
- **Ludwig/Leisering/Buhr 1995:** Monika Ludwig, Lutz Leisering, Petra Buhr: Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-31/95
- **Maier 1993:** Friederike Maier: Zwischen Arbeitsmarkt und Familie – Frauenarbeit in den alten Bundesländern, in: Gisela Helwig / Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland,
- **Nagl 1992:** Willi Nagl: Statistische Datenanalyse mit SAS, Frankfurt am Main
- **Neumann 1995:** Udo Neumann: Armut unter den Caritas-Klienten im Vergleich mit der Armut unter der westdeutschen Bevölkerung, in: Hübinger/Hauser, 1995 a.a.O.
- **NRW 1998:** Landessozialbericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen unter der Leitung von Gerhard Bäcker und Walter Hanesch
- **Piachaud 1992:** David Piachaud: Wie mißt man Armut, in Leibfried/Voges, 1992, a.a.O.
- **Roth 1997:** Rainer Roth: Über den Lohn am Ende des Monats, Armut trotz Arbeit, Frankfurt am Main
- **Rowntree 1901:** B. Seebohm Rowntree: A Study of Town Life, London
- **Schäfer 1991:** Claus Schäfer: Europa suche einen "gerechten Lohn" Umfang und Problemen zu niedriger Arbeitseinkommen in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft, in: WSI Mitteilungen, 12/91
- **Schäfer 1996:** Claus Schäfer: Armut trotz Arbeit. „Ungerechte“ Niedriglöhne in Deutschland und Europa, in: Schäfer/Pohl 1996, a.a.O.
- **Schäfer/Pohl 1996:** Gerd Pohl und Claus Schäfer: Niedriglöhne, Die unbekannte Realität, Armut trotz Arbeit, Hamburg

- **Schwarzer 1993:** Ursula Schwarzer: Arbeit schützt vor Armut nicht, Das Märchen von der Chancengleichheit der Frau im Beruf, München.
- **Sesselmeier/Blauermel 1997:** Werner Sesselmeier und Gregor Blauermel: Arbeitsmarkttheorien, Heidelberg
- **Simmel 1983:** Georg Simmel, Der Arme, in: Georg Simmel: Soziologie, Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin
- **Statistisches Bundesamt 1995:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1994, München
- **Statistisches Jahrbuch 1998:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Wiesbaden,
- **Urban 1993:** Dieter Urban: Logit-Analyse; statistische Verfahren zur Analyse von Modellen mit qualitativen Response-Variablen, Stuttgart, Jena, New York
- **Wagner/Schupp/Rendtel 1994:** Gert Wagner, Jürgen Schupp und Ulrich Rendtel: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) – Methoden der Datenproduktion und –aufbereitung im Längsschnitt, in: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik (hrsg.: Richard Hauser, Notburga Ott, Gert Wagner), Berlin

ZEITUNGSARTIKEL:, SONSTIGE MEDIEN

- DER SPIEGEL; Nr. 40/ 29.9.97: „Die Reichen reicher, die Armen ärmer...“,
- Die Tageszeitung, 29./30.8.1998: „Abschied von der Erwerbsarbeit, Interview mit André Gorz“
- DIE ZEIT, 10.6.1998 „Mehr Geld für Reiche, Daimler-Benz-Finanzchef Manfred Gentz über Managergehälter und Sozialstaat“,
- DIE ZEIT, 26.2.1998: „Die Zeit ist abgelaufen, Angebotspolitik allein schafft keine Arbeitsplätze, der Neoliberalismus hat versagt“; von Oskar Lafontaine,
- DIE ZEIT, Dossier Nr. 24, 4. Juni 1998: „Wir sind die Billiglöhner“,
- Frankfurter Rundschau, 20.1.98: „Wie man mit Arbeit ärmer werden kann, Deutsche Gewerkschafter lernen auf der Suche nach dem Jobwunder die harten Realitäten in den USA kennen“, von Ulrike Füssel,
- HANDELSBLATT, 14.1.98 „Deutsche Arbeiter sind der Trottel der Nation, Im Vergleich mit Japan und den USA wird hierzulande unterm Stich deutlich weniger verdient,“ von Peter Schmalz,
- Süddeutsche Zeitung, 31.7.1998: „Kassandra am Computer; Die Zukunft der Arbeit: Schwarzmalerei muß sein“, von Christian Nürnberger
- ZDF-Sendung, 1998: ZDF-Film; 1998: „Billigjobs – für Millionen“, vom 18.6.1998, Video